

Wöchentlich 55 Pf., monatlich 1,50 M., im Voraus zahlbar, Postbezug 4,25 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 27 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnements 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Wochenbeilagen für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Illustrierte Beilagen „Wolf und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lehmit“, „Bild in die Bürgerwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konvertierung des Wiener „Reform“-Blattes in „Kleine Anzeigen“ des jetzigen Wort 25 Wienig (wird für zwei jetzige Worte), jedes weitere Wort 12 Wienig. „Stellenangebote“ des Wort 15 Wienig, jedes weitere Wort 10 Wienig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Wienig. Familienangelegenheiten 40 Wienig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 8^{1/2} bis 12 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 87538. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. D. S. u. Disk.-Ges., Postfach Lindenstr. 3.

Stegerwald schweigt.

Sozialdemokraten gegen die Vorschläge der Reichsanstalt.

Die Verhandlungen im Haushaltsausschuß gewannen in der gestrigen Abendstunde wieder erhöhte Bedeutung bei dem

Kapitel Arbeitslosenversicherung.

Abg. Aufhäuser (Soz.) erklärte, daß der Reichsarbeitsminister bisher bei allen Fragen über die Sanierung der Reichsanstalt ausweichende Antworten gegeben habe. Er habe auf Vorschläge verwiesen, die er vom Vorstand der Reichsanstalt erwarte. Die Sozialdemokratie bedauere, daß die Reichsregierung ihre politische Verantwortung in einer wichtigen Frage nun auf den Präsidenten der Reichsanstalt abzuwälzen versuche. Nachdem sie es aber unterlassen habe, bisher irgendwelche Maßnahmen für die Sanierung mitzuteilen, sehe sich der Redner gezwungen, den Haushaltsausschuß über den von der Mehrheit des Vorstandes der Reichsanstalt beschlossenen Abbauplan Mitteilung zu machen. Es handle sich um eine

Sammlung von Abbauvorschlägen der ganzen letzten Jahre.

Die Jugendlichen unter 17 Jahren bleiben ohne Unterstützung, ebenso die Erwerbslosen über 65 Jahre. Die Anwartschaft zur Krisenfürsorge wird auf diejenige der Arbeitslosenversicherung nicht mehr angerechnet, das heißt, es gehen wiederum 13 Wochen verloren. Im Mittelpunkt der Abbauplanaktion aber stände die unerhörte Bestimmung, daß alle Erwerbslosen, die vorher kein volles Jahr in Beschäftigung gestanden hätten, statt ihrer rechtmäßigen Unterstützungsansprüche nur mehr die Krisenjahre ausgezahlt erhalten. Geringsfügige Beschäftigung wie die der Reineinmachefrauen wird aus der Arbeitslosenversicherung herausgenommen. Wenn beide Ehegatten erwerbslos sind, wird einem, in den meisten Fällen der verheirateten erwerbslosen Frau die Unterstützung auf 50 Proz. gekürzt. Es handle sich um eine

Aushöhlung der heutigen Erwerbslosenversicherung

in schlimmster Form. Die Ersparnisse werden von der Reichsanstalt mit 116 Millionen Mark jährlich beziffert. Da die Reichsregierung keine Berechnungen vorlegt, so unterbreitet Aufhäuser auf Grund der Ermittlungen der Reichsanstalt die folgende Berechnung: Die Reichsanstalt rechnet für 1930 mit einem Erwerbslosendurchschnitt von 1,5 Millionen Hauptunterstützungsempfänger, also mit einem Aufwand von 1550 Millionen Mark. Zur Verfügung stehen:

Beitrag 3 1/2 Prozent	1 015 Millionen Mark
Beitragsrücklage 1/2 Prozent	145 „
Reichszuschüsse	200 „
insgesamt	1 360 Millionen Mark
dazu Ersparnisse (Abbau)	116 „
	1 476 Millionen Mark

Es bliebe also gegenüber dem Bedarf schon ein Fehlbetrag von 74 Millionen Mark. Für die Reichskasse aber entstehen insgesamt folgende Mehrkosten:

Fehlbetrag	74 Millionen Mark
Beitragsausfälle 1. April bis 30. Juni	36 1/2 „
Ausfall Unterstützungsabbau 1. April bis 30. Juni	16 1/2 „
Übernahme des Gemeindefunktions zur Krisenfürsorge durch das Reich	30 „
Übernahme der Verwaltungskosten	10 „
	166 1/2 Millionen Mark

Diese Reichskosten müßten in den Etat eingestellt werden, da ja die sogenannte Reform frühestens am 1. Juli des Jahres in Kraft treten könne. Es sei unerträglich, angeht dieses sichtbaren Defizits statt der Darlehen des Reichs einen Beertitel in den Etat einzusetzen und es bedürfe wohl kaum eines Hinweises, daß

die Sozialdemokratie gegen diesen sozialreaktionären Abbau der Leistungen härtesten Widerstand leisten

werde. Diese Vorschläge, die die Reichsregierung über die Reichsanstalt mache, bestätigen, daß die Befürchtungen der Sozialdemokratie am 27. März noch weit übertroffen sind, und daß das damalige Kompromiß lediglich Leistungsabbau bedeute. Die Situation von heute sei: keine Sanierung, Beitragserhöhung und gleichzeitiger Leistungsabbau! Er frage den Reichsarbeitsminister, ob das die Absichten des Reichskabinetts sind. Der Minister müsse nicht mit dem Einwand kommen, daß es sich ja nur um Vorschläge der Reichsanstalt handle, denn er habe sie ja bereits gestern als den Weg angekündigt, den die Regierung gehen wolle. Die Beratungen der Reichsanstalt bestätigen die Richtigkeit des sozialdemokratischen Standpunktes, daß aus den laufenden jährlichen Mitteln eine volle Sanierung der heutigen Massenarbeitslosigkeit nicht gewährt werden könne, deshalb müsse besonders für die Zeit der abnormalen Wirtschaftslage wie bisher die unbegrenzte Darlehenspflicht aufrechterhalten bleiben. Reichsarbeitsminister Stegerwald erklärte ziemlich hilflos, daß

er sich zu den Vorschlägen und zu der Sanierung der Reichsanstalt in keiner Weise äußern könne und versuchen wolle, in 8 bis 14 Tagen den endgültigen Vorschlag des Reichskabinetts vorzulegen.

Abg. Wissell (Soz.)

weist darauf hin, daß die von der Reichsanstalt angenommene Durchschnittszahl von 1,5 Millionen zu unterstützenden Arbeitslosen den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht werde. Im Durchschnitt der vier Monate von Januar bis April seien 2 348 000 Arbeitslose unterstützt worden. Wenn mit einer Durchschnittszahl von nur 1,5 Millionen Unterstützten gerechnet werden sollte, dann dürfte die Arbeitslosigkeit in den nächsten acht Monaten nicht über einen Durchschnitt von 1,076 Millionen hinausgehen. Das sei angesichts der am 1. Mai noch unterstützten 2 077 000 ganz ausgeschlossen.

Singu kommt nun noch, daß die Vorschläge der Reichsanstalt eine Wirkung haben, die geradezu verhängnisvoll sein wird. Nach der Erhebung über die Verteilung der Hauptunterstützungsempfänger im vorigen Jahre nach der Zahl der zurückgelegten Beitragswochen habe sich ergeben, daß

nur 25,8 Proz. eine Beitragszeit von 52 Wochen

zu verzeichnen haben. Jetzt solle aber nach den Vorschlägen der Reichsanstalt allen den Unterstützungsempfängern, die weniger als 52 Beitragswochen vor der Inanspruchnahme der Arbeitslosenunterstützung zu verzeichnen hätten, ihre Unterstützung auf die Höhe der Krisenfürsorge herabgemindert werden. Davon würden gerade die Unterstützten der höchsten Klasse bis zur Klasse 8 hinab betroffen. Das aber werde in erster Linie mit die Bauarbeiter treffen, die wohl ausschließlich in diesen höheren Beitragsklassen versichert sind. Nach der Erhebung des vergangenen Jahres hätten nur 11,7 Proz. der Bauarbeiter eine Beitragszeit von 52 und mehr Beitragswochen gehabt.

Die Vorschläge der Reichsanstalt fiesen auch darauf hinaus, den auf Grund der Versicherungsleistungen erworbenen Rechtsanspruch in allen den Fällen zu mindern, in denen beide Ehegatten Unterstützung bekommen. Nirgends sei es im Versicherungsrecht üblich, Leistungsansprüche, die auf Grund von Beitragsleistungen erworben seien, von den Einnahmen anderer Familienmitglieder abhängig zu machen. Wissell erwartet, daß bei den Beratungen des Arbeitsministeriums und des Kabinetts diese Tatsachen für die vom Kabinett zu erwartende Vorlage berücksichtigt werden.

Abg. Leopold (Dnat.) hielt es für zwecklos, schon heute zu den Vorschlägen des Vorstandes der Reichsanstalt Stellung zu nehmen. Festzustellen sei jedoch, daß es auch heute noch eine ganze Reihe von Fällen gebe, wo Arbeitslosenunterstützungen angesichts der Notlage des Reiches nicht als berechtigt angesehen werden könnten.

Abg. Grafmann (Soz.) beantragte, beim Etatsposten, der die Krisenfürsorge für Arbeitslose betrifft, an Stelle von 150 Millionen Mark zu setzen 225 Millionen Mark. Das Gesetz für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sieht für einen andauernden besonders ungünstigen Arbeitsmarkt die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung als Krisenunterstützung vor. Bei der schwankenden Wirtschaftslage muß davon ausgegangen werden, daß im Jahre 1930 die im Etat vorgesehenen Mittel für die Krisenfürsorge ausreichen. In später Stunde wurde die Verhandlung abgebrochen.

Liaptschew zurückgetreten.

Zankoff wieder Ministerpräsident.

Sofia, 15. Mai.

In der Frage der Umbildung der bulgarischen Regierung ist jetzt eine unerwartete Wendung eingetreten. Nach dem gestrigen Mißerfolg der Verhandlungen zwischen Liaptschew und Zankoff wollte Liaptschew eine Regierung ohne Mitwirkung der Zankoffgruppe bilden. Die Gruppe der Progressisten, die 29 Abgeordnete zählt, ist daraufhin aus dem Demokratenbund ausgetreten. Unter diesen Umständen entschloß sich Liaptschew, zurückzutreten. Der König hat heute abend 8 Uhr einen Aktus unterschrieben, mit dem folgendes Kabinett ernannt wird: Ministerpräsident, Janneres und Unterrichts: Zankoff, Außenminister: Butoff, Finanzen: Moloff, Krieg: Tatarschew, Öffentliche Arbeiten: Danailoff (Gruppe Zankoff), Handel: Professor Tschajkoff (Gruppe Zankoff), Verkehr: Wassiljew (Gruppe Liaptschew), Eisenbahn: Solloff (Gruppe Butoff), Justiz: Miconow (Gruppe Butoff).

Maria Orska gestorben.

An den Folgen der Veronalvergiftung.

Wien, 15. Mai.

Heute abend um 12 Uhr ist im allgemeinen Krankenhaus die Schauspielerin Maria Orska an den Folgen der Veronalvergiftung gestorben.

Bernünftige Agrarpolitik.

Agrarprogramm des Reichsverbandes der deutschen Industrie
Von Staatssekretär Dr. Hans Krüger.

Seit Jahren hat die Sozialdemokratische Partei darauf hingewiesen, daß der Landwirtschaft wirksam nur geholfen werden kann, wenn sie sich nach den Anforderungen des Marktes richtet, wenn sie ihre Erzeugungsmethoden verbessert, und wenn sie durch eine zweckmäßige Belieferung des Marktes ihren Absatz richtig reguliert. Wie in der Industrie, so ist auch in der Landwirtschaft die Besserstellung der Arbeitenden — und dazu gehören ebenso wie die Landarbeiter in den Großbetrieben auch die Bauern und ihre mithelfenden Angehörigen in den kleineren Betrieben — abhängig von einer Erhöhung des Wirkungsgrades ihrer Arbeit. Unser Kieler Agrarprogramm hat diese Gedanken scharf herausgearbeitet und neben unseren sozialpolitischen Forderungen (Bodenreform und Arbeiterschutz) eingehende Richtlinien für die Verbesserung der Erzeugung und die Regelung des Absatzes aufgestellt. Diese positiven Maßnahmen sind in der bisherigen offiziellen Agrarpolitik noch immer zu kurz gekommen. Und in der populären Agitation des Landbundes haben sie neben dem stürmischen Drängen nach höheren Zöllen, Einfuhrverboten und Staatssubventionen nur eine recht bescheidene Rolle gespielt.

Jetzt werden wir dadurch überrascht, daß der Reichsverband der deutschen Industrie, der gegen die Forderungen des Landbundes keinen erheblichen Widerstand geleistet hat, der Öffentlichkeit ein Agrarprogramm unterbreitet, das der Sache nach, wenn auch nicht in der Form eine Abfrage an die bisherige Landbundpolitik darstellt.

Bemerkenswert ist zunächst die Stellungnahme zur Auslandskonkurrenz. Der Reichsverband der deutschen Industrie weist klar darauf hin, daß auf wichtigen Gebieten (Obst, Gemüse, Wolleerzeugnisse) für die Nachfrage nach ausländischen Waren nicht der billigere Preis, sondern die bessere Qualität die Ursache ist. Er erklärt deshalb auch, daß Zölle als Mittel zur Sicherung angemessener inländischer Preise durchaus problematisch sind. Er verlangt freilich nicht die Beseitigung der Zölle. Aber er scheint doch von der Grünen Front deutlich abzurücken, wenn er erklärt, daß Zölle auf Agrarprodukte die handelspolitischen Beziehungen Deutschlands, auf denen sein Import beruht, und seine industrielle Wettbewerbsfähigkeit nicht gefährden dürfen. Daher wird der Hauptnachdruck auf die positiven Maßnahmen gelegt, welche die Landwirtschaft selbst treffen muß, zu denen Gesetzgebung und Verwaltung freilich die Grundlagen schaffen müssen: auf die Verbesserung der landwirtschaftlichen Technik mit dem Ziele, in erster Linie die Erzeugungskosten zu senken und erst in zweiter Linie die Erzeugung zu vermehren, sowie auf den Aufbau einer zeitgemäßen, den deutschen Verhältnissen angepaßten Absatzorganisation.

Der erste Punkt gibt in seiner Formulierung zu Mißverständnissen Anlaß. Aber das Programm will — wie aus dem Gesamtzusammenhange hervorgeht — die landwirtschaftliche Erzeugung in Deutschland vermehren und erklärt ausdrücklich, daß sowohl erhebliche Teile der bisherigen Brotgetreideeinfuhr wie auch der Einfuhr pflanzlicher und tierischer Edelerzeugnisse sowie des dazugehörigen Futtermittels durch Inlandsproduktion ersetzt werden können. Jedoch wird — offenbar auf Grund der bösen Erfahrungen der Jahre 1924/25 — nicht die Parole ausgegeben: Produktionssteigerung auf allen Gebieten um jeden Preis! Vielmehr soll darauf Rücksicht genommen werden, daß diese Steigerung mit wirtschaftlichen Mitteln erfolgen muß. Dazu gehört auch, daß sie sich nur erstreckt auf Erzeugnisse, die wirklich absetzbar sind.

Hier liegt der Schwerpunkt des ganzen Programms. Es stellt die Bedeutung des Marktes und des Absatzes in den Mittelpunkt. Das ist für uns nichts Neues. Wir können darauf hinweisen, daß unser Agrarprogramm gerade diese Frage mit allem Ernst und Nachdruck entsprechend ihrer Bedeutung behandelt. Aber die Landwirtschaft als Ganzes hat — trotz aller theoretischen Anerkennung — praktisch in den letzten zehn Jahren dieses Problem fröhlich vernachlässigt. Sonst könnte es nicht vorkommen, daß der deutsche Markt überschwemmt wird mit Erzeugnissen, nach denen keine rechte Nachfrage vorhanden ist, während für Qualitätserzeugnisse, die gefragt sind, das Angebot nicht ausreicht. Man kann gespannt darauf sein, ob den Mahnungen des Reichsverbandes mehr Erfolg beschieden sein wird als den bisherigen Bemühungen auf diesem Gebiete.

Das Programm geht nun davon aus — und mit Recht —, daß man die landwirtschaftliche Produktion in der Richtung auf eine Verbesserung der Qualität nicht durch direkten Zwang beeinflussen kann. Man muß vielmehr darauf hinwirken, daß bessere Qualität als solche allgemein erkannt und besser bezahlt wird. Dann wird sich die Produktion darauf einstellen. In dieser Hinsicht soll die Gesetzgebung wirken. Und etwaige Beihilfen oder Darlehen

des Staates sollen ebenfalls nur unter Bedingungen gegeben werden, die den gleichen Anreiz ausüben. Der Reichsverband erinnert sich dabei auch der Konsumenten. Man glaubt, einen Satz aus unseren Schriften zu lesen, wenn es heißt:

„Ein derartiges Programm der Selbsthilfe verspricht ohne Mehrbelastung anderer Teile der Bevölkerung eine dauernde Gesundung der Landwirtschaft herbeizuführen.“

An praktischen Maßnahmen wird folgendes verlangt: Durch Reichsgesetz sollen spätestens bis zum 31. Dezember 1930 für das gesamte Reichsgebiet einheitliche Güteklassen für landwirtschaftliche Erzeugnisse, insbesondere für Butter, Käse, Eier, Roggen, Weizen und Kartoffeln festgelegt werden. Eine gleiche Regelung soll später für Schweinefleisch, Rindfleisch, Gemüse und Obst erfolgen. Nach einer gewissen Ubergangszeit sollen Erzeuger und Händler gezwungen sein, ihre Waren nach Güteklassen zu deklarieren, und an den Börsen und Notierungslägen soll die Notierung nur noch nach den festgesetzten Güteklassen zulässig sein. Diese Deklaration soll durch Beamte überwacht werden, die das Reich bezahlt und die daher den Interessenten ganz unabhängig gegenüberstehen. Ebenso sollen bis zum 31. Dezember 1930 Normen für die Verpackung und das Gewicht der wichtigsten Erzeugnisse festgelegt werden, und endlich soll — eine alte Forderung, an der die Reichsministerien schon seit mehr als einem Jahre arbeiten — bis zum gleichen Termin durch Reichsgesetz das Lager sein wesen für Getreide, Eier, Butter und Käse geregelt werden.

Das Programm fordert ferner Beihilfen und Darlehen des Reichs für die Zwecke der Umstellung. Sie sollen aber nur für eine gewisse Ubergangszeit gegeben werden, und die Bedingungen für die Hingabe sollen so gestaltet werden, daß die Umstellung auf Qualitäts- und Standardproduktion erreicht wird. So sollen zum Beispiel zum Ausbau oder zur Erweiterung der Molkereien Kredite nur gegeben werden, wenn die Bezahlung der Milch an die Erzeuger nach der Qualität gestaffelt wird und wenn die Molkereien selbst nach Größe und Einrichtung den Anforderungen entsprechen, die im Interesse der wirtschaftlichen Arbeit gestellt werden müssen. Im Zusammenhang damit werden Vorschläge für die Rationalisierung des Molkereiwesens gemacht, die in derselben Richtung liegen: bei geringeren Produktionskosten bessere Qualitäten zu erzeugen. Vorschläge in gleichem Sinne werden für Gemüse, Obst, Eier und Kartoffeln gemacht.

Endlich soll der Roggenmarkt entlastet werden durch Umstellung von einem Teil des Roggenbaues — wo die Voraussetzungen dafür vorliegen — auf Weizen und Futtermischungen, wobei auf eine entsprechende Preisspanne zwischen Weizen und Roggen hingewirkt werden soll. Gerade dieser Vorschlag ist besonders wichtig und auch vom Standpunkt der Konsumenten und Steuerzahler zu begrüßen. Es geht nicht an, daß die Reichskasse den Roggenbauern jährlich viele Millionen an direkten und indirekten Unterstützungen zahlt, wenn es möglich ist, das Ueberangebot an Roggen, das ständig einen Preisdruck erzeugen muß, durch Minderung der Anbaufläche zu beseitigen.

Für den Ausbau des Bildungswesens wird lediglich vorgeschlagen, daß der Reichsernährungsminister für wenige Jahre Mittel zur Gewährung von Stipendien an Bauernsöhne und Bauerntöchter zum Besuch von landwirtschaftlichen Schulen zur Verfügung stellen soll. Dieser Vorschlag trifft nicht den Kern der Sache: Die Bildungsanstalten für junge Männer und junge Mädchen auf dem Lande müssen noch erheblich vermehrt werden. Das wäre die erste Forderung, die zu erheben wäre.

Ganz im Vorübergehen beschäftigt sich das Programm auch mit Ostpreußen. Hier soll der Hebel bei der Milchproduktion angefaßt und zur raschen Förderung der Qualitätsverbesserung der Molkereierzeugnisse eine gesetzliche Sonderregelung getroffen werden: Molkereierzeugnisse sollen einer staatlichen Ausfuhrkontrolle unterliegen. Nach einer gewissen Ubergangszeit soll die Ausfuhr minderwertiger Ware aus der Provinz verboten werden.

Das Programm erscheint deswegen bemerkenswert, weil es eine Abkehr von der bisherigen Stellungnahme des Reichsverbandes gegenüber den landwirtschaftlichen Wünschen anzudeuten scheint. Es will der Landwirtschaft eine gewisse Schonfrist geben, verlangt aber von ihr sehr erhebliche eigene Anstrengungen zur Umstellung. Falls das Programm ernst gemeint ist, wäre es als eine sehr ernste Mahnung an die Landwirtschaft und die grüne Front aufzufassen, den Bogen nicht zu überspannen, sondern sich vor Augen zu halten, daß ein Berufsstand nur dann Anspruch auf Förderung durch die Allgemeinheit hat, wenn er von sich aus alles tut, um sich aus seiner bedrängten Lage herauszuheben. Die nächste Zeit wird lehren, ob dies der Sinn des Programms ist und ob es bei der Landwirtschaft in diesem Sinne aufgefaßt wird.

Das Gesicht des Stahlhelm.

Brutal und feig. — 50 Mann mißhandeln ein altes Ehepaar.

Der Stahlhelm hatte im August vorigen Jahres in Gransee das Grundstück eines Reichsbannermannes nachts gegen 1/2 Uhr gestürmt, den Reichsbannermann und seine Ehefrau, beides 69-jährige Leute, in vischischer Weise mißhandelt, bezüglich auch deren Sohn, einen 19-jährigen Arbeiter. Hierbei wurde auch das Haus schwer beschädigt, indem Fensterläden eingeschlagen wurden. Dieser Fall stand bereits vor längerer Zeit in erster Instanz zur Aburteilung. Bei der ersten Verhandlung erhielt der Stahlhelmführer Meister eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten, ein weiteres Stahlhelmmitglied eine solche von 4 Monaten.

In der Berufungsinstanz am 8. Mai wurde das Urteil gegen Meister bestätigt, die Strafe des zweiten Stahlhelmmannes Bode auf 6 Monate erhöht, da er des schweren Landfriedensbruchs schuldig ist.

Dieser Fall ist deshalb besonders bemerkenswert, weil es sich um einen sogenannten deutschen Tag handelt, bei dem der Stahlhelm größere Abteilungen aus Berlin nach Gransee herangezogen hatte, die bereits vor dem Ueberfall die republikanische Bevölkerung des Ortes in schwerster Weise terrorisiert hatten.

Für den Vorfall selbst ist noch besonders kennzeichnend, daß ein größerer Haufe, etwa 40 bis 50 Mann, auf die beiden alten Leute, die nur mit dem Hund bedeckt waren, losstürzte. Als dann der Sohn, der gestürzt war, aus dem Fenster um Hilfe rief und die Gefahr bestand, daß die Heiden entdeckt wurden, wurde sofort ein Rückzugssignal gegeben. Die mißhandelte Frau mußte lange Zeit im Krankenhaus liegen; auch der Mann war etwa eine Woche erwerbsunfähig.

Das Hilfsgesetz für den Osten.

Reichskabinett beendet seine Beratungen / Industrielle machen neue Vorschläge.

Das Reichskabinett beendete gestern abend seine Beratungen über den Entwurf eines Gesetzes über Hilfsmassnahmen für die notleidenden Gebiete des Ostens (Osthilfsgesetz). An der Sitzung nahmen Vertreter des preussischen Staatsministeriums, der Reichsbank, der Preussenkasse und der Rentenbank-Kreditanstalt teil.

Die Grundlinien des Osthilfsgesetzes.

In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts scheint eine endgültige Verständigung mit dem preussischen Staate herbeigeführt worden zu sein. Preußen dürfte einen Teil der für das Ostprogramm vorgesehenen finanziellen Garantien übernehmen. Die Preussische Zentralgenossenschaftskasse wird an der Durchführung der Maßnahmen beteiligt, so daß die Bemühungen um ihre Ausschüttung als gesichert angesehen werden dürfen. Zwischen der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse und der Rentenbankkreditanstalt dürfte auch über die Abgrenzung der Interessen eine Verständigung erzielt worden sein.

Der Inhalt des Gesetzes sieht eine starke Förderung der Siedlung im Osten mit verbesserten Finanzgrundlagen vor. Für die ostpreussische Wirtschaft wesentlich ist die gesicherte Durchführung eines Arbeitbeschaffungsprogrammes, das den Bau von Eisenbahnen, Landstraßen und Wasserstraßen vorsieht. Die Umschuldungs- und Besserhaltungsmassnahmen werden auf der Grundlage betriebswirtschaftlicher Prüfungen im Einzelfalle durchgeführt werden, wobei man wohl annehmen darf, daß diese Prüfungen durch die betriebswirtschaftliche Abteilung der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse erfolgen. Ein Memorandum ist in dem Gesetz nicht vorgesehen. Dagegen sollen Massnahmen ergriffen werden, um vermeidbare Zwangsvollstreckungen vorläufig zu unterlassen. Ob ein Reichskommissar eingesetzt wird, ist im Gesetz noch offen. Auch über die Personen scheinen noch keine Bestimmungen getroffen zu sein.

Die Vorschläge der Industrie.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie, die Spitzenorganisation der deutschen Unternehmer, hat in seiner Präsidial Sitzung auch zu dem von der Reichsregierung geplanten Osthilfsgesetz Stellung genommen und durch sein Präsidialmitglied Geheimrat Dr. Rastl in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit von dieser Stellungnahme Kenntnis gegeben. Bemerkenswert an dieser Stellungnahme des Reichsverbandes zum Osthilfsgesetz sind die Zugeständnisse, die die deutschen Unternehmer in den Ostfragen ganz offenbar dem Bandbund zu machen bereit sind, nachdem das an anderer Stelle von uns behandelte Agrarprogramm des Reichsverbandes sicher bei den Landbundvertretern nur eine sehr gemischte Aufnahme gefunden hat.

Diese Zugeständnisse bewegen sich in der Richtung der von dem Reichsernährungsminister Schiele und auch von Hugenberg immer mit Nachdruck erhobenen Forderung, daß dem Reich bei der Durchführung der Osthilfsmassnahmen die Führung zustehen müsse. Immerhin ist es bemerkenswert, daß auch der Reichsverband für die Durchführung des Osthilfsgesetzes die

Bermeidung von Liebesgaben an nicht mehr erhaltungsfähige Betriebe

fordert, sondern Massnahmen zur Förderung und Verbesserung der Produktion in den Vordergrund stellt.

Der wichtigste Punkt der Unternehmervorschläge für das Ostprogramm ist die Verbindung der Industriebelastung mit den von der Reichsregierung zu treffenden finanziellen Massnahmen. Der Reichsverband der Industrie hält keinen schon früher erhobenen Protest gegen die Verwendung der Reserven der Bank für Industrieobligationen für Zwecke des Reichshaushaltes ausreicht. Er steht auf dem Standpunkt, daß nach der Annahme des Young-Planes die Weitererhebung der Industriebelastung eine ungerechtfertigte Sonderbesteuerung sei. Daraus leitet er die Berechtigung ab, sowohl über die Reserven der Industrieobligationenbank als auch über das Aufkommen der Industriebelastung in den nächsten Jahren zu verfügen.

Nach der Auffassung des Reichsverbandes, die er der Reichsregierung zur Kenntnis gegeben hat, sollen die Reserven der Industrieobligationenbank und das zukünftige Aufkommen aus der Industriebelastung — abgesehen vom Jahre 1930 — zu einem Zweckvermögen gemacht werden. Dieses Zweckvermögen soll einmal dem

Wiederaufbau des Realcredits bei der kleinen und mittleren Industrie

und sodann der Umschuldung im Rahmen des Ostprogramms dienen. Die Industriebelastung selbst soll ab 1931 herab abgebaut werden, daß zunächst alle Betriebe mit unter 1 Mill. M. Betriebsvermögen im Jahre 1931 von der Erhebung der Industriebelastung befreit werden, wodurch die Belastung auf 200 Mill. M. verringert würde. Bis zum Jahre 1935 soll dann die Industriebelastung in der Weise endgültig beseitigt werden, daß 1932 nur noch 160 Mill. M., 1933 120 Mill. M., 1934 80 Mill. M. und 1935 nur noch 40 Mill. M. erhoben werden. Die Verwendung dieser Gelder soll zu 40 Proz. dem Realcredit der kleinen und mittleren Industrie, zu 60 Proz. der Umschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe im Osten nutzbar gemacht werden. Alle aus dem zu gewährenden industriellen und landwirtschaftlichen Hypothekendarlehen eingehenden Zinsen- und Tilgungsbeträge sind den gleichen Zwecken auch späterhin wieder zuzuführen.

Man sieht, es handelt sich hier um die Durchführung der Vorschläge, die Ende vorigen Jahres der Großindustrielle Paul Silberberg schon einmal gemacht hat. Aber die Bedenken, die damals gegen diesen Plan erhoben wurden, gelten auch heute noch. Der Reichsverband der Industrie irrt sich in der Annahme, daß der Young-Plan als solcher mit der Befreiung des Industriepfandes auch das Recht des Reichstags beseitigt habe, die Industriebelastung für Reichszwecke zu erhöhen. Die Forderungen des Reichsverbandes können daher nur als Vorschläge gemeldet werden, über die Reichsregierung und Reichstag zu entscheiden haben.

Fried einmal abgeblitzt.

Das thüringische Ministerium lehnt seinen Vorschlag ab.

Weimar, 15. Mai. (Eigenbericht.)

Die Mehrheit des thüringischen Ministeriums lehnte am Donnerstag gegen die Stimme des Putschisten Fried die Ernennung des von Fried vorgeschlagenen nationalsozialistischen Assessors Drillepp zum Polizeidirektor der Landeshauptstadt Weimar ab. Aus Protest gegen diese Ablehnung blieben die Nationalsozialisten der Donnerstagssitzung des thüringischen Landtages fern. Man konnte sie während der Verhandlungen in einem bekannten Lokale sehen, wo sie über die Absage sich entsprechend zu trösten suchten.

Die Ablehnung Drillepps soll, wie zur Beruhigung der Haltenkreuzler versichert wird, nicht wegen der Parteizugehörigkeit, sondern nur wegen der Jugend des Fried-Kandidaten erfolgt sein. Drillepp ist erst dreißig Jahre alt. Man will dem Putsch-Minister also die Möglichkeit offen halten, andere Personen seines Parteilagers doch noch unterzubringen.

Fried maßregelt.

Weimar, 15. Mai. (Eigenbericht.)

Der Polizeioberleutnant Bateke-Gotha, der Mitglied der Demokratischen Partei ist, wurde auf Anordnung des Putschisten Fried mit sofortiger Wirkung seines Amtes enthoben. Gleichzeitig wurde ihm die Waffe abgenommen und das Tragen der Uniform untersagt.

Der Anordnung des Putschisten Fried liegt folgender Vorfall zugrunde: Bateke unterrichtete dieser Tage vor Polizeibeamten über das Republikfluchtgesetz. Zur Erläuterung des § 5 des Gesetzes — Beleidigung von Mitgliedern der Landesregierungen — wählte der Oberleutnant neben anderen Beispielen einen zur Zeit in Thüringen landläufigen und nicht gerade anständigen Wortwitz. Bateke fügte hinzu, wenn ein Polizeibeamter auf der Straße die Redensart höre, müsse er auf Grund des Republikfluchtgesetzes einschreiten.

Die Verwendung dieser Redensart als erläuterndes Beispiel hat dem Minister Fried genügt, den Polizeioberleutnant scharflos zu entlassen. Der Herr Minister hat dabei vergessen, daß er selber als Abgeordneter im Reichstag und auch sonst sich ungehörtliche Beschimpfungen der Republik und ihrer Minister geleistet hat.

Abschied von den Demokraten.

Der langjährige Vorsitzende der Spandauer Demokraten, Dr. Theodor Hirschfeld, hat seinen Austritt aus der Deutschen Demokratischen Partei erklärt. In einem Schreiben an den Parteivorsitzenden Koch-Weser teilt er mit, daß die gegenwärtige Politik der Demokratischen Partei, ihre Unterstützung der Bürgerblockpolitik, es ihm unmöglich mache, der Partei weiter anzugehören.

Dr. Theodor Hirschfeld war auch Vorstandsmitglied des Landesverbandes Brandenburg der Deutschen Demokratischen Partei und kandidierte bei den Preußenwahlen 1924 für den Wahlkreis Potsdam I. Bei den Stadtverordnetenwahlen 1925 war er Spitzenkandidat der demokratischen Liste in Spandau und sodann im Spandauer Bezirksparlament Vorsitzender der Fraktion der Mitte.

Protest gegen Mieterhöhung.

Zwischengewinne an der Hauszinssteuer.

Der Landesverband Preußen im Bunde Deutscher Mietervereine hat der preussischen Staatsregierung und dem preussischen Landtag im Namen der ihm angeschlossenen 905 preussischen Mieterorganisationen eine Denkschrift überreicht, in der zu der geplanten Mieterhöhung Stellung genommen wird.

Die Denkschrift erinnert daran, daß außer der staatlichen Mieterhöhung noch weitere kommunale Erhöhungen der Mieten in Aussicht stünden. Die Mieten in sämtlichen preussischen Gemeinden seien aber bereits erheblich höher als 120 Proz. der Friedensmiete. Im Gegensatz zu dieser Mietzinspolitik seien Löhne, Gehälter und die Bezüge der Arbeitslosen, Sozial- und Kleinrentner nur mit einer gesetzlichen Mietmiete von 120 Proz. berücksichtigt. Sofern ein Ausgleich des preussischen Staatshaushalts nicht in anderer Weise, ohne Mieterhöhung, möglich sei, könne er nur erreicht werden, wenn die jährlich rund 300 Millionen Mark betragenden Zwischengewinne des Miethausbesitzes an der Hauszinssteuer erfaßt werden. Die Veränderung des Veranlagungssystems und die Vermeidung solcher Zwischengewinne sei in verschiedenen anderen Ländern z. B. Sachsen, Baden, längst durchgeführt worden.

Das Defizit im Staatshaushalt von etwa 110 Millionen Mark könne auf diese Weise ohne Mieterhöhungen gedeckt werden und die überschüssenden Beträge könnten zur Förderung des Wohnungsneubaus und zur Senkung der Neubausmieten Verwendung finden.

Münchmeyers milde Richter.

1500 Mark statt einem Jahr Gefängnis.

Magdeburg, 15. Mai.

In dem Prozeß gegen den früheren Pfarrer Münchmeyer wurde nach vierstündiger Verhandlung heute abend das Urteil verkündet. Der Angeklagte wurde wegen Vergehens gegen § 8 Abs. 1 des Republikfluchtgesetzes in zwei Fällen in Tateinheit mit öffentlicher Beleidigung der jüdischen Religionsgemeinschaft — es handelt sich um die Fälle Haumm i. M. und Nordhausen — an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von drei Monaten zu einer Geldstrafe von 1500 Mark verurteilt. In den übrigen fünf Fällen der Anklage (Pyritz, Stolp, Witten i. M. Berden und Magdeburg) erfolgte Freisprechung. Der Staatsanwalt hatte insgesamt ein Jahr Gefängnis beantragt.

In der Verhandlung stellte sich übrigens heraus, daß die nationalsozialistischen „Entlastungszeugen“ aus Stolp sämtlich mit ausführlicher brieflicher Information Münchmeyers über den Inhalt seiner Reden versehen waren. Deshalb lauteten ihre Zeugenaussagen übereinstimmend wie auswendig gelernt!

Reichstagsabgeordneter Genosse Hermann-Thüringen hat die Leitung des Parteisekretariats in Weimar übernommen und hat, um sich ganz seiner neuen Tätigkeit widmen zu können, sein Reichstagsmandat niedergelegt. Sein Nachfolger ist Genosse Dr. August Sieben, Lehrer in Jena, ein Bruder der Reichstagsabgeordneten Dr. Alma Stempfen.

Das Geschäft um Treviranus.

Wie Guérard verschoben werden sollte.

Köln, 15. Mai. (Eigenbericht.)

Die Donnerstag-Ausgabe der „Kölnischen Zeitung“ enthält zu ihrer Koblenzer Meldung über den bevorstehenden Rücktritt des Verkehrsministers Guérard folgenden Kommentar aus Berlin:

„Nach unseren Informationen aus parlamentarischen Kreisen laufen zurzeit zwei Pläne nebeneinander her. Der Reichskanzler Dr. Brüning möchte auf jeden Fall ein Ausscheiden des Ministers Treviranus aus dem Kabinett aus Anlaß der Auflösung des von ihm verwalteten Ministeriums vermeiden. Daher ist vor einiger Zeit schon der in der Koblenzer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ erwähnte Gedanke erörtert worden. In parlamentarischen Kreisen glaubt man jedoch, daß der Reichskanzler diesem Gedanken nur widerstrebend nahegetreten sei, da er sich bei einer Ausschiffung des Ministers von Guérard hauptsächlich deshalb zu einem Ministerium verholten, weil sie seinem unruhigen Tätigkeitsdrang ein Arbeitsfeld außerhalb der Fraktion verschaffen wollte. Demnach wäre es sehr wohl möglich, daß die Fraktion einer Rückkehr des Ministers von Guérard Widerstand entgegenzusetzen und damit in Meinungsverschiedenheiten mit dem Reichskanzler geraten würde. Dem Reichskanzler sind diese Erwägungen seiner Fraktion natürlich bekannt und er hat daraufhin einen anderen Plan erwogen. Er wird dem Kabinett den Antrag unterbreiten, den Minister Treviranus mit dem Hauptreferat für das Ostprogramm zu beauftragen. Sollte dieser Antrag im Kabinett gebilligt werden, so könnte für die Durchführung des Ostprogramms schwerlich der Apparat des Ministeriums für die besetzten Gebiete eingesetzt werden. Vielmehr müßte dann damit gerechnet werden, daß das Ministerium einem völligen personellen und sachlichen Umbau hauptsächlich nach der Verwaltungsseite unterzogen würde. Damit aber wäre der Gedanke eines Grenzlandministeriums, der schon seit längerer Zeit in parteipolitischen Kreisen spukt, verwirklicht. Wir können uns zunächst nicht vorstellen, daß das Kabinett Brüning, das die Sparpolitik in der Verwaltung als Programmpunkt führt, durch die Erhaltung eines längst abbaureifen Ministeriums unter anderem Namen seine Hand bietet und damit seinen eigenen Grundgedanken untreu werden sollte. Wie weiter verläuft, sehen sich führende Persönlichkeiten des Reichsverbandes der Industrie dafür ein, daß das Ostprogramm unter der Leitung von Treviranus durchgeführt werde. Besprechungen in diesem Sinne sollen bereits ausgenommen sein.“

Stillelegung der Berginspektion Clausthal

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages behandelte am Donnerstag eine Reihe von Anträgen über die Stillelegung des Betriebes des Erzbergbaues Clausthal. Nach längerer Aussprache wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der das Staatsministerium ersucht, anlässlich der nicht zu umgehenden Stillelegung der Berginspektion Clausthal ein Rotstandsprogramm für den Oberberg auszuarbeiten, das den Zweck hat, der einheimischen Arbeiterschaft dauernde Beschäftigung zu sichern und unter Entlastung des wirtschaftlichen und gewerblichen Lebens die beteiligten Gemeinden vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Zu diesem Zweck dem beteiligten Behörden die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Einkünfte angenommen wurden Anträge des Zentrums und der Sozialdemokratie auf beschleunigte Inangriffnahme des Baues der Ostseebahn sowie der Antrag der Volkspartei, monach die Stadt Clausthal-Zellerfeld in ihren Bemühungen unterstützt werden soll, Arbeitsmöglichkeiten für die zur Entlassung kommenden Bergleute zu schaffen. Sonstige Anträge wurden abgelehnt.

Internationale Paneuropä-Konferenz.

Ausländische Politiker in Berlin.

In diesen Tagen werden in Berlin Delegierte fast aller europäischen Staaten zu einer Internationalen Paneuropä-Konferenz in Berlin zusammentreten. Auf zwei öffentlichen Kundgebungen, die am Sonntag, dem 18. und Montag, dem 19. d. M., abends 8 Uhr, in der Engelskademie stattfinden, werden sprechen: Der frühere französische Minister Louis Loucheur über „Die wirtschaftliche Organisation Europas“, der frühere britische Kolonialminister A. M. A. über „Panuropa und British Empire“, der chilenische Staatsredner und Vertreter der Panamerikanischen Union Alexander Alvarez über „Panuropa und Panamerika“, der frühere jugoslawische Außenminister Rincic über „Panuropa und Völkerbund“, Professor Joseph Barthelmy über „Panuropa und der Souveränitätsbegriff“, Thomas Mann über „Europa als Kulturgemeinschaft“, Serruns über „Klappen der Panuropa-Bewegung“, Professor Reisen über „Wandlungen des Völkerrechts“, der Direktor der Hochschule für Bodenkultur, Professor Kereboe, über „Panuropas Agrar-Problem“.

Schöber über seine Auslandsreise.

Otto Bauer über Voraussetzungen für innere Entwaffnung.

Wien, 15. Mai. (Eigenbericht.)

In der Donnerstagssitzung des Nationalrats äußerte sich Bundeskanzler Schöber über seine letzten Auslandsreisen.

Die italienische Reise habe — so führte Schöber aus — den Zweck gehabt, die Spannung zwischen Oesterreich und Italien zu beseitigen. In Paris und London habe er die österreichischen Verhältnisse schildern und die Voraussetzungen für die Investitionsanleihe schaffen müssen, die sofort nach der deutschen Anleihe noch vor den Sommerferien aufgelegt werden dürfte.

In Paris und London habe man die engen und herzlichen Beziehungen Oesterreichs zum Deutschen Reich als vollkommen begründet anerkannt.

In wenigen Tagen werde dem Parlament ein Gesetzentwurf über die Wenderung des Waffengesetzes zugehen.

Im Namen der Sozialdemokratie erklärte Abg. Dr. Otto Bauer, die erste Voraussetzung für die Entwaffnung sei die Entmilitarisierung des öffentlichen Geistes, die nicht möglich sei, so lange an jeden Sonntag Aufmärsche und Gegenaufmärsche stattfinden. Die zweite Voraussetzung sei, daß die Entwaffnung unparteiisch, gleichmäßig und unter gegenseitiger Kontrolle durchgeführt werde.

Der Ministerwechsel im Reichsarbeitsministerium hat auch einen Wechsel in der Leitung der Pressestelle dieses Ministeriums zur Folge gehabt. Zum Nachfolger des bisherigen Referenten Victor Roud ist Regierungsrat Dr. Müng, der aus dem Reichsversicherungsamt kommt, ernannt worden.

Neu-Cladow.



Faust-Busch: „Eröffn' ich Räume vielen Millionen...“
Mephisto-Lutki (beiseite): „Millionen — ha, er spricht von Provisionen!“

Macdonald über das Londoner Ergebnis.

Polemik gegen den „Sicherheits“-Aberglauben.

London, 15. Mai. (Eigenbericht.)

Im Unterhaus erklärte Macdonald am Donnerstag, daß die Flottenkonferenz nicht nur eine Angelegenheit der Seeabrüstung gewesen sei, sondern darauf abgezielt habe, einen wesentlichen Beitrag für die Landabrüstungen zu leisten.

Der Friede der Welt — so fuhr Macdonald fort — könne durch die Beschränkung der Rüstungen auf eine einzelne Waffengattung nicht wesentlich gefördert werden. Seit dem Zusammenbruch der Flottenausprache in Genf im Jahre 1927 sei ein Rückschritt in der Friedensgesinnung festzustellen. Jeder Blick auf die Flotten- und sonstigen Militärprogramme der Staaten zeige, daß das Scheitern der Besprechungen im Jahre 1927 in Genf den militärischen Rüstungen einen großen Anstoß verliehen habe. Die Nationen fielen in ihre alte Vorkriegsmentalität zurück. Die überlebten Befürchtungen und

abergläublichen Vorstellungen über die Sicherheit

seien wieder lebendig geworden und es würden wiederum Argumente gebraucht, die im Jahre 1911 landläufig waren.

Macdonald gab dann einen Überblick über die Voraussetzungen der Abrüstung zur See. Er wies unter dem lebhaften Beifall der Fraktion der Arbeiterpartei darauf hin, daß als eine der wichtigsten Grundlagen hierfür eine Verständigung zwischen England und Amerika hergestellt worden sei. Das Dreimächte-Abkommen stelle ebenfalls eine große Leistung dar. Die Ersparnisse im Bau von Kreuzern, Zerstörern und U-Booten beläufe sich auf 300 Millionen Mark. Es habe keinen Sinn, die Ergebnisse der Konferenz zu übertreiben, aber man dürfe sie auch nicht verringern. Die Konferenz habe einen wesentlichen Beitrag zur Sache des Friedens geleistet.

Curtius und Briand einig.

Ueber das Datum der Rheinlandräumung.

Genf, 15. Mai. (Eigenbericht.)

In einer am Donnerstagabend abgehaltenen Besprechung zwischen Briand und Dr. Curtius wurden Richtlinien für die Rheinlandräumung festgelegt. Ihre endgültige

Gestaltung soll im einzelnen durch Verhandlungen des deutschen Botschafters in Paris mit der französischen Regierung erfolgen. Ueber das Datum der Rheinlandräumung ergab sich zwischen dem Reichsaußenminister und Briand vollkommene Uebereinstimmung. Sobald die Rheinlandräumung erfolgt ist, werden auch die Bahnschutztruppen aus dem Saargebiet zurückgezogen.

Am Donnerstagabend hatte Curtius u. a. auch mit dem italienischen Außenminister Grandi eine Aussprache.

Schluß der Ratstagung: Palästina, Oberschlesien.

Genf, 15. Mai. (Eigenbericht.)

Der Völkerbundsrat, der am Donnerstag seine diesjährige Ratstagung beendete, genehmigte in seiner Schlußsitzung das Gesetz des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes zur Einholung eines Gutachtens des Internationalen Gerichtshofes über die Aufnahme des Freistaates Dänzig als Mitglied des Internationalen Arbeitsamtes. Außerdem wurde die Aufhebung der Finanzkontrolle über Ungarn beschlossen.

Der englische Außenminister Henderson unterrichtete den Rat über die Verhältnisse in Palästina. Der Untersuchungsbericht über die Umstände des vergangenen Jahres, der in aller Kürze der Mandatskommission des Völkerbundes zugehen werde, habe einen Umfang von 1000 Druckseiten erreicht. Zweck Verhütung ähnlicher Zwischenfälle wie 1929 sei die Vermehrung der Truppen und eine Reorganisation der Polizei vorgenommen worden. Ferner lasse die britische Regierung die Regelung der Einwanderungs- und Ansiedlungsverhältnisse zurzeit durch Sachleute einer neuen Prüfung unterziehen. Sie hoffe, daß über die erforderlichen Maßnahmen mit den arabischen und jüdischen Bevölkerungsstreifen eine Verständigung erzielt werden könne.

Der Rat befaßte sich zum Schluß noch mit den Beschwerden des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien über die Entlassung mehrerer Töchter einer Knappchaftskasse, ohne jedoch zu einer Entscheidung zu gelangen. In bezug auf die Streitfrage hinsichtlich der Anmeldung der Schulkinder für die deutsche Minderheitsschule hat die polnische Regierung inzwischen ihre Meinung dahin geändert, daß die Eltern oder Erziehungsberechtigten der Kinder nicht mehr vor einer Kommission zu erscheinen brauchen. Die gewünschten Auskünfte können von jetzt ab durch die Beantwortung eines Fragebogens erteilt werden.

Estland besucht Berlin.

Parlamentarier und Journalisten wollen Deutschland kennen lernen.

Reval, 15. Mai.

Eine Abordnung des Parlaments ist unter Führung des Kammerpräsidenten Einbund heute abend nach Berlin abgereist. Auch vier estländische Journalisten, darunter der Direktor der estländischen Telegraphenagentur Kornel, nehmen an dieser Reise teil.

Neue Polizeitaktik in Indien.

Beiderseits passive Resistenz.

New Delhi, 15. Mai. (Eigenbericht.)

Die Polizei, für die die Verhaftung der indischen Dichterin Frau Raidu, der gegenwärtigen Führerin der Widerstandsbewegung, eine große Verlegenheit bedeuten würde, hat am Donnerstag den Versuch gemacht, die Reihen der Anhänger Gandhis ihrerseits nachzuahmen. Der von Frau Raidu geführte Zug, dessen Ziel das staatliche Salzdepot von Dharjuna ist, hatte kaum den zum Depot führenden Weg erreicht, als er sich einem großen, mit Knüppeln bewaffneten Polizeiaufgebot gegenüber sah. Ein höherer Polizeibeamter trat an Frau Raidu heran und teilte ihr statt der erwarteten Verhaftung mit, daß die Behörden die Fortsetzung des Marsches nicht gestatten könnten. Frau Raidu erwiderte, daß sie mit ihren Anhängern an Ort und Stelle zu bleiben gedente, ohne daß der Polizeioffizier jedoch versuchte, die Teilnehmer an dem Zug zu zerstreuen. Er gab seinen Leuten vielmehr den Befehl, in passiver Resistenz zu verharren. Die beiden Parteien liegen sich nunmehr in einer Art von unblutigem Stellungskrieg gegenüber und warten auf eine gegenseitige Offensiv. Die Anhänger Gandhis haben sich ihre Handwergstühle herorgeholt und vertreiben sich die Zeit mit Spinnen.

Die indischen Liberalen haben der Öffentlichkeit eine Erklärung übergeben, in der die Widerstandsbewegung bedauert und verworfen, gleichzeitig aber betont wird, daß von den Behörden Ausschreitungen gegenüber den Anhängern Gandhis begangen worden seien. Von den Anhängern Gandhis wird ein Verzicht auf die Widerstandsbewegung gefordert, während die Behörden aufgefordert werden, die politischen Gefangenen zu entlassen und bald eine Konferenz mit den Führern der indischen öffentlichen Meinung zu veranstalten.

Die Regierung von Bombay hat das Erscheinen des offiziellen Bulletin des Aktionskomitees des Nationalkongresses auf zwei Monate verboten.

Der Prager Militärskandal.

Erklärungen des Heeresministers.

Prag, 15. Mai. (Eigenbericht.)

In der Donnerstagsitzung des Wehrausschusses des Abgeordnetenhauses äußerte der Heeresminister Dr. Bittovsky über den Fall Dorac, daß die Militärverwaltung schon seit längerer Zeit Unregelmäßigkeiten bei den militärischen Untersuchungen beobachtet habe. Als sich der Verdacht gegen Dr. Dorac verdichtete, sei er verhaftet worden. Major Betal sei festgenommen worden, weil er unter dem Verdacht stehe, die Unregelmäßigkeiten Doracs geduldet zu haben. Da im Fall Betal Verdunkelungsgefahr nicht mehr bestehe, sei Betal inzwischen auf freiem Fuß gesetzt worden. Die Militärverwaltung werde die Untersuchung im übrigen bald zu Ende führen, um das Vertrauen der Öffentlichkeit zur Armee sicherzustellen.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Fälligkeit und Verlängerung der Aufwertungshypotheken ist vom Reichskabinett verabschiedet und dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat zugeleitet worden. Der Entwurf wird im Reichsanzeiger veröffentlicht werden.

Deutsche Kommunaltagung in München.

Ueber 1000 Delegierte beim Deutschen Landkreistag.

München, 15. Mai. (Eigenbericht.)

Am Donnerstag war München der Schauplatz einer bedeutsamen kommunalpolitischen Kundgebung. Der Deutsche Landkreistag, die Spitzenorganisation der deutschen Kreisverwaltungen hatte sich mit weit über 1000 Delegierten unter dem Vorsitz des Landrats Dr. von Ahnenbach zu seiner diesjährigen ordentlichen Hauptversammlung eingefunden.

Die Bedeutung der Tagung fand ihren besten Ausdruck in der Begrüßungsrede des preussischen Innenministers Baentig, der als das Charakteristische der Zusammenkunft betonte, daß sie die erste große gemeinschaftliche Tagung des Deutschen und des Preussischen Landkreistages darstelle: „Sie bedeutet mehr — so führte Baentig aus — weit mehr, als ein bloß äußerlich zu wertender Merktag aus der Fülle der Erscheinungen, die uns Spitzenorganisationen der einen oder anderen Art bieten. Die Tatsache, daß es zu einem organisatorischen Zusammenschluß der deutschen Landkreise gekommen ist, ist in mehr als einer Richtung von einer hochehrwürdigen grundsätzlichen Bedeutung; von großer Bedeutung ist vor allem die Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland. Die Entwicklung der kommunalen Kreisverbände ist charakteristisch für die Selbstverwaltung überhaupt. Sie ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Eine Entwicklung, die so notwendig, so folgerichtig gewesen ist wie die der Landkreise, läßt sich nicht aufhalten und es gereicht mir zu einer wirklichen Genugung und Befriedigung, wenn ich heute erklären kann, daß die preussische Staatsregierung im entscheidenden Augenblick ihre Kraft und Bedeutung richtig erkannt und sie tatkräftig gefördert hat. Das im vorigen Sommer verabschiedete Einführungsgesetz zu dem großen Neugliederungsgesetz im Westen hat mit Wirkung für das ganze Staatsgebiet den preussischen Landkreisen die gesetzliche Sicherung gegeben, die ihre Entwicklung braucht, die Sicherung ihres früheren Bestandes gegen subjektive, den allgemeinen Interessen nicht entsprechende Lösungsbestrebungen einzelner Teile und die Sicherung ihrer Kompetenz für die im Interesse der Kreisbevölkerung durch den Kreis zu lösenden Aufgaben gegen unberechtigten Widerspruch einzelner Glieder.“

Der geschäftsführende Präsident Dr. von Siempel betonte unter allgemeiner Zustimmung, daß die Landkreise den Staat bejahen, weil sie ein Teil dieses Staates sind. Das Kernstück der Kundgebung bildeten zwei Vorträge zu dem Thema: „Grenzen der Selbstverwaltung“, in das sich der bayerische Universitätsprofessor und ehemalige kommunalpolitische Referent im bayerischen Innenministerium Dr. Laforet und der preussische Landrat Dr. Schöne-Stettin teilten.

Dr. Laforet behandelte die Frage im wissenschaftlichen Sinne unter deutlicher Betonung des föderalistisch bayerischen Standpunktes. Nach seiner Meinung kann man zwar von einer Kränkung der Selbstverwaltung im politischen Sinne, dagegen keineswegs von einer solchen im rechtlichen Sinne sprechen. Schroff lehnte er jeden Versuch einer reichsgesetzlichen Regelung der Kommunalrechte ab. Die Gemeinden und Gemeindeverbände seien Einrichtungen der Länder und müssen dies bleiben. Preußen werde wohl dem Beispiel der andern großen deutschen Länder folgen müssen, sich ein neues Gemeindegesetz zu schaffen. Die Kräfteverteilung zwischen Staat und Selbstverwaltung sei nach der rechtlichen Seite in den süddeutschen Ländern so gut gebaut, daß sie jeder sachgemäßen Beurteilung standhalten könne.

Landrat Dr. Schöne zog die Grenzen der Selbstverwaltung

nach zwei Seiten, zur Wirtschaft und zur Staatsverwaltung hin. Zur Wirtschaft werden sie vom Standpunkt der Landkreise in dem Sinne gezogen, daß die Verwaltungstätigkeit sich in dem zu erschöpfen hat, was zu unternehmen im Interesse der öffentlichen Ordnung und Fürsorge unbedingt nötig ist und was der Privatwirtschaft deshalb nicht überlassen werden kann, weil keine Gewähr besteht, daß es wirklich getan oder nicht freiwillig und unfreiwillig wieder eingestellt wird. Dem Staate gegenüber sind die Grenzen in dem Begriff der eigenen und der übertragenen Wirkungskreise gekennzeichnet, der zwar noch keine restlose Klärung bedeutet, aber unbedingt muß der Standpunkt vertreten werden, daß Selbstverwaltung abgeleitete Staatsverwaltung ist.

Der Redner erläuterte zum Schluß noch kurz jene Grenzen, die der Selbstverwaltungstätigkeit durch die Staatsaufsicht gezogen ist. Er unterstrich den Satz, daß Selbstverwaltung nicht Selbstzweck sei und anerkannte das Recht des Staates, äußerstenfalls mit Mitteln einzugreifen, die bis zur Verneinung der Selbstverwaltung selbst gehen. Gleichwohl müsse die gesetzliche Gewähr geschaffen sein, daß die Handhabung der Staatsaufsicht nicht zur Verkümmern der grundsätzlichen freiheitlich gedachten Selbstverwaltung führt, die ihre besten Kräfte nur entfallen könne, wenn ihre Verantwortungsredlichkeit nicht durch Bevormundung beeinträchtigt werde.

Der öffentliche Teil der Veranstaltung war mit den Vorträgen abgeschlossen.

Grundstückshandel am Potsdamer Platz

Durfte die Stadt verkaufen?

Im Untersuchungsausschuß über die Mißwirtschaft in der Berliner Stadtverwaltung erlittete am Donnerstag der Berichterstatter Abg. Koennicke (Dnat.) Bericht über die noch nicht erörterten Gutskäufe und Grundstückstransaktionen der Stadt Berlin.

An dem umfangreichen Bericht, der die ganze Sitzungszeit in Anspruch nahm, interessierten besonders

die Transaktionen mit den Grundstücken Bellevuestraße 1 und 2 (Ecke Potsdamer Platz), die von der Stadt an das bekannte französische Warenhaus Lafayette verkauft wurden.

Hierbei war ein Bankkonsortium unter Führung der Bank Lazare, Speyer und Elson mit der Firma Schlesinger u. Co., Trier, tätig. Stadtrat Busch soll auch hier als Grundstückseigentümer der Stadt nicht einwandfrei gehandelt, und Stadtrat Kay, der mit der Angelegenheit ebenfalls befaßt war, private Beziehungen mit der Bank Schlesinger u. Co., Trier, unterhalten haben. Ueber den ganzen Komplex werden in den nächsten Tagen eine Reihe von Zeugen vernommen. Dabei wird auch von Wichtigkeit sein festzustellen, ob die Stadt überhaupt berechtigt war, das Grundstück Bellevuestraße 2 zu verkaufen. Dieses war ursprünglich Stiftungsgrundstück und von einem Ehepaar Krug testamentarisch der Stadt mit bestimmten Bindungen vermacht. Es sollte in seinem ursprünglichen Zustand erhalten bleiben und entweder für Dienstwohnungen höherer städtischer Beamter oder für ein Altersheim Verwendung finden.

Da von diesen Bestimmungen keine innegehalten wurde, wird zu klären sein, ob eine andere Verwendung des Grundstücks rechtlich zulässig gewesen ist.

Jedenfalls hat sich der Magistrat auf den Standpunkt gestellt, daß das übrige der Stadt vermacht, aber durch die Inflation auf

70 000 Mark zusammengekauftene Barvermögen der Krug'schen Eheleute nicht ausreichen würde, dem Stiftungswillen der Erblasser zu entsprechen. Deren Verwände sind übrigens im Testament nicht bedacht worden und sollen jetzt wegen Nichterfüllung der schwüligen Bestimmungen ihre Rechte gegen die Stadt Berlin geltend gemacht haben.

Für das Grundstück Bellevuestraße 2 zog ferner ein Kaufgebot der Firma Berthelm in Höhe von 2 Millionen Mark vor. Dieses Angebot ist nicht berücksichtigt worden, obwohl der Firma Berthelm die feste Zusicherung gegeben wurde, daß dasselbe bei beabsichtigtem Verkauf unter allen Umständen herangezogen werden sollte.

Der Berichterstatter äußerte sich ferner über eine Reihe weiterer Grundstückskäufe und besonders über die Vorgänge beim Verkauf des Schöneberger Südgebietes. Auch darüber werden die Beteiligten noch ausführlich vernommen.

In nächstfolgender Sitzung gab Staatsanwaltschaftsrat Weissenberg noch Bericht über das Ergebnis seiner Vernehmung von Busch und über dessen Beziehungen zu dem Holländer Lutti.

Die nächste Sitzung findet Freitag, vormittag 10 Uhr, statt.

Die Arbeiternot im Osten.

Was soll mit den ostdeutschen Landarbeitern geschehen?

Vom Deutschen Landarbeiterverband wird uns geschrieben: Die Regierung Brüning bereitet ein Osthilfegesetz vor. Der Zweck des Gesetzes soll in der Hauptsache sein, diejenigen landwirtschaftlichen Betriebsinhaber helfend unter die Arme zu greifen, deren Betriebe gefährdet sind.

Eine Frage, die angesichts des Vorgehens der Regierung aufgeworfen werden muß, ist: „Was soll mit den ostdeutschen Landarbeitern geschehen? Soll auch an ihre Notlage gedacht und sollen auch sie der Hilfe des Staates teilhaftig werden?“

Die Notlage der ostdeutschen Landarbeiter wird allmählich sprichwörtlich. Sie ist so groß, daß die ostdeutschen Landarbeiter in immer stärkerem Maße von der Verzweiflungstimmung gepackt werden und kaum noch dazu zu bewegen sind, dem Lande die Treue zu halten. In der Zeit vom 1. Januar 1929 bis Ende September 1929 sind beispielsweise aus Ostpreußen nicht weniger als 17 000 Landarbeiter ausgewandert.

Besonders sind es die Lohn- und Wohnverhältnisse, die die ostdeutschen Landarbeiter stark bedrücken. Ein ostpreussischer Deputatarbeiter, der dazu noch verpflichtet ist, Hofgänger oder seine Frau stellen zu müssen, kommt auf einen Gesamtstundenslohn von sage und schreibe 34 Pf.; der 16- bis 18jährige Hofgänger kommt auf einen Gesamtstundenslohn von 15 Pf.; die Landarbeiterfrau kommt auf einen Gesamtstundenslohn von 22 Pf. Die Einkünfte der ostdeutschen Landarbeiter reichen nicht einmal aus, die wichtigsten Bedürfnisse zu bestreiten. Von der Unmöglichkeit, sich etwas Besonderes leisten zu können, soll nicht einmal gesprochen werden. Und die Wohnverhältnisse? Das Gros der Landarbeiterfamilien muß sich mit Wohnungen begnügen, die nicht einmal den einfachsten Bedürfnissen gerecht werden. Es ist keine Seltenheit, daß 8 bis 10 Personen in Stube und Kammer wohnen müssen.

Die ostdeutschen Landarbeiter würden es als einen Akt der Rücksichtslosigkeit betrachten, wollte der Staat bei seiner Hilfsaktion für den deutschen Osten an ihren Verhältnissen achtlos vorbeigehen. Es müßte mit einer Verschärfung der Abwanderung gerechnet werden.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Gust Gevers, Wirtschaftl. u. Allg. Anstalt; Gewerkschaftsbewegung: J. Klein; Statistik: A. S. Böhmer; Soziale und Sonstige: Frau Kath. Anstalt; B. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Dergu 3 Beilagen und „Stadtbeilage“.

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz

Freitag u. Sonnabend billige Lebensmittel

Soweit Vorrat, Mengenabgabe vorbehalten. Obst u. Gemüse werden nicht zugerechnet.

Frisches Fleisch

Kälbskamm v. Brust, Pfd.	0.84
Kalbsnierebraten Pfd.	0.94
Kalbsschnitzel . . . Pfd.	2.20
Suppenfleisch . . . Pfd.	0.78
Lieschen 0.65 Gehacktes	0.85
Gulasch Pfd.	0.95
Rinderkamm und Brust Pfd.	0.86
Schmorfleisch 1.30 mit Knochen	1.10
Roastbeef mit Knochen, Pfd.	1.10
Fr. Rinderzungen Pfd.	1.25

Schweinerücken mit Beilage, Pfd.	1.04
Schweinschinken Kamm u. Blatt, mit Beilage, Pfd.	1.14
Kahler mit gesalzen, Pfd.	1.34
Pa. Nierentalg ausgelesen Pfd.	0.50
Frische Bratwurst Pfd.	1.20
Prima Gefrierfleisch	
Suppenfleisch . . . Pfd.	0.74
Rinderkamm und Brust Pfd.	0.84
Hammelvorderfl. Pfd.	0.88

Wurstwaren

Dampf- u. Rotwurst	0.96
Fleisch- u. Leberwurst	1.20
Gekochte Mettwurst	1.40
Jagd- u. Mettwurst (Br. Art)	1.40
Pökelfleisch gekocht, Pfd.	1.60
Filetwurst Pfd.	1.70
Schinkenpolnische Pfd.	1.70

Tee- u. Leberwurst klein	1.80
Zervelat u. Salami Pfd.	1.80
Speck fett, Pfd. 1.05 mager	1.35
Schinkenspeck 1-Pfundstück	1.90
Königstr., Rosenthaler Str., Moritzpl.	
Sülzwurst Pfd.	0.55
Speckwurst Pfd.	0.85

Käse und Fett

Camembert vollfett, Schachtel 2.38	0.20
Limburger 0.44 vollfett Pfd.	0.82
Emmenthaler Art 6 Port Schacht.	0.74
Tilsiter vollfett, Pfd. von	0.78 an
Schweizer dänisch, 1/4 fett Pfd.	0.80
Steinbuscher vollfett, Pfd.	0.80 an

Edamer u. Holländer	0.92
Schweizer dänisch, vollfett Pfd.	1.38 an
Margarine Pfd.	0.50 0.58
Molkereibutter . Pfd.	1.34
Tafelbutter Pfd.	1.44 1.55
Dän. Butter 1a Qualität, Pfd.	1.64

Kolonialwaren

Bruchreis Pfd.	0.19
Amerik. Re's . . . Pfd.	0.36
Gelbe Erbsen poliert, Pfd.	0.33
Harigrich Pfd.	0.34
Makkaroni Hartgrieb, Pfd.	0.44

Eier-Schnitt-Nudeln	0.50
Kalif. Pflaumen . Pfd.	0.48
Bosn. Pflaumen 0. Slein, Pfd.	0.52
Ringäpfel Pfd.	0.74
Puddingpulver Vanille u. Mandel 2	0.45

Spargel
Pfund 85, 45, 14 Pf.

Hühner
gefroren Pfd. v. 82 Pf. an

Kabeljau
ohne Kopf, ganze Fische, Pfund 12 Pf. an

Bratschollen
Pfund von 15 Pf. an

Fr. Hechte
Pfund von 40 Pf. an

Leb. Aale
Pfund von 110 an

Tafelbirnen
halbe Frucht, i. eigenen Saft, 1/2 Dose 65 Pf.

Zitronen Dutzend	0.46
Apfelsinen Dutzend	0.48 0.68
Jaffa-Orangen 5 Stück von	0.55 an
Bananen Pfund	0.55
Radieschen . . . 4 Bund	0.10

Konserven 1/2 Dose	
Br.- u. Schnittbohne	0.58
Jg. Erbsen 1/2 Dose	0.45 0.70
Kaiserschoten	1.60
Leipziger Allerlei	0.80
Junge Karotten	0.65
Haricots verts mit Hohn	1.00
Apfelmus 0.54 extra fein	0.68
Mirabellen 1/2 Dose	0.58 0.95
Süße Kirschen ohne Stein	1.40
Pflaumen-Konfit. 1/2 Elmer	0.90
Aprikosen-Konfit. 1/2 Elmer	1.15

Geflügel	
Puten gefroren . . . Pfd. von	1.05 an
Hühner frisch geschichtet, Pfd. von	1.05 an
Junge Gänse Pfd. von	1.40 an
Brathähnchen Junge, Stück v.	1.50 an

Wein Preise für 1/2 Flasche, ohne Glas	
Maitrank aus Fruchtweine . .	0.75
Apfelsüßmost alkoholfrei	0.80
1929 Oberhardter	0.73
1929 Bergzaberner Leitern Pfalzweine	0.80
Feiner Kirsch- u. Himbeer-saft . . . 1/2 Flasche	0.85 1.40

Obst und Gemüse	
Salat 2 Kopf	0.15
Rhabarber . . . 4 Pfund	0.18
Spinat 5 Pfund	0.26
Grüne Gurken Stück von	0.32 an
Junge Kohlrabi Bund	0.45

Fische	
Seelachs ohne Kopf, ganze Pflache . . . Pfd.	0.15
Schellfisch u. Rotbars	0.20
Kabeljau-Filet Pfd.	0.24 an
Lachs gefroren, ganze Pflache, Pfd. von	0.98 an

Räucherwaren	
Fettbücklinge Pfd. von	0.35 an
Flundern, Seelachs v.	0.38 an
Schellfisch Pfd.	0.40
Makrelen Pfd.	0.45
Räucheraal Bund v. 0.30 Pfd. von	2.60 an
Mattjesheringe 2 Stück von	0.25 an

Gebrannter Kaffee	
Konsum- / Sorte II . Pfd.	2.20
Mischung / Sorte I . . Pfd.	2.40
Haushalt-Mischung	2.80
Sonder-Mischung Pfd.	3.20

Wein Preise für 1/2 Flasche, ohne Glas	
1928 Obermoseler . .	1.00
1928 Brauneberger Bürgerslay spritzig, Most	1.50
1928 Schloßböckelheim	1.70
1921 Médoc kraft. Bordeaux	1.60
Johannisbeerwein keine Qualität, vom Fass, Liter Wein vom Fass besonders billig	0.80

Sie wollen nichts als Radau!

Hakenkreuzler gegen sachliche Arbeit im Stadtparlament.

Zu Anfang bot die gestrige Stadtverordnetenversammlung ein Bild, wie man es im Stadtparlament stets sehen möchte: Es wurde intensiv und schnelle Arbeit geleistet. Innerhalb der ersten halben Stunde waren bereits 16 Tagesordnungspunkte erledigt. Das paßte jedoch den radikalen Flügelparteien nicht in ihren Kram. Die Kommunisten hatten in halber Gemeinlichkeit mit den Nationalsozialisten bereits eine Stunde nach Beginn eine Unterbrechung der Sitzung erreicht. Scheinbar hatten sich die erregten Gemüter nach der Wiedereröffnung völlig beruhigt. Gegen Schluß der Versammlung kam es dann jedoch noch einmal zu wüsten Tumultszenen bei einer Rede des sozialdemokratischen Stadtverordneten Riese. Das Durcheinander wurde durch das Fehlen einer kraftvollen Versammlungsführung noch begünstigt. Der stellvertretende Vizepräsident, der deutschnationale Stadtverordnete Dr. Granaß, stand der Situation völlig ratlos gegenüber. Als am Anfang der Rede unseres Genossen Riese die nationalsozialistische Fraktion geschlossen zur Rednertribüne vordrängte, wurde ihnen von den Sozialdemokraten Widerstand geleistet. Dabei kam es zu einer Schlägerei, an der sich auch deutschnationale Stadtverordnete beteiligten. Die Schuld an den bedauerlichen Vorfällen tragen alle die Nationalsozialisten, denen es lediglich auf die Diskreditierung des von den Bürgern gewählten Parlaments ankommt.

ordnung übergang. Schließlich begründete der Kommunist Schwenk in langer Rede einige Anträge seiner Fraktion zu den Sparmaßnahmen, die gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten abgelehnt wurden.

Nun wollten die Nationalsozialisten ihren Antrag begründen, der das Stadtparlament zu einem Einspruch bei der Reichs- und Staatsregierung gegen die Annahme des Young-Planes veranlassen sollte. (Der „Vorwärts“ hat die Unsinnigkeit dieses Antrages bereits gekennzeichnet.) Volkspartei und Demokraten beantragten wieder Uebergang zur Tagesordnung, um dem Hause einen völlig nutzlosen Zeitraub zu ersparen. Der Kommunist Dieck sprang jedoch sofort auf, um den Standpunkt der Nationalsozialisten zu verteidigen! Als nach ihm der Demokrat Engel das Wort erhielt, kam es zu

beschämenden Tumultszenen.

Der Kapitän Engel eilte geschäftig zu den Kommunisten, um die Parole auszugeben. Dann setzte von beiden Parteien ein ohrenbetäubender Lärm ein.

Kommunisten und Nationalsozialisten brüllten in halber Einheitsfront ununterbrochen: „Juden raus!“

Schließlich sah sich der Vorsitzende Haß gezwungen, die Sitzung auf zehn Minuten zu unterbrechen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erhielt Stadtv. Engel (Nat.-Soz.) das Wort. Die Versammlung mußte eine seiner wüsten, völlig konfusien Agitationsreden über sich ergehen lassen. Er witterte annähernd 45 Minuten gegen den Young-Plan.

Geschäftsordnungsmäßig hätte nach der Rede Engels sofort die Abstimmung über den Antrag „Uebergang zur Tagesord-

nung“ stattfinden müssen. Die Nationalsozialisten beantragten namentliche Abstimmung. Als darauf die Antragsteller ihren Antrag zurückzogen, kam es zu einem völligen Durcheinander. Der deutschnationale Vizepräsident Dr. Granaß war der Situation in keiner Weise gewachsen. Unter dem Gelächter des ganzen Hauses ließ er schließlich darüber abstimmen, ob man sich vor Zurückziehung des Antrages bereits in der Abstimmung befand. Die Versammlung verneinte das und die „Young-Debatte“ ging daher munter weiter. Vor leeren Bänken sprach Stadtverordneter Wisniewski (Komm.) teils für, teils gegen die Nationalsozialisten. Dann langweilte Stadtv. Krüger (Nat.-Soz.) durch konfusien Stammeln das Haus. Als der stellvertretende Vorsitzende dann dem

Stadtv. Riese (Soz.)

das Wort erhielt, drängen die Nationalsozialisten geschlossen gegen die Rednertribüne vor. Es entsteht ein allgemeiner Tumult, da die Sozialdemokraten selbstverständlich ihren Redner zu schützen suchen und den Radikalen Widerstand leisten. Der lauten Stimme Riefes gelingt es anfangs noch, den Radau zu überhören. Plötzlich versucht der nationalsozialistische Stadtv. Krüger, der während seiner Rede eine mehr als lächerliche Figur abgegeben hatte, bis zu dem sozialdemokratischen Fraktionsredner vordringend. Das ist der Kussatz zu einer allgemeinen Schlägerei. Nach einigem hilflosen Stammeln verläßt der deutschnationale Vorsitzende seinen Stuhl. Die Sitzung ist aufgehoben. Erst allmählich ebbt die Erregung ab und die Stadtverordneten verlassen heftig diskutierend den Saal.

Für das in Aussicht gestellte Darlehen von 340 000 M. für die Verlängerung der Schnellbahn nach Zehlendorf soll die Stadt Berlin für die Berliner Verkehrs-Aktiengesellschaft die selbstschuldnerische Bürgschaft übernehmen. Die Vorlage hierüber wurde angenommen, ebenso die Uebernahme einer Bürgschaft für das Sanatorium Birkenwerder G. m. b. H. Berichterstatterin hierfür war die sozialdemokratische Stadtverordnete Frau Dr. Käthe Frankenthal. In schneller Folge wurde ferner angenommen die Bewilligung von Mitteln zur Errichtung eines Kindergartens und Hortgebäudes in Oberschöneweide, Bezirk Treptow, die Uebernahme der Bürgschaft für eine dem Bezirk „Wohnereinhelm am Urban“ e. V. von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu gewährende Hypothek von 30 000 Goldmark. Berabschiedet wurde weiter ohne Debatte die Vorlage betr. Auflösung des Sanatoriums für das Pflgeamt der Stadt Berlin. Aus gemeinlichen Vorbehaltsmitteln bewilligte die Versammlung 40 000 M. zur Beschaffung der notwendigen Lehrmittel für das Kleist-Gymnasium im Bezirk Tiergarten. Die sich als notwendig erwiesene Errichtung eines neuen städtischen Wochenmarktes in der Soarstraße in Charlottenburg wurde gutgeheißen. Für die Neudölnener Arbeiterbevölkerung von besonderer Bedeutung ist, daß die Stadtverordneten die vom sozialdemokratischen Neudölnener Bezirksamt geforderten 13 000 M. für die Einrichtung eines Freibades am Tellowkanal bewilligten.

Phrasendrescherei statt sachliche Arbeit.

Kenntnis genommen wurde von der Vorlage über das Ausschließen von Sachverständigen aus den Ausschüssen der G. a. g. a. Bewegung und den städtischen Wasserwerken. Den Kommunisten behagte das schnelle Arbeitstempo der Versammlung wenig. Nach einer Jungferrede des Kommunisten Kube, der sich sichtlich abmühte, seinen Fraktionskollegen an Aufwand von Lungenkraft nicht nachzustehen, hielt Dieck (Komm.) eine seiner altbekannten, sich stets wiederholenden Brandreden. Er hielt die Versammlung beinahe eine halbe Stunde mit langatmigen Ausführungen auf, die sich gegen die Annahme des Finanzprogramms der Reichsregierung richteten. Zu einer Abstimmung der diesbezüglichen kommunistischen Anträge kam es nicht, da die Versammlung auf Vorschlag der Volkspartei und der Demokraten zur Tages-

Der Amtsvorsteher unter Anklage.

Er bestreitet die Wahrheit der Aussagen seiner Töchter.

Der Prozeß gegen Amtsvorsteher Frenzel, der unter der schweren Anklage steht, seine minderjährige Tochter Jahre hindurch mißbraucht zu haben, teilweise unter Anwendung von Gewalt, dürfte erst am Sonnabend zu Ende gehen. Die Beweisnahme wickelte sich gestern nicht so schnell ab, wie das Gericht angenommen hatte. Ueber dem Schwurgerichtssaal lag die ganze Zeit über ungeheure Spannung. Ein Mann, der im politischen Leben eine gewisse Rolle spielte, für den keine Ehrenämter und keine öffentliche Tätigkeit alles bedeuteten, kämpft hier um seine bürgerliche Existenz.

Vor den Schranken des Gerichts steht die noch nicht sechzehnjährige Gertrud. Fröhlich, mit Augen, die bald schreckhaft groß aufblicken, bald madonnenhaft in sich versinken, das Gesicht bald ängstlich verzerrt, bald von einem Lächeln verschönt. Wollen Sie ausfragen, fragt sie der Vorsitzende. Ja, Entschlossen und bestimmt. Sind Sie sich aber klar darüber, ermahnt die Zeugin der Verteidiger, daß es etwas Ungeheuerliches ist, wenn ein Kind gegen seinen Vater ausjagt. Es gibt auch menschliche Blicke des Verzweihens. Ich will ausfragen, ebenso hart wie entschlossen. Der Vorsitzende will für die Dauer dieser Aussage auch für die Presse

die Dessenlichkeit ausschließen. Die Verteidigung widerspricht. Fühlen Sie sich durch die Anwesenheit der Presse bedrängt, fragt der alte Richter. Nein. Und die noch nicht sechzehnjährige Zeugin erzählt Einzelheiten des angeblichen Verkehrs mit dem Vater. Nach mehreren Jahren veranlaßte Gertrud die Mutter, sie als Haus-tochter aus dem Hause zu geben nach Waltershausen. Das war am 1. April vorigen Jahres. Nach Weihnachten sollte sie ins Elternhaus zurück. Davor fürchtete sie sich. Sie schrieb an ihre Schwester Hilde, schrieb an die Frau Pfarrer Schent in Bornstedt, ob sie nicht eine Stellung für sie hätte, bot sie, mit der Mutter zu sprechen, damit diese dem Vater Karen Wein einschenke. Die Frau Pfarrer tat das. Als Gertrud Mitte Dezember nach Hause zurückkehrte, brachte der Vater in Gegenwart der Mutter und der ältesten Schwester Elise das Gespräch auf den Selbstmord, mit dem sie gedroht haben sollte. Da sagte sie ihm die Wahrheit, wie er sie belästigt und wie er immer dabei geäußert habe, es sei ja nur „menschlich“. Der Vater schalt sie der Undankbarkeit und klagte über seine großen Geldausgaben. Nun besuchte sie die Köchschule, der Vater hörte sie nicht mehr an, verfolgte sie aber mit seinem Haß; die Leiterin der Schule merkte, daß sie immer schmaler und blasser wurde, sprach auch mit der Mutter darüber. Schließlich konnte sie es nicht mehr zu Hause ertragen, sie blieb eine Nacht bei ihrer Freundin und klagte ihr Leid der Frau Pfarrer. Der



Brief von Marfa Ossipowna Morislow an Herta Wuppe. (Dieser Brief wurde von der Adressatin an die Tante der Verschollenen, Frau Helene Delius, übermittelt, welche ihn dem Amtsgericht Sändrup umgehend aus Bayreuth zugehen ließ, wo er am 27. Juli 1929 zur endgültigen Aufklärung des Falles Rist beitrug.)

Rio de Janeiro, jawohl, Rio de Janeiro!
Hertakind, geliebtest!

Also da staunst! Sicher wirst du schon böse, weil ich für so lange verstummt war, aber wenn du hörst, was ich alles mitgemacht habe — du hast ja keine Ahnung, einfach knorke, und nun brauch ich überhaupt nicht mehr zum Film, das alles war so viel, viel interessanter.

Vor allem aber, damit ich es nicht vergesse, dieser Brief ist streng geheim. Verstanden! Du verdrernst ihn gleich wie alle die anderen. Tante darf keineswegs erfahren, daß ich noch am Leben bin, sie muß mich mindestens noch ein Jahr lang als verbrannte Leiche betrachten, sonst zahlt sie nie im Leben den Schaden, den ich angerichtet habe, und ich kann alles Geld, das ich beim Film verdienen werde, dieser gräßlichen Gräfin geben, die ohnehin schon viel zu viel davon hat und deshalb immer Morphium nimmt. Ich habe nämlich einen furchtbaren dummen Streich begangen. Aber das kommt nur von der effigen Langenweile auf der Insel und dem vielen Rauchen. Ich rauche jetzt höchstens fünfzehn bis zwanzig Zigaretten mehr, aus lauter Reue über den Brand. Stell dir vor, ich habe mit meinen Zigaretten das ganze Haus angezündet und ich fürchte, auch in die Luft gepregelt. Es war zwar kein ganz richtiges Haus, sondern nur ein Badehäuschen, aber es war furchtbar kostbar, ein Boudoir mit allen nur möglichen Parfums und Pyjamas und ein chinesischer Teesalon. Es gehörte der Gräfin Karefund, von der ich dir sicher schon geschrieben habe, und der Doktor von unserer Insel, der mit ihr nämlich sehr gut war — er hat mit beinahe jeder was gehabt, dieser Kerl —, der hatte einen Schlüssel. Und den gab er mir, und da war ich oft allein dort

und badete und zog mir die schönen Pyjamas an und trank Tee aus den winzigen Täßchen und rauchte und bildete mir ein, hinter jedem Vorhang steht ein Regisseur mit einem Kurbelkasten. Und einmal nahm ich mir auch einen mit, den schönen Dichter, der immer so geheimnisvoll tat und in den ich anfangs so verknallt war, aber das war eine furchterliche Enttäuschung, davon will ich lieber gar nichts erzählen. Der Doktor wollte auch immer kommen, aber ich hatte nicht viel Lust, denn eigentlich gefiel er mir gar nicht so furchtbar, aber wie es dann immer langweiliger wurde auf Uynö und ich beinahe schon mit einem schauderhaften Lehrer mit Plattfüßen angebandelt hätte, da dachte ich mir, warum denn nicht und ich werde es einmal versuchen. Und alles wäre vielleicht ganz anders geworden, und ich sähe jetzt nicht in Rio de Janeiro, wenn der rücksichtslose Mensch nicht knapp vor unserem Rendezvous Wein getrunken hätte, das kann ich mal nun nicht vertragen, und da gab ich ihm denn bei dem ersten Kuß einen Tritt in den Sauch. Dann blieb ich allein und badete und weinte vor Aerger. Und als ich wieder angekleidet war, rauchte ich rasch noch eine Zigarette, aber ich muß nicht recht vorsichtig gewesen sein oder Gott weiß was, denn auf einmal stinkt es und wie ich mich umdrehe, steht die Chaielongue mit dem kostbaren chinesischen Ueberwurf in Flammen und alles brennt wie Stroh. Ich raus aus dem Haus und über den Steg und das war auch ein Glück, denn kaum bin ich am Ufer, gibt es auch schon einen Riesenkrach wie bei einer richtigen Explosion, ich glaube, es muß von Benzin gewesen sein, es stand so eine Kanne dort für das Motorboot, also jedenfalls ich renne und renne und weiß gar nicht, wohin, nur eines weiß ich: nur nicht wieder zu Tante Delius. Wie ich dann im Hafen von Sändrup in das schwedische Schiff hineingekommen bin, könnte ich dir gar nicht mehr schildern, da war ich sicher sinnesverwirrt oder wie das heißt. Ich kriechte also zwischen ein paar Rippen, und dort blieb ich und mußte mich nicht, und am nächsten Tag, wie das Schiff so furchtbar schaukelt, und alles um mich herum — na, ich will das lieber nicht näher schildern, jetzt werde ich übrigens nie mehr seefrank —, am nächsten Tag also fällt mir ein, daß ich das feinste bin, was man jetzt überhaupt trägt, nämlich ein blinder Passagier. Es war zwar nur ein Frachtdampfer, aber dafür war der Kapitän besonders reizend, einfach süß. Und sie mußten gar nicht, wo ich zu ihnen hineingeschlüpft war, sie dachten, ich sei ganz verhungert, so elend sah ich aus nach dieser gräßlichen Seefrankheit und schon weiß Gott wie lang zwischen ihren Rippen. Und ich zeigte auch gar nicht, daß ich dänisch kann, sondern sprach immerfort nur russisch und ein

paar von den Matrosen glauben heute noch, ich sei eine echte Zarentochter.

Und dann die Reise und wo wir überall waren! So was kann man gar nicht aufschreiben, das wird sonst kein Brief, sondern gleich ein Roman, ein Roman mit einer richtigen Liebesgeschichte. Denn, Herta, ich habe endlich, endlich was „erlebt“ — ob es die ganz große einzige Liebe war, die Tante Hefene immer von mir verlangte, weiß ich zwar nicht, aber jedenfalls war es herrlich und wunderschön und ist es eigentlich noch, und ich bin ganz glücklich. Und wenn wir im Herbst nach Schweden zurückkommen, dann fahre ich vielleicht auch ein bißchen zu dir nach Berlin und erzähle dir alles, alles! Vielleicht bist du inzwischen auch schon eine ganz berühmte Schauspielerin und verschaffst mir ein Engagement beim Film. Es muß ja nur ein kleines sein im Anfang.

Leb wohl, liebe Herta, und erzähl nur ja niemand was von der ganzen Geschichte, außer vielleicht Lu und Käte, die werden sicher vor Reid zerplatzen und mich kolossal bewundern, wenn ich wieder zurückkomme. Aber Tante darf um Gotteswillen noch lange nichts erfahren!
Deine dich liebende Ossipowna.

Dagens Nyheder, Kopenhagen, 10. September 1929:

Aus Oslo wird gemeldet: Die Gerichtsstaalkorrespondenz berichtet heute über einen ganz ausnahmweisen Fall, bei dem die norwegische Justiz eine tiefe Einsicht und wahres menschliches Verständnis bewiesen hat. Der Defraudant Thorvald Stirre, der sich eine Zeitlang unter dem Namen Lorden Rist auf einer kleinen Insel Dänemarks versteckt gehalten hatte und bei dieser Gelegenheit unter dem falschen Verdacht, ein gemeiner Lustmörder und Frauenhändler zu sein, wochenlang in Untersuchungshaft gehalten wurde, hatte sich gestern für seine Veruntreuungen zu verantworten. Die Bank selbst, die er mit Hilfe einer alten Tante die ganze Summe wieder zurückgestellt hatte, war zwar von der Anklage zurückgetreten. Dessenungeachtet verurteilte der Gerichtshof den reuigen Sünder unter Anwendung äußerster Milderkeit zu einer Gefängnisstrafe von fünf Wochen, die aber durch die Untersuchungshaft in Dänemark für verbüßt erklärt wurde. Thorvald Stirre verließ glücklich mit seiner Braut am Arm das Gerichtsgebäude. Man sagt, daß dänische Freunde ihm die Ueberfahrt nach Kanada, wohin er auszuwandern gedenkt, vorstehen wollen.

Dagens Nyheder, Kopenhagen, 6. Oktober 1929:

Herr S. G. Jacobsen, Richter in Sändrup, hat sich gestern mit Fräulein Kamma Schmitt, Uynö, vermählt.

Wahr rief den Pfarrer an, was das bedeuten solle, daß seine Tochter nicht nach Hause komme und vereinbarte für den Montag — das Telefongespräch fand am Sonnabend statt — eine persönliche Aussprache. Am Montag früh begab sich aber Gertrud zum Vormundschaftsgericht. Die Sorge um das Mädchen wurde dem Vater entzogen, der Pfarrer als Pfleger bestellt. . . Am Tage darauf erfolgte Anzeige.

Der Angeklagte bestreitet jede Schuld. Seine Tochter Hilde, die ihn anfangs gleichfalls beschuldigt hat, haßte ihn.

weil er sie streng hielt. Die Gertrud beschuldigte ihn, weil sie aus dem Hause wollte. Sie stand unter dem Einfluß des Pfarrers. Der Pfarrer habe auch einen Haß auf ihn, weil er dagegen gestimmt habe, daß die Geistlichkeit im Vorstand der Fachschulen sich und Stimme erhalte. Als ihm das erstmal zu Ohren gekommen sei, was über ihn gesagt werde, habe er das als Klatsch betrachtet. Alles sei unwahr, was Gertrud erzählt habe.

Gertrud ist aber der Ansicht, daß sowohl die Mutter als auch die älteste Schwester Effe von allem gewußt haben.

Der Hausbesitzer und seine Portierfrau.

Ein Massenmeineidsprozeß.

Vier Tage hindurch verhandelte das Landgericht III in einer Meineidsache gegen den Hausbesitzer S. und seine Portierfrau J. S. war wegen Meineides in drei Fällen und Anstiftung zum Meineide und die Portierfrau J. wegen Meineides in fünf Fällen angeklagt.

Als Frau J. im Jahre 1922 einen Krieginvaliden heiratete, der Säuer war, hatte sie bereits ein sehr bewegtes Leben hinter sich. Vier Jahre später ließ sie sich von dem Manne scheiden, machte auf der Straße die Bekanntschaft eines Herrn B., wurde seine Hauswirtschafterin, lernte durch B. den Hausbesitzer S. kennen, der zu B. zog und mit Frau J. ein Verhältnis begann. Er überließ ihr eine Portierstelle in seinem Hause und teilte seitdem mit ihr die Portierloge. Seine Frau mit drei Kindern lebte von ihm getrennt. Kurz darauf setzen die Meineide ein.

Die ersten beiden Meineide beschwor Frau J. in einem Beleidigungsprozeß, den S. gegen einen „Schokoladenfabrikanten“ führte; sie behauptete, mit S. nicht in wilder Ehe zu leben. Weitere zwei Meineide schwor sie in einem Unterschlagungsprozeß, der gegen einen Kassierer der Wasserwerke eingeleitet worden war. Sowohl sie wie S. sagten aus, daß der Mann, der Jahrzehnte ehrlich seinen Blah ausgefüllt hatte, die 276 M., die er nicht erhalten haben wollte, einsteckt und unterschlagen habe. Den fünften Meineid leistete Frau J. in einem Hausklatschprozeß. Auch S. schwor damals falsch.

Vielleicht wäre trotzdem alles gut gegangen, wenn eines Tages die Frau des Hausbesitzers S. sich nicht mit ihren Kindern ganz unerwartet in der Portierloge eingefunden hätte. Als die J. nun hinausgeworfen werden sollte, machte sie ihrer Empörung Luft, nannte S. einen Meineidschwärzer, schrie, er habe sie für 50 M. zum Meineid angestiftet, sie habe alle falschen Eide um feinetwas geschworen, auch in der Sache mit dem Wassermann ufm. usw. So kam die Sache zum Klappen.

Die Verhandlung gestaltete sich für beide Angeklagten geradezu vernichtend. Der „Wassermann“ legte unter seinem Eide aus, daß er das Geld nicht erhalten habe; an der Richtigkeit seiner Aussage konnte kein Zweifel sein. Eine Reihe Zeugen bestätigte die intimen Beziehungen zwischen beiden Angeklagten; die Zeugin, deren Anwesenheit in Berlin die Angeklagten seinerzeit behauptet hatten, beschwor, daß sie zur fraglichen Zeit überhaupt nicht in Berlin gewesen sei. Dr. Leppmann bezeichnete die Angeklagte J. als schwere Psychopathin, die einfach wild darauf los erzählte, was ihr gerade in den Sinn kommt, ohne an die Folgen ihrer Aussagen

zu denken. Das Gericht verurteilte beide Angeklagten wegen Meineides bzw. Anstiftung dazu zu je drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Beiden Angeklagten wurden auch auf Lebensdauer die Fähigkeit als Zeuge und Sachverständige aufzutreten abgeprochen.

Ein übler Rechtskonsulent.

Er betrog eine arme Frau auf gemeine Weise.

Bis nach Berlin war ein 40jähriges Fräulein von Riga aus ihrem Freunde nachgeriselt. Hier fiel sie einem schwindlerischen Rechtskonsulenten in die Hände und wurde von ihm belogen und betrogen.

An einer Straßenecke von Berlin traf der Rechtskonsulent das ältere Fräulein und lud es zum Kaffee ein. Er erfuhr dabei, daß das 40jährige Fräulein B. in Riga gewohnt hatte und dort von ihrem 72jährigen Freund, der sie jahrelang unterstützt hatte, pfählich verlassen sei. Da sie sich in ihrer großen Notlage nicht zu helfen wußte, war sie ihm nachgereist. Der Rechtskonsulent meinte, daß er ihr doch vielleicht helfen könne, und verabschiedete sich von der Frau, ohne ein weiteres Treffen mit ihr zu verabreden. Auf eigene Faust trieb er jetzt die Nachforschungen nach jenem Freund und erfuhr tatsächlich seine Adresse. Er wandte sich an ihn unter der Drohung, daß er sein Familienleben zerstören würde, wenn er nicht die Forderungen des Fräulein B., die ihn mit der Eintreibung beauftragt hätte, erfüllen würde. Er erhielt auch sofort 3000 Mark ausgezahlt, die er aber nicht an die Frau, für die sie bestimmt waren, weitergab, sondern in das Geschäft seines Bruders steckte. Durch einen späteren Briefwechsel erfuhr Fräulein B. durch ihren Freund von dem Manöver des Rechtskonsulenten, der sich auf ihre Anzeige hin gestern vor dem Schöffengericht Charlottenburg wegen Betruges zu verantworten hatte. Er verteidigte sich mit der Behauptung, daß er das Geld nur einzufrieren wollte, um sich eine Provision abzuziehen.

Das Gericht nahm an, daß der Angeklagte, der schon erhebliche Vorstrafen verbüßt hatte, von vornherein auf Betrug ausgegangen war, und daß er nicht daran gedacht hatte, der Frau zu ihrem Gelde zu verhelfen. Er wurde wegen Betruges im Rückfall zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Säuglingssterben in Lübeck.

Reichsgesundheitsamt untersucht das Calmette-Material.

Lübeck, 15. Mai.

Die Staatsanwaltschaft hat das Calmette-Material, das den Säuglingen verabfolgt wurde, beschlagnahmt, um es im Reichsgesundheitsamt nachprüfen zu lassen. Bekanntlich sind bisher acht Säuglinge infolge der Behandlung mit dem Calmette-Schuhorsfahren gegen Tuberkulose gestorben, während 23 schwer erkrankten.

Zu den bisherigen Veröffentlichungen über das Calmette-Schuhorsfahren gibt nunmehr das Gesundheitsamt Lübeck eine ergänzende Darstellung, in der es u. a. heißt, daß die Tuberkulose gegenwärtig in Lübeck noch jährlich etwa 150 Todesopfer fordert, wobei zu beachten sei, daß die Zahl der Erkrankungen sicher das Zehnfache betrage. Tuberkulose der Erwachsenen sei aber in der überwiegenden Zahl der Fälle in der Kindheit erworben worden, wo sich am ehesten die Tuberkulose bekämpfen lasse, wenn es gelänge, schon die Kinder zu schützen. Aus diesen Erwägungen heraus habe der fachliche Leiter des Gesundheitsamtes, Obermedizinalrat Dr. Altheide, im Gesundheitsamt die Anregung gegeben, das Calmette-Verfahren in Lübeck zur Anwendung zu bringen, nachdem in anderen Ländern, besonders in Frankreich, sehr gute Erfahrungen damit gemacht, aber keine Schädigungen beobachtet worden seien. Es handele sich also nicht um Uebersetzungen von Laboratoriumsversuchen auf Menschen, sondern um die Anwendung eines Verfahrens auf Lübecker Kinder, das bereits an über 300 000 Neugeborenen seit längerem anderswo untersucht worden sei, ohne daß Schädigungen nachgewiesen werden konnten. Auf Grund der wissenschaftlichen Berichte und der vorherigen Prüfung des Materials im Laboratorium des allgemeinen Krankenhauses habe dann der Gesundheitsrat einstimmig im November vorigen Jahres dem Vorschlag an Anwendung des Calmette-Verfahrens in Lübeck zugestimmt. In der Darstellung des Gesundheitsamtes wird noch erwähnt, daß in jedem einzelnen Falle der Anwendung die Eltern der Säuglinge auf Grund der Empfehlungen des Gesundheitsamtes das Verfahren schriftlich beantragt haben.

10 Jahre weltliche Schule.

Der Bezirksverband Berlin des Bundes der freien Schulgesellschaften Deutschlands veranstaltete im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses eine Feierstunde zur Jahressfeier der weltlichen Schulen. Der Vorsitzende Richard Schroeter sprach Begrüßungsworte zu den zahlreich erschienenen, unter denen sich Vertreter verschiedener Behörden befanden. Er erinnerte an die erste weltliche Schule in Adlershof; heute sind es bereits 53 Schulen mit insgesamt 670 Klassen. Er betonte, daß die weltliche Schule dogmenfrei bleiben will, damit sie später die Schule des gesamten Volkes — ohne Unterschied des Bekenntnisses — werden kann. Reichstagsabgeordneter Kurt Löwenstein hob in seiner Festansprache die Bedeutung der weltlichen Schule für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse hervor. Die weltliche Schule ist die große gesellschaftliche Erziehungsgemeinschaft geworden, die unsere Zeit braucht; sie ist die Schule für die Arbeiterklasse kämpft; die Schule der kommenden planvollen Gesellschaft. Musikalische und gefangliche Darbietungen gaben der Veranstaltung das Gepräge einer wahren Feierstunde.

Das Rundfunkproblem.

Jubiläumstagung der Reichsrundfunkgesellschaft.

Anlässlich ihres fünfjährigen Bestehens veranstaltete die Reichsrundfunkgesellschaft in Bismarcksaal des Reichswirtschaftsrates eine Arbeitstagung, in der wichtige Probleme des Rundfunks behandelt werden sollten. Man erwartete also, daß Fragen etwa über Programmgestaltung, Hörspiele, Arbeiterfunk oder Fernkur zur Debatte stehen würden. Das war leider nicht der Fall. Schon der Vortrag des Kölner Soziologen Professor Leopold von Wieje über das Thema „Auswirkung des Rundfunks auf die soziologische Struktur unserer Zeit“ zeigte, daß man hier um allgemeine, oft erörterte Fragen debattieren würde. Tatsächlich brachte Wieje auch nicht viel mehr als die soziologische Eingliederung des Rundfunks in das Leben der Gegenwart. Mit diesem Vortrag war das Thema angefasst und in denselben Bahnen bewegte sich im großen und ganzen die darauffolgende Diskussion. Weiter als die anderen Diskussionsredner ging Professor Schubach, der Leiter der Deutschen Welle, der über Arbeiterfunk und Rundfunk sprach. Die Arbeiterfunk müsse unter allen Umständen bei der Programmgestaltung berücksichtigt werden. Der Erziehungsaufgabe der arbeitenden Massen darf sich kein Rundfunkleiter entziehen. Ausbau dieses Gebietes bedeutet eine Notwendigkeit. Er ist aber erst möglich, wenn das Abendprogramm geändert wird und seinen nur unterhaltenden Charakter verliert. Sehr gut waren die Bemerkungen Kurt Saades über die Neutralität im Rundfunk. Er versteht sie nur so, daß sich entgegengesetzte Meinungen gegenüber treten können, ohne daß ihre Vertreter dieselben Erregungen zeigen dürfen, unter denen heute das politische Leben Deutschlands leidet. Die Tagung brachte sehr wenig neue Gesichtspunkte und sie trug nur einen dekorativen Charakter.

Großes Bergungslück in Amerika.

400 Bergarbeiter betroffen. — Bisher 17 Tote.

Washington (Pennsylvanien), 15. Mai.

In einem Bergwerk der Powhatan Kohlenbergbau-Gesellschaft in Koella, in dem 400 Arbeiter beschäftigt wurden, ereignete sich eine Explosion schlagender Wetter. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind 17 Personen bei dem Unfall ums Leben gekommen.

Frühling im Wintergarten.

Das Hauptprogramm des Wintergartens bietet seinen Besuchern einige sehr bemerkenswerte, in Berlin noch nie gesehene Akrobationen, so den Jongleur Howard Richards, der es mit seinen Reifen zu einer Höchstleistung bringt. Richards tritt übrigens auch im Kabarett der Komiker auf. Die russischen Geschwister Radja und Boba ernien reichen wohlgeordneten Beifall durch die naturgetreue Wiedergabe einer Jazzmusik; sie ahmen die einzelnen Instrumente mit dem Mund ohne jeglichen Hilfsmittel nach. Die beiden Nimmés sind wirklich, was das Programm sagt: anmutige und graziose Tänzerinnen. Das Rose-Creech-Trio zeigt mit unübertrefflicher Sicherheit unglaubliche Kunststücke auf Rollschuhen. Clown Fratellini bildet mit zwei Partnern das Lopez-Trio, d. h. artistische Höchstleistungen am Trapez verbinden sich mit übermütiger Clownerie. Die grotesken Tänzer Remo und Rudy ernten stürmischen Beifall durch einen paro-

diatischen Tanz. Sehr erfreut ist man, auch etwas eine holländische Artistenruppe zu sehen: die zehn Brooks meistern ihre Mundharmonika vorzüglich. Sehr erfreut ist man aber auch, ja vorzüglich Künstler wie die drei Bennas wiederzusehen. Die Tierdressurnummer der Johnny Co. Terriers, Wffen und Ragen wird allen Tierfreunden große Freude bereiten. Die Terriers sind die Kinder des berühmten Rechenhundes Logo.

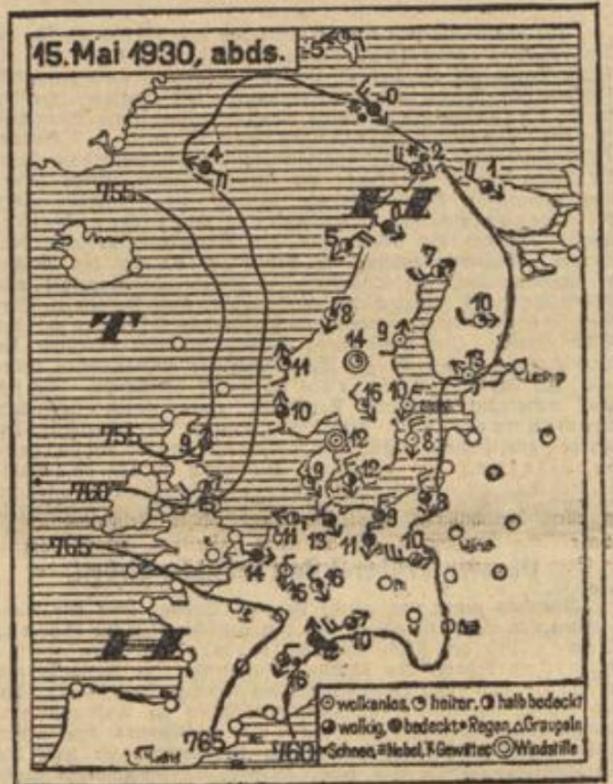
D 2000 in Tempelhof.

Trotz der ungünstigen Witterung pilgerten gestern nachmittags Tausende nach dem Tempelhofer Feld hinaus, um das neue Riesensflugzeug von Junkers in Augenschein zu nehmen. Die silbergraue Maschine stand vor den westlichen Flugzeughallen und bot einen überwältigenden Anblick. Die Maschine macht trotz der großen Ausmaße einen überaus schnittigen, eleganten Eindruck. Kurz nach ein Uhr sprangen die vier Propeller an und die D 2000 fuhr auf das Rollfeld. Nach einem verhältnismäßig kurzen Anlauf erhob sich die Maschine in die Luft und zog in scharfen Kurven über das Feld. Nach kurzem Fluge, in dem die Manövrierfähigkeit der Maschine bewiesen wurde, landete D 2000 wieder, wendete auf der Stelle und fuhr an ihren Startplatz zurück.

Das Riesensflugzeug wird im Laufe des heutigen Nachmittags nach Dessau zurückfliegen und in den nächsten Wochen einige größere Flüge unternehmen.

Billige Sonderfahrt an den Rhein. Die Reichsbahndirektion Berlin veranstaltet vom 15. bis 22. Juni wieder eine billige Sonderfahrt an den Rhein und an die Mosel, die bei Benutzung der 3. Klasse 98 M. (2. Klasse 117 M.) kostet. In den Preisen sind die Fahrpreise für die Hin- und Rückfahrt im Sonderzug und für die Dampferfahrten sowie die Kosten für Uebernachtung und Verpflegung (täglich drei Mahlzeiten) enthalten. Näheres wird noch bekanntgegeben werden.

Allgemeine Wetterlage.



Im Laufe des Donnerstag sind wieder kühle Luftmassen nördlichen Ursprunges in Norddeutschland eingebrochen. Dieser Vorgang vollzog sich unter teilweise kräftigen Regenschauern. Das Barometer steigt jetzt über einem großen Teil von Europa. Daher dürfte sich das Hoch, das z. Z. von Spanien bis nach Nordspanien reicht, noch verstärken. Namentlich nach Osten dürfte es an Raum gewinnen. Die Nordwinde werden voraussichtlich nachlassen.

Wetterausblick für Berlin. Teils heiter, teils wolkig ohne erhebliche Niederschläge, Tagstemperaturen etwas höher. — Für Deutschland. In der östlichen Hälfte Wetterbesserung bei etwas höheren Tagstemperaturen. Im Nordwesten zeitweise aufkommende stärkere Bewölkung, im Südwesten meist heiter und am Tage warm.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Donnerstag, dem 15. Mai.

1. Rennen. 1. Collane (G. Lautenberger), 2. Fata Morgana, 3. Altmacht. Toto: 25:10. Platz: 14, 24, 38:10. Ferner liefen: Baland (a. B.), Belor, Gomb Bacon, Gollau, St. Bernhard, Bela Der. Gite.
2. Rennen. 1. Wüder Prinzessin (H. Kaupfer), 2. Barone, 3. Danjeritz. Toto: 24:10. Platz: 14, 28, 31:10. Ferner liefen: Alpenfeuer, Gersford, Jallentheim, Wergentian.
3. Rennen. 1. Alpbügel (H. Riß), 2. Meisterhahn, 3. Doff Dwalda. Toto: 49:10. Platz: 30, 24, 19:10. Ferner liefen: Dian, Erich L., Dhemultha, Bristol, Roberto Gudogja, Hsenburg, Costa Rica, Baron Duff, Drama.
4. Rennen. 1. Reichsloß (H. Riß), 2. Angelinde, 3. Per opera. Toto: 45:10. Platz: 18, 17:10. Ferner liefen: Barmenia.
5. Rennen. 1. Ordnung (H. Riß), 2. Stürmer, 3. Barone Bacon. Toto: 58:10. Platz: 13, 14, 12:10. Ferner liefen: Schenkendorf, Velschloß, Brille, Lu-La, Champignon, Morgan, Berlinette.
6. Rennen. 1. Freund Gellert (H. Riß), 2. Abendstern, 3. Gdleit. Toto: 33:10. Platz: 13, 15:10. Ferner liefen: Welfton, Königsdler.
7. Rennen. 1. Silberpappel (H. Brandt), 2. Teufelsbua, 3. Hippologe. Toto: 21:10. Platz: 12, 17, 23:10. Ferner liefen: Kroschel, Aufbach Bob, Delni Duff, Düni Dikon, Hellogabal, Brautmädels Tochter, Stear, Primmel, Steinmelle.
8. Rennen. 1. Elsbiliana (H. Riß), 2. Teufelsbua, 3. Hreifu. Toto: 25:10. Platz: 14, 23, 21:10. Ferner liefen: Gut ah, Blister, Lucenie, Renne, Biebermann, Balfere, Selamit, Fliegerhüter, Lahn Duff.
9. Rennen. 1. Heideblume (G. Wisse), 2. Kabbia, 3. Mary Holten, 4. Kapitän Galle. Ferner liefen: Weiband, Cosimo, Helotrop, Friedrich Reg. Dammir, Darsenmädchen, Goudier jr., Off. Felix Garneker, Baron Silberke, Herdegundis, Aorian (a. B.).



Je blonder Ihr Haar umso nötiger PIXAVON



Privatbesitz gegen Volksinteresse!

Wann kommt das neue Bauland-Gesetz?

Reichsgericht und Artikel 155 der Weimarer Verfassung

Am 26. Februar 1930 hat der III. Zivilsenat des Reichsgerichts eine Entscheidung gefällt, die wohl zu den merkwürdigsten Sprüchen dieses hohen Gerichtshofs gehört. Bisher waren wir alle der Meinung, daß die Weimarer Verfassung im Vergleich zu den Verfassungen des 19. Jahrhunderts einen gewaltigen sozialen Fortschritt darstelle. Die Entscheidung belehrt uns darüber, daß wir uns zum mindesten in bezug auf das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privateigentum in einem schweren Irrtum befinden haben. Fünfundzwanzig Jahre lang, seit dem 2. Juli 1875, ist in Preußen kein Gericht und keine Behörde je der Gebante gekommen, der § 13 des Fluchtliniengesetzes könne verfassungswidrig sein. Dieser Paragraph bestimmt genau, unter welchen Voraussetzungen dem Eigentümer eines Grundstücks bei der Festlegung von Fluchtlinien eine Entschädigung zu gewähren ist. Nicht steht in dieser Bestimmung, daß — sofern nicht vorhandene Gebäude von der Fluchtlinie betroffen werden — die Gemeinde dann eine Entschädigung zahlen müsse, wenn sie das betreffende Gelände als Freifläche ausweist, ohne dem Eigentümer das Eigentum daran zu entziehen. Diese Bestimmung war es, mit deren Hilfe es den Gemeinden nur möglich war, eine Baupolitik zu betreiben, die — wie der Stadtbaurat Genosse Dr. Martin Wagner in seiner lehrreichen Schrift „Das Reichsgericht als Scherbenegericht gegen den deutschen Städtebau“ (siehe auch „Vorwärts“ Nr. 212 und 222) nachweist — amerikanische Zustände bei uns bisher verhindert hat. In Preußen war es bisher üblich, daß die Gemeinden mit Hilfe jener Bestimmung des Fluchtliniengesetzes selbst, ohne allzu erhebliche finanzielle Belastung, eine planmäßige Städtebaupolitik betreiben konnten.

Dem hat das Reichsgericht ein Ende gemacht.

Trüben wir seine Gründe! Das Reichsgericht geht von dem Unterschied zwischen § 12 und § 13 des Fluchtliniengesetzes aus. Es geht zu, daß § 12, der es Ortsstatuten freistellt, das Bauen von Wohngebäuden an für den öffentlichen Verkehr noch nicht fertiggestellten Straßen zu untersagen, den Inhalt des Eigentums an allen Grundstücken regelt; denn ein solches Ortsstatut trifft sämtliche Grundstücke, die an einer unfertigen Straße liegen. In Gegensatz hierzu stellt das Reichsgericht § 13, der keine Inhaltsbezeichnung des Eigentums enthält, sondern eine Enteignung. Schon die preussische Abgeordnetenkammer 1875 stellt fest, daß die Verpflichtung des Eigentümers, gewisse Flächen zu Straßen und Wegen bestimmte Flächen ungebaut zu lassen, eine gesetzliche Einschränkung des Eigentums sei, die keinen Entschädigungsanspruch auslösen dürfe. Das Reichsgericht hat diese Meinung des gemäß nicht sozialistisch verfaßten Gesetzgebers von 1875 überhört. Nach ihm ist das Fluchtlinienfestsetzungsverfahren ein Enteignungsverfahren, weil hier keine allgemeine, alle Eigentümer betreffende Verpflichtung vorliegt. Die Tatsache, daß es ausschließlich von dem Willen der Gemeinde abhängt, ob sie sich eine derartige Fläche vom Eigentümer für die öffentliche Benutzung abtrennen lassen wolle, kennzeichne den Enteignungscharakter.

Gegen diese Entscheidung ist zunächst rein juristisch anzuführen, daß sie das Merkmal der Allgemeinheit verkennt. Baupolitik und Fluchtlinienfestsetzung unterscheiden sich nur graduell, aber nicht begrifflich voneinander. Beide treffen einen personell unbegrenzten Kreis von Eigentümern. Wenn das Fluchtliniengesetz von 1875 bis zur Revolution immer als rechtmäßig und verfassungsmäßig betrachtet worden ist, und wenn es nunmehr als im Widerspruch zur Reichsverfassung stehend verfassungswidrig sein soll,

so muß der Artikel 9 der preussischen Verfassung von 1850 fortgeschrittlicher und sozialer gewesen sein als die Weimarer Verfassung.

Wer aber nicht der Ansicht sein sollte, daß das Verhältnis von Eigentum und öffentlichem Interesse von der Weimarer Verfassung mit unkreudlicheren Augen betrachtet wird als von der preussischen Verfassung von 1850, der wird sich nur der Aufassung des Berliner Haus- und Grundbesitzer-

vereins anschließen können, daß sich das Reichsgericht hier „wieder als Hüter des Privateigentums bemüht hat“. Daß dieses merkwürdige Urteil sich nicht auf den Artikel 153 stützen kann, zeigt auch das Urteil des Staatsgerichtshofs über die Rechtsgültigkeit der preussischen Rotverordnung vom 10. Oktober 1927, dessen klare und beweiskräftige Sätze das Reichsgericht vergebens auszurdümen sucht. Dort ist ausdrücklich ausgesprochen, daß solche Eingriffe in das Privateigentum durchaus verfassungsgemäß sind.

Hätte das Reichsgericht den Artikel 155 der Reichsverfassung nur halb so ausdehnend ausgelegt, wie es dies mit dem Artikel 153 tut, so hätte die vorliegende städtefeindliche Entscheidung nicht heraustrampeln können. Der Wortlaut der Verfassung: „Die Wertsteigerung des Bodens, die ohne eine Arbeit oder Kapitalaufwendung auf das Grundstück entsteht, ist für die Gesamtheit nutzbar zu machen“, hätte den 3. Senat des Reichsgerichts zu der Erkenntnis führen müssen, daß die auf das Fluchtliniengesetz gestützte Praxis der Städte nur die in der Verfassung liegenden Befugnisse ausnützt, wenn sie so den öffentlichen Anteil an der arbeitslos erworbenen Grundbesitzerbereicherung im Interesse aller, hauptsächlich aber der Anwohner vermerkt.

Die Folgen der wirtschaftlichen Auswirkung des Urteils sind unübersehbar. In den Prozessen, die auf Grund dieses Urteils allein gegen die Stadt Berlin bezüglich aller nach dem 14. August 1919 festgelegten Fluchtlinien angehängt werden können, dürfte die Stadt Berlin allein zur Zahlung von Hunderten von Millionen Mark verurteilt werden. Auf Grund des bestehenden Rechtszustandes, wie er sich aus diesem Urteil ergibt, wird eine städtische Baupolitik, insbesondere die für die ärmere Großstadtbewölkerung so unendlich wichtige Ausweisung von Freiflächen aus finanziellen Gründen überhaupt nicht mehr erfolgen können.

Auch das geplante preussische Städtebaugesetz ist als Landesgesetz demgegenüber machtlos. Helfen kann hier nur ein Reichsgesetz, wie es gegenwärtig im Arbeitsministerium in Form des Baulandgesetzes vorbereitet wird. Die Fertigstellung eines solchen Reichsgesetzes, das Entschädigungsforderungen ausschließt und dem Entschädigungsausfluß rückwirkende Kraft beilegt, wird dringend zu beschleunigen sein. Darüber hinaus wird der Reichsgesetzgeber in jedem einzelnen Fall Vorkehrungen treffen müssen. Er wird in Gesetzen, die nur irgendwie im entferntesten von berufsmäßigen Hütern des Privateigentums als Eingriff in die Eigentumsphäre gedeutet werden könnten, durch eine Klausel jede Entschädigungsforderung auszuschließen haben. Denn sonst wird der Kampf, ob das Parlament oder das Reichsgericht die Grundlagen des Wirtschaftslebens und der öffentlichen Ordnung festlegt, bald zugunsten jenes unverantwortlichen Gesetzgebers, der Millionen bewilligt, ohne für ihre Deckung sorgen zu müssen, ausgefochten sein.

Otto Kirchheimer.

Erholung für die Lichtenberger Kinder.

Das Jugendamt Lichtenberg beabsichtigt, trotz des geringen städtischen Zuschusses die diesjährige Erholungsverschlachtung in demselben Umfang durchzuführen wie im Vorjahre. Das Kindererholungsheim März (Offsee) soll viermal mit 150 Kindern auf eine Dauer von je 5 Wochen belegt werden, das Kindererholungsheim Mahlsdorf sechsmal mit 50 Kindern je 6 Wochen, und die Waldberolungsstätte Ravenstein zweimal mit 100 Kindern auf je 5 Wochen. Der tägliche Verpflegungskostenbeitrag beträgt für das Märzheim und Mahlsdorfer Heim 2,50 M. und für die Erholungsstätte Ravenstein 50 Pf. Das Kindererholungsheim Mahlsdorf ist seit dem 1. März d. J. von städtischen Pflegekindern belegt, die bisher in Privatanstalten untergebracht waren. Soweit ein Bedürfnis hierfür fortbesteht, soll das Heim dauernd für Pflegekinder vorbehalten bleiben. Die für die Erholungsverschlachtung nach Mahlsdorf vorgesehenen Kinder werden dann in anderen Heimen untergebracht werden.

Die wachsende Weltstadt.

Welche Bezirke haben den größten Zuwachs?

Der Berliner Bevölkerungszuwachs, der sich im Laufe des vergangenen Jahres auf 49 277 Personen belief, ließ, allerdings allein auf Grund des Wanderungsgewinnes, das heißt, des Ueberschusses der Zu- über die Fortgezogenen, die Einwohnerzahl Berlins auf 4 346 437 Menschen ansteigen.

Die Zunahme verteilt sich jedoch recht verschiedenartig auf die einzelnen Verwaltungsbezirke, unter denen — bei einer Gruppierung nach Größenklassen von je 100 000 Einwohnern — die Verwaltungsbezirke mit 100 000 bis 200 000 Einwohnern den größten Bevölkerungszuwachs aufzuweisen haben. Zu diesen Gruppen gehören Steglitz, Reinickendorf, Spandau, Pankow und Treptow, deren Einwohnerzahl im letzten Jahre von insgesamt 663 684 auf 689 437 Personen, mithin um 25 753 oder 3,88 pro Tausend anstieg. In zweiter Stelle folgen die Bezirke bis 100 000 Einwohner, zu denen Tempelhof, Köpenick, Weißensee und Zehlendorf gehören, mit einer Gesamtzunahme der Einwohnerzahl um 12 876 Seelen oder 45,7 pro Tausend. Tiergarten, Schöneberg, Lichtenberg und Wilmersdorf, deren Einwohnerzahl zwischen 200 000 und 300 000 liegt, hatten einen Zugang von 6081 Personen zu verzeichnen, während die dicht besiedelten Bezirke Kreuzberg, Wedding, Charlottenburg Prenzlauer Berg, Friedrichshain, Neukölln und Mitte, von denen jeder einzelne mehr als 300 000 Einwohner zählt, nur eine Zunahme ihrer Gesamteinwohnerzahl um 4617 oder 1,9 pro Tausend aufzuweisen.

Den stärksten Zuwachs haben somit diejenigen Bezirke zu verzeichnen, deren Einwohnerzahl unter 200 000 liegt, da hier im Gegensatz zu den dicht bebauten Innenbezirken noch genügend freie Flächen für eine ausgedehnte Bau- und Siedlungstätigkeit vorhanden sind. In der ständig steigenden Tendenz der Einwohnerzahl Berlins, die im Laufe der letzten zehn Jahre um 588 144 Personen gestiegen ist, war nur eine einzige Unterbrechung im Jahre 1923 zu verzeichnen, als die Stadt infolge des überwiegenden Bezuges 24 027 Personen durch die Wanderungsbewegung und weitere 10 908 durch Sterbeüberschuß verlor, was eine Bevölkerungszunahme um insgesamt 34 935 Personen im Gefolge hatte. Das Maximum der Bevölkerungszunahme brachte dagegen das Jahr 1926, das nicht nur eine bedeutende Zuanwanderung in die Reichshauptstadt, sondern auch einen Geburtenüberschuß aufwies, mit einer Vermehrung der Bevölkerungszahl Berlins um 106 325 Personen.

Es wird weniger geboren in Berlin.

Obgleich die Zahl der Eheschließungen in Berlin sich seit 1924 in einem stetigen Wachstum befindet, ist die Geburtenziffer weiter gesunken. Im Jahre 1929 wurden 43 108 Kinder lebend geboren, 20 4 weniger als im Jahre vorher. Auch die Zahl der unehelichen Geburten ist gesunken, das Zahlenverhältnis zwischen Mädchen und Knaben ist seit dem Jahre 1921 konstant geblieben. Im letzten Jahre entfielen auf 100 Mädchen geburten 105,3 Knabengeburt.

Auf die Sterblichkeit hat der ungewöhnlich kalte und lange Winter des Jahres 1929 einen außerordentlich betrüblichen Einfluß ausgeübt. Die Sterbeziffer des ersten Halbjahres liegt mit 14,4 pro Tausend wieder so hoch wie vor 9 Jahren. Abgesehen von diesem ungewöhnlichen Ereignis ist aber die Sterbeziffer in Berlin dauernd im Rückgang begriffen. Dies beweist die zweite Hälfte des Berichtsjahres, die so günstig war, daß auch die Gesamtzahl sich immerhin noch auf 12,3 pro Tausend senkte.

Der Sterbeüberschuß ist aus dem angeführten Grunde sehr erheblich gewachsen. Er beträgt 10 646, wovon fast 7000 allein auf die Monate Januar bis März entfallen.

Wochenendkursus der Arbeiter-Abteilenden. Der Deutsche Arbeiter-Abteilenden-Bund, Ortsgruppe Berlin, veranstaltet einen Wochenendkursus in der Jugendherberge Rowawes bei Potsdam für Funktionäre der Jugend-, Sport- und Kulturorganisationen sowie der sozialistischen Lehrer. Folgende Themen sollen behandelt werden: „Kinderschicksal in Trinkerfamilien“, „Rehabilitationsunterricht über den Alkohol“, „Die Bedeutung der Alkoholfrage für die Schulgesundheitspflege“, „Alkoholfreie Fruchtstammzucht und alkoholfreie Festkultur“ mit praktischen Vorträgen. Der Lehrgang ist kostenfrei. Alle Teilnehmer treffen sich am Sonnabend, dem 17. Mai, 19 Uhr, Alexanderplatz (Stadtbahn), oder Sonntag, 7 Uhr, ebendort.



Nur

Manoli Privat!

Ermächtigungsdebatte im Reichstag.

Sozialdemokratische Opposition. — Gerichtskostengesetz abgelehnt.

Der Reichstag hat am gestrigen Donnerstag nachmittag seine Volltungen wieder aufgenommen.

Präsident Löbe teilt die Mandatsniederlegung der Abgeordneten Lanke (Dem.) und Hermann (Soz.) mit. Der Präsident hat dem norwegischen Gesandten das Beileid des Reichstags zum Tode Fridtjof Nansen ausgesprochen.

Zur Änderung der Gerichtskosten spricht

Abg. Marum (Soz.):

Bisher bedecken die Gerichtsgebühren schon fast die Hälfte der Justizausgaben. Die Justiz erfordert überall Staatszuschüsse. Man kann doch nicht verlangen, daß die Einnahmen die Ausgaben der Justiz decken. Ausgabenentlastung würde die Justiz verschlechtern. Die Erhöhung der Gebühren ruiniert kleine Leute, die Prozesse führen müssen. Rationalisierung der Rechtspflege ist möglich und notwendig. Wir sind bereit, an einem Ausbau des Einigungsverfahrens mitzuwirken. Die Heraushebung der Berufungsgrenze und die Einschränkung des Armenrechts verkürzt den kleinen Leuten das Recht. Die Vorlage ist eine Verschlechterung des Zivilprozesses auch für die Anwälte; sie bringt keine Ersparnis und keine organische Reform. Wir lehnen sie ab.

Abg. Hanemann (Dnat.): Die vorgeschlagene fiskalische Gebührenerhöhung erschwert die Rechtspflege und Rechtsfindung, indem sie das Kollegialsystem bei den Landgerichten zumunsten des Einzelrichtertums einschränkt. Der Anwaltsstand wird materiell geschädigt. Auch wir eruchen, diese Vorlage schon in der ersten Lesung abzulehnen.

Abg. Dr. Scheffer-Röhn (Z.): Man will jetzt die „Finanzreform“ vorweg nehmen, statt die notwendige organische Justizreform vorzunehmen. Die Rücksichtnahme auf die Finanznot der Länder bei einem solchen Antrag ist verfehlt. Es ist sehr zweifelhaft, ob die Rängel durch die finanzielle Erleichterung für die Länder ausgegogen werden. Obwohl die Bedenken gegen die Vorlage sehr groß sind, werden wir uns erst später schlüssig werden, ob wir eine nochmalige Ausschussberatung beantragen.

Reichsjustizminister Dr. Bredt:

Der Entwurf hat nirgends eine günstige Aufnahme gefunden. (Sehr richtig!) Abg. Marum hat richtig ausgeführt, daß der Ursprung der Vorlage nicht im Reichsjustizministerium, sondern bei den Ländern und im Reichsrat liegt. Der schwierigste Punkt ist die Herabsetzung der Anwaltsgebühren, die der Reichsrat erst hineingearbeitet hat. Dem Ministerium liegt eine Feindeligkeit gegen den Anwaltsstand fern. Die Reichsregierung verzichtet aber auf eine Doppelvorlage gegenüber dem vom Reichsrat abgeänderten Entwurf.

Es geht nicht an, den Entwurf einfach abzulehnen, und ich bitte dringend, mindestens eine nochmalige Ausschussberatung zu beschließen.

Abg. Dr. Alexander (Kom.): Der Entwurf ist reaktionär und wendet sich gerade gegen den kleinen Mittelstand, dessen Vertreter der Justizminister sein will.

Ministerialrat Heß (preussisches Justizministerium) bittet dringend um nochmalige Ausschussberatung. Die Vorlage geht nicht nur von finanziellen Gesichtspunkten aus. Die kritisierte Zuständigkeitsverteilung entlastet die mit Arbeit überhäuften Oberlandesgerichte zumunsten der Landgerichte.

Abg. Dingeldey (DVP.) äußert sich ablehnend, ebenso Abg. v. Lindener-Wildau (Chr.-Nat. UG.).

Abg. Ehlermann (Dem.): Wir sind gegen Ausschussberatung. Weil die Länderministerien nicht den Mut zur Gesamtreform der Justiz haben, suchen sie sich den Punkt des geringsten Widerstandes heraus und machen eine unnötige Teilreform, die unsozial und mittelstandsfreundlich ist.

Abg. Drewitz (Wirtsch.): fordert zur Ablehnung dieses mittelstandsfreundlichen Gesetzes auf.

Abg. Dr. Pfeiffer (Baner. Sp.): Wir würden das Armenrecht einer Ausschussberatung dieser Vorlage nur dann zubilligen, wenn eine größere Fraktion dies beantragt.

Ausschussberatung ist nicht beantragt, in der zweiten Lesung wird die Vorlage einstimmig abgelehnt. (Lebhafte Heiterkeit.)

Zum Ermächtigungsgesetz für die Reichsregierung, die Kapitalsteuern zu ändern, spricht

Abg. Reil (Soz.):

Damit soll der verfassungsmäßige Weg der Gesetzgebung verlassen und der Verordnungsweg für Steueränderungen zugelassen werden. Die Annahme könnte nur mit verfassungsändernder Mehrheit geschehen. Wenn auf dem Verordnungsweg die Grundlagen der Wertumschlagsteuer geändert würden, so könnten die stärksten Wirkungen für den Haushalt der Länder und Gemeinden eintreten. Ebenso bei der Grunderwerbsteuer, von der jetzt 96 Proz. den Ländern und Gemeinden zufließen.

Der Reichstag muß an seinem Steuerrecht festhalten, nur katastrophale Ursachen können die Übertragung an die Regierung rechtfertigen. Sie behauptet, es könnten lächerliche Entscheidungen notwendig werden, aber die kann auch der Reichstag fällen. Die Reichstagsmehrheit hat doch erst vor Ostern Steuererlasse beschlossen, die man vorher gar nicht diskutiert hatte. Das entspricht nicht der steuerlichen Gerechtigkeit und war nicht geeignet, den Ruf des Reichstags zu erhöhen. Aber es ist unbestreitbar, daß der Reichstag damals schnell gehandelt hat. (Sehr richtig! links.) Nun soll auf dem Verordnungsweg zunächst die Erhebungsjahre der Kapitalsteuern geändert werden. Sehr erhebliche Steuerausfälle werden die Folge sein.

Die Finanzlage des Reiches wird aber in der nächsten Zukunft solche Ausfälle ebenso wenig ertragen, wie Steuerentlastungen gestatten können, zu denen sich die Reichstagsmehrheit vor Ostern für das nächste Jahr verpflichtet hat.

Minister Stegerwald hat erst gestern im Haushaltsausschuss die Wirtschaftslage in diesem Sinne dargestellt. Wenn aber in nächster Zukunft von dieser Ermächtigung noch nicht Gebrauch gemacht werden kann, warum sollten wir sie dann erteilen? Davon kann keine Rede sein. (Zustimmung der Soz.)

Der Reichstagsrat hat in den letzten Wochen mehrfach öffentlich von der Verantwortung der Regierung und des Reichstags gesprochen. Wie stimmt das dazu, daß man dem Reichstag zumutet, auf dem wichtigsten politischen Gebiet sich selbst auszuschalten?

Obgleich die Reichsverfassung dem Reichstag ein Vorecht gegenüber dem Reichsrat gibt, soll dieses Verordnungsrecht unter Mitwirkung des Reichsrats und nur eines Reichstagsausschusses ausgeübt werden. Das wäre eine sehr bedenkliche Verschiebung in der Stellung von Reichsrat und Reichstag zueinander. (Sehr wahr! links.)

Änderungen der Kapitalsteuern auf dem Verordnungsweg würden die Grundsätze des geltenden Finanzausgleichs auf das stärkste berühren. Wenn besitzende Schichten steuerlich entlastet werden, die besitzlosen aber nicht — wie soll das Volk empfinden ein Verständnis dafür haben? Und wie deckt es sich mit der Verantwortung des Reichstags, daß er sich hinter die Regierung vertriehen und sie als allein schuldig gelten lassen soll?

Der Reichstag ist und bleibt dem Volk verantwortlich für alles, was in der Gesetzgebung geschieht.

Will die Regierung Änderungen der Steuererlasse, dann soll sie ihre Vorlagen hier einbringen. (Sehr gut! links.) Die Aufhebung des Steuerabzugs vom Kapitalertrag soll der Erleichterung und Verbilligung der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft dienen. Das ist gewiß erstrebenswert, aber es mit diesem Mittel erreicht wird, ist eine andere Frage. Und dann noch, mit welchen Opfern es angestrebt wird. Die Kapitalertragsteuer soll in Zukunft nicht mehr abgezogen, sondern mit der Einkommensteuer entrichtet werden. Offenbar ist beabsichtigt, diese Änderung auf die fest verzinslichen Werte zu beschränken. Und man will damit ausländisches Kapital hereinziehen. Das ist gewiß erstrebenswert, aber steht es im richtigen Verhältnis zu dem so gut wie sicheren Steuerausfall, der von dieser Änderung zu erwarten ist? Man will auch die kleinen und kleinsten Besitzer von Schuldverschreibungen,

die nicht einkommensteuerpflichtig sind, von diesem Abzug befreien, ebenso gewisse Körperschaften, und man hofft, eine stärkere Nachfrage inländischer Geldbesitzer nach Bausparbriefen zu erzeugen und dadurch wieder den Wohnungsbau zu fördern. Wenn dieser Hoffnung aber lediglich darauf gestützt wird, daß die Steuer nicht unmittelbar bei der Einziehung des Kapitalzinses, sondern erst am Jahreschluß gezahlt wird, so wird

dieser Vorteil für die Steuerpflichtigen nicht ausreichen, um sie zu erheblich stärkerem Kauf von fest verzinslichen Werten zu veranlassen.

Dagegen steht der Steuerausfall außer Frage. Das wird eine Begünstigung der gewissenlosen Steuerpflichtigen zu Lasten der gewissenhaften sein. Ist es für die Volksmassen erträglich, wenn die einzige Quellensteuer der Besitzenden abgeschafft wird, die Lohnsteuer aber bestehen bleibt? (Sehr gut! links.) Ein Steuerausfall der Hälfte des Ertrags würde jährlich 35 Millionen Verlust für die Reichskasse bedeuten.

Ganz zu Unrecht beruft sich die Begründung der Vorlage auf das Dezemberprogramm von 1929; in ihm ist von derartigen Maßnahmen keine Rede gewesen.

Jetzt aber will man sogar die Dividendenpapiere vom Abzug befreien.

Ähnliche Bedenken haben wir gegen die beabsichtigten Veränderungen der Kapitalverkehrssteuern. Mit einer Senkung der Börsenumschlagsteuer wird man höchstwahrscheinlich weder die Effektenkurse steigern, noch das Börsengeschäft beleben. Die Effekten sind immer mehr in die Hand der Banker gekommen. Es hat ein ungeheurer stilles Börsengeschäft und hohe Effektenkurse unter der Börsenumschlagsteuer gegeben, ganz andere Ursachen als diese Steuer bestimmen darüber. Die

Nachteile der beabsichtigten Änderungen sind also viel größer als die Vorteile.

Wir nehmen dazu noch nicht abschließend Stellung. Heute steht für uns im Vordergrund, ob wir der Regierung für diese wichtigen Entscheidungen die verlangte Ermächtigung erteilen sollen. Dazu wird nicht in der Lage. Die Regierung mag die Änderungen, die sie wünscht, verfassungsgemäß dem Reichstag bringen, er wird sich dann darüber schlüssig machen. (Beifall der Sozialdemokraten.)

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer:

Wir brauchen die Ermächtigung, weil wir heute noch nicht die Entwicklung der Finanzlage und der Wirtschaftslage übersehen, also noch keine bestimmten Gesetzesvorlagen ausarbeiten können. Der Reichstag soll gar nicht ausgeschaltet werden, sein Steuerausdruck soll ebenso gefragt werden wie der Reichstag. Der Entwurf war von der vorigen Regierung bereits gebilligt, der auch die Sozialdemokraten angehört. Gerade der damalige Arbeitsminister Wisliff verlangte dieses Ermächtigungsgesetz, um die Bauwirtschaft zu finanzieren.

Wir hoffen, noch 1930 von der Ermächtigung Gebrauch machen zu können.

Wir wollen die Kapitalbeschaffung der kleinen Leute erleichtern; die hohe Steuer hat die Bildung der Investment-Trufts verhindert, die diesem Zweck dienen. Das Ermächtigungsgesetz ist geeignet, der Not unserer Wirtschaft zu steuern. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Neubauer (Komm.): Diese klärenden Ohrfeigen des Ministers haben sich die Sozialdemokraten ebenfalls verdient. (Zustimmung der Mehrheit.) Schon längst hat sich die Front der Steuer-mogelanten zusammengefunden, von Reil bis Hugenberg. (Dramatischer Ruf.) Auch das Zentrum vertritt nur die Interessen der Kapitalisten. (Abg. Dr. Tremmel (Z.): Bewußte Unwahrheit! — Ordnungsruf.)

Abg. Reil (Soz.): Selbst wenn die vorige Regierung diesen Entwurf gebilligt hätte, was nicht im vollen Umfang richtig ist, wären die einzelnen Parteien der damaligen Koalition dadurch nicht gebunden.

Die Vorlage geht an den Steuerausdruck. — Freitag 15 Uhr: Beginn der zweiten Beratung des Reichshaushalts. — Schluß 18 Uhr.

Wo du auch magst im schönen Mai sein
Ein Tackschuh-Paar muß stets dabei sein

Rotbraun Boxkalf, mod. vornehm. Paßform. Beste Rahmenarbeit... 14 90

Fesche Bindepumps, echt Schlange mit Topas kombiniert 12 50

Feinfarbige Spangenschuhe u. Pumps aus weichem Kalbleder, versch. Modelle von 10 90 an
Echt Schlangenleder-Kombinationen in 12 50
Pumps und Spangenschuhe... von 12 50 an
Echt Chevreau-Spangenschuhe u. Pumps in versch. vornehmen Modifarben von 12 90 an usw. usw.

Braune Herren-Halbschuhe, feines Boxkalf... 12 90
Braune Herren-Halbschuhe, feines deutsche Wertarbeit, Original-Goodyear... 14 90
Welt... 16.50 15.50 usw. usw.

Auch Liwera-Strümpfe in den neuen Frühjahrsfarben

130 eigene Verkaufsstellen, davon 22 in Groß-Berlin und Potsdam

Tack & CIE AG. BURG B. M.

Agrarprogramm der Industrie.

Einzelheiten des akzeptierten Gutachtens.

Das vom Reichsverband der Deutschen Industrie der Öffentlichkeit übergebene und in seinen Grundlinien als eigene Meinung vom Reichsverband akzeptierte Gutachten zur Agrarpolitik wurde von dem Präsidialmitglied Geheimrat Dr. Kossel vor Pressevertretern kommentiert und vom Reichsverband mit einem einleitenden Begleitschreiben versehen. Dr. Kossel wendete sich gegen die Auffassung, daß die Kundgebung des Reichsverbandes zur Agrarpolitik als eine Kundgebung gegen die Grüne Front oder den Landbund anzusehen sei. Sie solle nur dem Willen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit aller Kreise dienen. Bemerkenswert ist die Feststellung, daß das Gutachten mit maßgebenden Vertretern der Landwirtschaft — gemeint sind offenbar der Deutsche Landwirtschaftsrat und Vertreter des Landbundes — besprochen worden ist und daß diese, unter Vorbehalt ihrer Stellungnahme im einzelnen, das Vorgehen des Reichsverbandes begrüßt haben. Als besonders an der Ausarbeitung beteiligt werden genannt die Professoren Lang, von Dieze, Brandt und Jörner.

Kritik der jüngsten Agrarpolitik.

Trotz dieser Verwahrung übt der Reichsverband in seinem Begleitschreiben praktisch die denkbar schärfste Kritik an der Politik des Landbundes und auch an der jüngsten Politik des Brüning'schen Kabinetts. Auf die Dauer gesehen, so heißt es, könne die vorwiegende Betonung des Zollauges der Landwirtschaft nicht helfen und müsse darüber hinaus den Binnenmarkt beunruhigen und die Ausfuhrinteressen beeinträchtigen. Andere Wege müssen gegangen werden. Durch mit größter Bescheidenheit durchzuführende betriebswirtschaftliche und abjahrgewinnorientierte Maßnahmen müsse dafür gesorgt werden, daß die Erzeugungsbedingungen der deutschen Landwirtschaft sich denen der konkurrierenden Länder anpassen und dem veränderten Verbrauch in stärkerer Maße Rechnung tragen. Es wird aber auch an der aktuellen Agrarpolitik des Brüning-Kabinetts mit der Feststellung Kritik geübt, daß nur bei einer maßvollen Handhabung der dem Kabinett erteilten Ermächtigungen Schäden für die gesamte Volkswirtschaft vermieden werden können. Zu dem wissenschaftlichen Gutachten, das sich der Reichsverband in seinen Grundzügen zu eigen macht, wird ausdrücklich erklärt, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie in diesem Gutachten den Weg sieht, „der zu einer Wirtschaft- und Handelspolitik führt, die der gesamten Volkswirtschaft, Landwirtschaft und Industrie gerecht wird“. Damit hat sich der Reichsverband auf eine Politik festgelegt — man wird den Reichsverband in der Zukunft an diese seine Festlegung erinnern dürfen —, die ganz ohne Zweifel im schärfsten Widerspruch zu der traditionellen Zoll- und Subventionspolitik des Landbundes und der Agrarier steht, wie wichtig

Einzelheiten des Programms

deutlich erkennen lassen. Das Programm gibt grundsätzlich die Agrarpolitik als geeignete Maßnahmen zur Sicherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft preis. Die Notwendigkeit von Zöllen wird bei der gegenwärtigen Lage nur insoweit anerkannt, als die Landwirtschaft einer Anlaufzeit bedarf für die Umgestaltung ihrer abjahrgewinnorientierten und für die Durchführung der Qualitätssteigerung. Die Agrarpolitik erhalten also die Funktion, als Erziehungsgröße zur Umstellung der Landwirtschaft zu dienen. Andererseits darf dabei dennoch durch die Höhe der Zölle die handelspolitischen Beziehungen Deutschlands mit Rücksicht auf den Export nicht gefährden. „Eingehende Berechnungen haben gezeigt, daß Zölle in praktisch möglicher Höhe eine zur Behebung der augenblicklichen Notlage der Landwirtschaft ausreichende Steigerung der Einnahmen nicht bringen können.“

Die notwendigen Maßnahmen müssen durch andere Maßnahmen gestützt werden, wobei an erster Stelle die Senkung der Produktionskosten, die Verbesserung der Qualität und die Zusammenfassung großer einheitlicher Mengen qualitativ verbesserter Erzeugnisse in zweckmäßig aufgebauten Spezialorganisationen zu sehen haben. Dafür wird eine umfassende „Reichsabschlusssysteme“, also ein weitreichendes planwirtschaftliches Rahmengerüst verlangt. Das Prinzip der Subventionen wird verworfen. „Soweit öffentliche Mittel für landwirtschaftliche Zwecke gewährt werden, ist daher in allen geeigneten Fällen die Bedingung zu stellen, daß der Empfänger sich den Bestimmungen des Reichsabschlusssystemes in allen Teilen unterwirft.“

Bezieht sich bisher das vom Reichsverband akzeptierte Programm überraschend von der traditionellen Politik der Agrarier und des Landbundes ab, so zeigt sich das noch viel deutlicher in den Einzelheiten

Zielsetzungen des Programms

Hinsichtlich des Roggenproblems heißt es kurz und bündig: „Es muß versucht werden, die Erzeugung an Inlandsgetreide durch eine Verschiebung im Anbauverhältnis der Hauptgetreidearten dem deutschen Bedarf anzupassen. Insbesondere ist der Anbau von Winterweizen auf Kosten von Winterroggen noch mehr auszuweiten.“ „Für Getreide und Hackfruchtbaulohnende Böden sind aus der Ackerkultur herauszunehmen und in feuchten Lagen in Grünland, insbesondere in Weiden, zu überführen, in trockenen Lagen, besonders, wenn es sich um armen Sand handelt, aufzuforsten.“ Vereinfachung der Getreideexporten, reichsrechtliche Regelung von Güteklassen, gezielte Einfuhr des Lagerfahnenweizens werden verlangt, und über die Einfuhrzölle wird gesagt, daß ihre Wertbemessung eine Verschleuderung deutscher Getreideüberschüsse am Weltmarkt verhindern muß.

Zur Regulierung der Kartoffelwirtschaft soll in den Hauptüberschussgebieten die Schweinehaltung ausgedehnt und zur überwiegenden Kartoffelmast übergegangen werden. Zur Förderung der Zuckerrückstände wird die Befreiung der Zucksteuer verlangt. Durch Aufhebung der Zucksteuer sei eine starke Steigerung des Inlandsverbrauchs einzuleiten, die die Verschleuderungen deutschen Zuckers vom Weltmarkt unmöglich mache und eine Erhaltung bzw. Ausdehnung der Anbaufläche ermöglicht.

Für den Gemüsebau wird ein geregelter Absatz verlangt, ferner die Vereinfachung der Qualitäts- und die Förderung der Verpackungsmittel, damit die Inlandsware der auswärtigen gleich wird. Ähnliche Forderungen werden für die Obstwirtschaft erhoben.

Besondere Aufmerksamkeit gilt der Milchwirtschaft. Die Güte der Milch und der Molkeerzeugnisse müssen planmäßig auf einen Stand gehoben werden, der das Inlandsvermögen der Auslandsware gleichwertig oder überlegen macht. In der Schweinezucht muß auf eine Abmilderung der Preischwankungen, hin gearbeitet und die begonnene Entwicklung zur Verringerung der Schlachtgewichte und Schaffung von Standardwaren begünstigt werden. Die Eierzeugung ist stark zu erweitern, zu ver-

einheitlichen, qualitativ zu verbessern und zu verbilligen. Der Produktionsapparat ist von leistungsunfähigen Tieren zu bereinigen.

Im einzelnen werden dann Maßnahmen vorgeschlagen, die die Erreichung dieser Ziele unter Voranstellung der Selbsthilfe und unter staatsgesetzlicher und staatsfinanzieller Förderung, aber bei Ausschaltung eigentlicher Subventionen, sichern sollten. Das Gutachten verläßt dann auch eine überschlägige Rechnung,

was diese planmäßige Umstellung kosten soll.

Zur Umstellung der Milch-, Kartoffel-, Schweine-, Geflügel-, Eier- und Obstwirtschaft werden für drei Jahre verlorene öffentliche Zuschüsse im Betrage von je rund 36 bis 37 Millionen Mark vorgesehen. Zweitens sollen insgesamt 100 Millionen Mark Kredite zu um 4 Proz. verbilligten Sätzen bereit-

Mannesmann häuft Gewinne.

Wachsende Leistungssteigerung der Belegschaften.

Am einer Zeit, wo die Eisen- und Bergarbeiter in Rheinland-Westfalen unter dem schweren Druck eines ständig zunehmenden Belegschaftsabbau stehen, veröffentlicht der Mannesmann-Konzern als letztes schwerindustrielles Unternehmen seinen Geschäftsabschluss für 1929. Wenn es noch den vorhergegangenen Abschlüssen bei dem Stahlwerk, bei Krupp, Klockner und Hoechst noch eines Beweises bedürft hätte, daß die Schwerindustrie in der Eisen- und Kohlenkonjunktur des letzten Jahres im großen Umfang Profit abgesehen hat, so wird dieser Beweis von Mannesmann geliefert.

Der schon im vorhergehenden Jahr um 11 Proz. erhöhte Betriebsgewinn ist 1929 auf 40,5 Millionen weiter gestiegen. Bei dieser Gewinnsteigerung ist aber zu berücksichtigen, daß von dem ausgewiesenen Betriebsgewinn 4,4 Millionen Sonderabreibungen auf die neuen Hochofen- und Stahlwerksanlagen in Hüdinger sowie eine Rücklage von 1,4 Millionen für Bergschäden vorweg abgesetzt wurde, so daß der tatsächliche Betriebsüberschuss 46 Millionen Mark übersteigt. Zeigen schon diese hohen Sonderabreibungen, in welchem Umfang

der Mannesmann-Konzern seine Kapitalbildung forcieren

konnte, so wird dieser Eindruck durch das ständige scharfe Ansteigen der Abschreibungen in den letzten Jahren noch verstärkt. Auch wenn man in Rechnung stellt, daß der Mannesmann-Konzern infolge der tiefen Wertschwankungen, die allein in Hüdinger 43 Millionen gekostet haben, ein erhöhtes Abschreibungsbedürfnis hat, so geht doch das sprunghafte Ansteigen der Abschreibungen von 6,8 Millionen im Jahre 1926 über 7,3 Millionen im Jahre 1927 bis 9,7 Millionen im letzten Jahre über das erforderliche Maß weit hinaus.

Obwohl diese ständig wachsenden Abschreibungen auf die Anlagen, mit denen das Unternehmen zum großen Teil seine Wertschwankungen finanziert, zu Kosten des Reingewinns gehen, ist der ausgewiesene Reingewinn im letzten Jahr um 13,7 auf mehr als 16 Millionen Mark, also um über 17 Proz. gestiegen. Trotz verstärkter innerer Kapitalbildung ist der Konzern noch in der Lage, die Dividendensumme für die Aktionäre von 9,8 auf 11,9 zu steigern. Da 1929 das auf 165 Millionen erhöhte Kapital erstmalig voll verzinst wird, bleibt der Dividendenfuß mit 7 Proz. unverändert.

Die Kernbetriebe bei Mannesmann, die Röhren-Werkwerke, weisen auch im Berichtsjahr eine weitere Leistungssteigerung auf. Während 1927, in der schwerindustriellen Glanzkonjunktur, die Verkaufsziffern der Röhrenwerke um 17 Proz. stiegen und 1928 eine

gestellt werden, was in drei Jahren einen Gesamtaufwand von 12 Millionen Mark erfordern würde. Insgesamt würden also vom Staate rund 120 Millionen Mark für die Umstellung der Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen sein.

Dieses vom Reichsverband der Deutschen Industrie akzeptierte Programm ist zweifellos von großer politischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Es kann in der Tat zur Befundung der Landwirtschaft in Deutschland beitragen, wenn der Reichsverband und die hinter ihm stehenden politischen Parteien auch in der politischen Praxis das Programm durchhalten werden. Sollen zur Durchführung eines in dieser Richtung laufenden Agrarprogramms öffentliche Mittel verwendet werden, so darf man die Erwartung haben, daß sich diese Verwendung öffentlicher Mittel auf die Dauer lohnt. Die Sozialdemokratie hat die Genug-tuung, daß die entscheidende Organisation der deutschen Unternehmer, was die Richtung und die Zielsetzung des vom Reichsverband akzeptierten Programms anbelangt, agrarpolitische Forderungen als richtig anerkennen mußte, die seit langem von der Sozialdemokratischen Partei aufgestellt sind.

weitere Erhöhung um 10 Proz. aufwies, ist der Absatz im Berichtsjahr um weitere 7,5 Proz. gestiegen. Seit 1927 konnte also der

Absatz der Röhrenwerke um rund 38 Proz. erhöht

werden. Um diese glänzenden Gewinne bei Mannesmann richtig zu beurteilen, muß man berücksichtigen, daß die neu erbauten Hochofen- und Stahlwerksanlagen in Hüdinger zu den Betriebsgewinnen im letzten Jahr noch sehr wenig beigetragen haben, weil diese Anlagen erst im Mai in Betrieb genommen wurden. Da die neuen Werke, die mit einer jährlichen Leistungsfähigkeit von 700 000 Tonnen Stahl den gesamten Bedarf des Mannesmann-Konzerns decken, jetzt mit ihrer vollen Leistungsfähigkeit arbeiten, wird das Gewinnergebnis des laufenden Jahres hierdurch noch sehr stark beeinflusst werden.

Auch von der Kohlenkonjunktur hat Mannesmann kräftig profitieren können. Im Berichtsjahr wurden von den Zechen 3,72 gegen 3,57 Millionen Tonnen zutage gefördert. Noch stärker erhöhte sich die Koksproduktion von 0,84 auf 1,07 Millionen Tonnen. Ganz auffallend hoch ist

die Leistungssteigerung der Belegschaft

im letzten Jahre gewesen. Sie erhöhte sich bei den Zechenbetriebern um 14,55 Proz. je Mann und Schicht. Auch bei den Eisenbetriebern muß die Leistungsfähigkeit sich weiterhin erhöht haben, denn die Gesamtbelegschaft hat sich weiterhin verringert. Wurden 1927 noch 23 323 Personen bei dem Unternehmen beschäftigt, so sank diese Zahl 1928 bereits auf 21 209 und im letzten Jahr trotz der allgemeinen Produktions- und Umsatzsteigerung auf 20 831 Köpfe.

Während im vergangenen Jahre die Lage bei dem internationalen Röhrenmarkt noch durchaus ungeklärt war und bei dem deutschen Syndikat wegen der Auseinandersetzungen mit Krupp eine Sprengung in bodenständige Röhre gerückt war, sind die Verhältnisse jetzt so gut wie restlos beseitigt. Das internationale Kartell konnte durch den Beitritt der angelsächsischen Länder sogar zu einem Weltkartell ausgebaut

werden und eine Verlängerung des deutschen Syndikats über 1928 hinaus ist so gut wie sicher. Mannesmann als stärkster Röhrenfabrikant in Europa wird von dieser Unternehmerrung des Kartells natürlich besonders kräftig profitieren können.

In das neue Betriebsjahr ist der Konzern mit einem stark verminderten Auftragsbestand bei den Röhrenwerken eingetreten, jedoch hat sich in den letzten Wochen eine Besserung durch-

Schlechte Weltkonjunktur.

Die Krise im Spiegel des deutschen Außenhandels.

Wie in den kürzlich veröffentlichten Außenhandelsbilanzen der Vereinigten Staaten von Amerika und Englands für den Monat April kommt auch in den Ziffern des deutschen Außenhandels, die jetzt für den Monat April vorliegen, die Krise in der Weltwirtschaft stärker zum Ausdruck.

Das deutlichste Kennzeichen für die schlechte Weltkonjunktur ist der scharfe Rückgang der deutschen Ausfuhr, die sich gegenüber dem Vormonat von 1 104 auf 976,7 Millionen im April verringert hat. Von dem Ausfuhrrückgang sind in erster Linie Fertigwaren, die den wichtigsten Posten im deutschen Export darstellen, mit einer Verringerung von rund 100 Millionen betroffen worden. Da die Einfuhr mit 888,2 Millionen fast genau dem Ergebnis des Vormonats mit 883,6 Millionen entspricht, schließt der deutsche Außenhandel in April wiederum mit einem Ausfuhrüberschuss von 88,5 Millionen Mark gegenüber 220 Millionen Mark im März ab.

Warengruppen	Einfuhr Ausfuhr*	
	April 1930 in 1000 RM.	
1. Lebende Tiere	8 503	5 609
2. Lebensmittel und Getränke	241 568	36 692
3. Rohstoffe und halbfertige Waren	479 603	199 904
4. Fertige Waren	158 502	734 428
Reiner Warenverkehr	888 178	976 653
davon Reparations-Sachlieferanten	—	50 845
5. Gold und Silber	80 411	3 043
Zusammen	968 589	979 698

* Einschließlich Reparations-Sachlieferungen.

Die schwere wirtschaftliche Depression in Deutschland kommt in den Ergebnissen des Aprilaußenhandels in einem weiteren Nachlassen des Gesamtumsatzes veranschaulicht zum Ausdruck. Im März d. J. war zum erstenmal seit dem Februar 1929 der Gesamtumsatz des Außenhandels mit 1,98 Milliarden Mark unter die Zwei-Milliarden-Grenze gesunken. Im Berichtsjahr April hat der auf 1,86 Milliarden zurückgegangene Gesamtumsatz des Außenhandels einen Tiefstand erreicht, wie er seit dem Februar 1927 nicht mehr festgestellt wurde.

Auch in der Zusammensetzung der Einfuhrmengen zeigt sich die in Deutschland herrschende Wirtschaftskrise. So ist der Einfuhrposten „Rohstoffe“, der für den Beschäftigungsgrad der verarbeitenden Industrie in Deutschland einen guten Anhaltspunkt gibt, seit dem Januar d. J. ständig gesunken und weist mit 479,6 Millionen im April einen seit Jahren nicht erreichten Rekordtiefstand

auf. Im einzelnen hat sich die Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken um 28 Millionen erhöht, während die Einfuhr von Fertigwaren gleichfalls um rund 9 Millionen zurückgegangen ist.

Der starke Rückgang der Fertigwaren-Ausfuhr um fast 100 Millionen geht zu Lasten fast sämtlicher Industriezweige. So sind Textilfabrikate an dem Rückgang mit 23,7 Millionen, Eisenwaren mit 18,4 Mill. und Maschinen mit 15,9 Mill. beteiligt. Dagegen hat der Export von Kaffee- und Düngemitteln aus saisonmäßigen Gründen sich um 6,2 Mill. erhöht.

Berliner Hotelkonzern 10 Proz. Dividende.

Die Hotelbetriebs-Aktiengesellschaft in Berlin, die eine große Anzahl der bekanntesten Berliner Hotels und Vergnügungsorte wie Bristol, Kaiserhof, Wintergarten, Café Bauer und Kranzler besitzt, wird für 1929/30 auf das erhöhte Kapital von 21,6 Millionen eine Dividende von 10 Proz. gegen 12 Proz. im Vorjahr zahlen. Der Reingewinn hat sich mit 2,3 Millionen Mark auf der Höhe des Vorjahres, obwohl der Fremdenverkehr im Berichtsjahr nachgelassen hat.

Deutsche Bau- und Bodenbank in Wien. Die vom Reich beherrschte Deutsche Bau- und Bodenbank A.-G. hat zur Durchführung der Verwendungskontrolle staatlicher österreichischer Baukredite die Wiener Baukreditbank erworben und sich angeschlossen. Die privaten Besitzer des Wiener Instituts scheiden aus. Das Kapital der Baukreditbank wurde von 800 000 auf 80 000 Schillinge zusammengelegt und wieder auf 800 000 Schillinge erhöht; über 90 Proz. des neuen Kapitals werden in der Hand der Deutschen Bau- und Bodenbank A.-G. sein. Im Verwaltungsrat der Wiener Bank werden Dr. Kömper und Dr. Friedrichs von der Bau- und Bodenbank sitzen, im Aufsichtsrat wird auch Walter Ustor von der hannoverschen Bodenkreditbank, Hildesheim-Berlin, vertreten sein. Dieses neue Beispiel deutsch-österreichischer Zusammenarbeit ist erfreulich.

Togal
unübertroffen bei
Rheuma / Gicht
Kopfschmerzen
Ischias, Hexenschuss, Erkältungskrankheiten.
Entfernt d. Harnsäure! 6000 Ärzte-Gutachten!
Vollkommen unschädlich. Frag Sie Ihr Arzt.

Revolutionäre Tarifvertragspolitik

Mit zwischentariflichen Lohnbewegungen.

Es gehört die Stumpfheit eines Reformisten und der Herzogen eines selbstverwundeten Gewerkschaftsbürokraten dazu, um zu behaupten, durch Verträge ließe sich der Klassenkampf auf eine bestimmte Zeit auskühlen. Ichrieb jüngst das Moskauer Blatt. Die von ihrer hervorragenden Intelligenz so feinstens überzeugten Thälmannen mit dem Weltrevolutionshorizont kämen in ziemliche Verlegenheit, wenn sie auch nur einen „Gewerkschaftsbürokraten“ nennen sollten, der eine derartige Behauptung aufgestellt hätte. Doch das geniert die Moskauer Intelligenzen nicht. Nach ihren 21 Punkten und ihren linientreuen Parolen ist es für diese Revolutionäre eine ausgemachte Sache, daß jeder „Reformist“ stumpfsinnig ist und jeder reformistische „Gewerkschaftsbürokrat“ einen engen Horizont hat. Sie behaupten es, also muß es ihrem Anhang als bewiesen gelten.

Der Tarifvertragsreformer des Moskauer Blattes beruft sich in seinem Artikel einleitend auf Clausewitz. Sel dessen Satz für die Staaten zutreffend, daß der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, dann sei er „hundertmal richtiger“ — unter 100 Prozent tut's kein richtiggehender „Revolutionär“ — für den Kampf zwischen den Klassen. Clausewitz hat zwar nicht behauptet, daß deshalb Krieg in Permanenz geführt werden müsse, doch hindert dies unseren KPD-Strategen nicht daran, diese Schlussfolgerung zu ziehen, der die Strategie der KPD. durchaus angepaßt ist. Hundertprozentige Forderungen in den Betrieben, damit die Forderungen so leicht nicht erfüllt werden können, „zwischen-tarifliche“ Lohnbewegungen, Ablehnung aller Verhandlungen, zumal vor dem Schlichter, kein Schiedspruch, sondern Streit, Verbreitung der Streikbasis, kein „Abwürgen“ des Streiks durch Verhandlungen, Sympathiestreikwellen, Massenstreik, politischer Massenstreik, Revolution mit anschließender Weltrevolution. Diese so einfache und „sinnvolle“ Stala der Kampfsteigerung ist längst bekannt. Wie aber vereinbart sich damit das Bekenntnis der KPD. zum Tarifvertrag?

Zunächst erfährt dieses Bekenntnis eine Einschränkung: „Die Gewerkschaftsopposition ist nicht gegen Tarifverträge, die ein Produkt des Kampfes sind“ — dem also eine „Streikabwürgung“ vorzugehen müßte — „sie ist aber gegen Tarifverträge, die ein Ertrag des Kampfes sein wollen. Die Gewerkschaftsopposition ist für Tarifverträge, die nicht die Fesseln für den Klassenkampf darstellen, die nicht die Arbeiterschaft an Händen und Füßen binden.“

Wie sollten die stumpfsinnigen Reformisten auch auf die Schlaue kommen, die Unternehmer durch Tarifverträge zu binden und die Arbeiter von jeder Bindung frei zu lassen. Ob die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion dazu ausreicht, dem Unternehmertum Tarifverträge aufzuzwingen, die es binden ohne zugleich den Vertragspartner zu binden, muß zunächst bezweifelt werden, zumal es sich dort durchweg um ausländische Unternehmer handelt. Also selbst wenn man den Standpunkt vertreten will, gegen den Unternehmer ist alles erlaubt, was dem Arbeiter nützen könnte, so steht es doch in Deutschland wie in allen übrigen noch hinter Sowjetrußland „zurückgebliebenen“ Ländern so, daß die Verfechtung dieses Standpunktes immerhin einem gewissen Widerstand bei dem Vertragspartner begegne, der dem Zustandekommen eines Tarifvertrages nicht förderlich wäre. Mit derartigen „reformisti-

chen“ Bedenken braucht sich die KPD-Strategie freilich nicht zu befassen, wenigstens solange sie mit ihrer „Opposition“ nicht in die Verlegenheit kommt, Tarifverträge abzuschließen. Die Frage, wer die Tarifverträge abzuschließen soll, wird dahin beantwortet: „Die Arbeiter, die von den Tarifverträgen erfasst sind, die nach den Bedingungen der Tarifverträge werden arbeiten müssen. Nicht ein Bänderbüchse von Gewerkschaftsführern darf einen Wechsel auf Jahre hinaus für viele Hunderttausende von Arbeitern ausstellen. Immer wieder werden die schändlichsten Verträge unterzeichnet, ohne daß die Arbeiterschaft, die doch nach diesen Verträgen schuftet, befragt wird... Der Kampf der revolutionären Opposition geht darum, die Fragen der Tarifverträge in die Betriebe zu tragen, sie dort — an den Stätten der kapitalistischen Ausbeutung — aufzurollen.“

Bei dieser radikalen Auskunft verjagt wieder einmal die durch die 21 Punkte gebotene Schlaueit. Die Arbeiter können nur Tarifverträge abschließen durch ihre Organisation. Dem ohne ihre gewerkschaftliche Organisation sind „die Arbeiter“ kein bestimmter Begriff, mindestens nicht im Sinne von Vertragspartnern. Die Gewerkschaft ist Tarifkontrahent. Ihre Vertreter sind von der Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder oder deren Delegierten auf ihre Posten gestellt. Die Gewerkschaft ist der Unternehmerorganisation gegenüber für die Durchführung des Tarifvertrages verantwortlich und haftbar, wie umgekehrt. Tarifverträge für einzelne Betriebe abzuschließen, das hat die organisierte Arbeiterschaft von jeher aus guten Gründen abgelehnt. Selbst wenn der Abschluß von Werkstarifen möglich wäre, so würde ihr Inhalt jeweils von der Prosperität des einzelnen Werks abhängig sein. Die Arbeiter gutgehender Betriebe würden zum Werksegoismus getrieben.

Der Kern der heutigen Tarifverträge ist nicht aus der Luft gegriffen. Er ist durchweg ein Produkt des Kampfes, sowohl des Kampfes um die Schaffung, Erhaltung, Ausbreitung und Stärkung der Gewerkschaften, des Kampfes um die Anerkennung der Gewerkschaften durch das Unternehmertum wie im einzelnen des Machtkampfes zwischen Unternehmer und Gewerkschaften. Die Gewerkschaften haben sich nicht damit begnügen können, mit radikalen Phrasen umherzuwerfen. Sie mußten im Klassenkampf des Alltags wie in direkten schweren Klassenkämpfen gegen das Unternehmertum erst die Grundlagen für die Tarifverträge schaffen. Und wenn heute aus den Erfahrungen der Kämpfe heraus, die Grenzen der jeweiligen Macht- und Konjunkturverhältnisse gegenseitig erkennbar sind, und es unter Respektierung dieser Grenzen ohne erneuten direkten Kampf zum Tarifabschluß oder zur Erneuerung des Tarifvertrages kommt, dann ist dieser neue Tarifabschluß mit das Produkt der vorhergehenden Kämpfe.

Kommt es nicht auf friedlichem Wege zu einem annehmbaren Tarifergebnis, dann wird die Gewerkschaft ihre Macht im direkten Kampfe einsetzen. Aber auch nur dann, wenn ihr die Verhältnisse zu einem erfolgreichen Kampfe günstig erscheinen. Die „radikalen“ Ratschläge der „Opposition“, den Kampf unter allen Umständen zu führen, unbekümmert um die wirtschaftliche Konjunktur, um die riesige Arbeitslosenreserve drauf los zu „kämpfen“, das müssen die „stumpfsinnigen“, „beschränkten“, „re-

formistischen“ „Gewerkschaftsbürokraten“ selbst dann ablehnen, wenn die für den Streit in Permanenz begeisterte kommunistische „Opposition“ die Streitgelder aufbringen wollte.

Die Gewerkschaften sind nun einmal nicht dazu da, um dem Agitationsbedürfnissen der kommunistischen Partei zuzuliebe, ins Blaue hinein zu „kämpfen“, sondern dazu, um die Interessen ihrer Mitglieder zu verteidigen. Das wird ihnen um so besser gelingen, je weniger die „Opposition“ die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung zu zerstören sucht, je fester die Mitglieder zu ihrer Gewerkschaft stehen und deren Parolen befolgen, anstatt die einer verantwortungslosen Partei auf wechselnden und schwankenden „Linien“, die mit ihrer Analyse noch nicht ganz fertig ist.

Wollten die KPD-Strategen wenigstens zu ihrer Anhänger-schaft ehrlich sein, dann müßten sie sich als Gegner des Tarifvertrages bekennen. Als geschworene Feinde der freien Gewerkschaften sind sie ohnehin erkannt.

Die Führung der Wirtschaftskämpfe der Gewerkschaften ist nicht Sache der KPD., auch nicht in der Masse der „Opposition“, sie ist und bleibt Sache der Gewerkschaften.

Eisenbahner für den Einheitsverband.

Mißerfolg der Kommunisten.

Ueber die Betriebsrätemahlen bei der Reichsbahn liegen bis jetzt nur Teilergebnisse vor, aus denen ergibt sich jedoch, daß der Einheitsverband der Eisenbahner trotz starker Verminderung der Wahlberechtigten große Erfolge erzielt hat. Die Gegner haben teilweise große Verluste zu verzeichnen.

Die kommunistische Opposition verlor in Berlin circa 600 Stimmen, während der Einheitsverband über 300 Stimmen gewinnt. In Frankfurt a. M. hat die „Opposition“ 331, der Einheitsverband dagegen 8130 Stimmen erhalten.

In Mannheim erhielt der Einheitsverband 2031, die Opposition 32 Stimmen. In Chemnitz: Einheitsverband 2250, „Opposition“ 372. Im Bezirk Halle: Einheitsverband 9700, „Opposition“ 430 Stimmen. Diese Beispiele können beliebig vermehrt werden. Selbst in früheren Hochburgen der KPD., wie Königsberg und Ober-Schlesien, hat die „Opposition“ sehr schlecht abgeschritten.

Im Direktionsbezirk Halle erhielt der Einheitsverband 1110 Stimmen, die „Opposition“ 650 Stimmen gegen 796 im Vorjahre. In Hannover erhielt der Einheitsverband von 5193 abgegebenen Stimmen 4805, die „revolutionäre Opposition“ im Bereich der Ortsgruppe des Einheitsverbandes nicht eine einzige Stimme.

Keinlich ist das Verhältnis beim Hirsch-Duncker'schen Allgemeinen Eisenbahnerverband (AEB.), der neben einigen örtlichen Erfolgen, die hauptsächlich auf die kommunistischen Verwirrungsparolen zurückzuführen sind, zahlreiche Verluste aufzuweisen hatten. So hatte der AEB. in Frankfurt a. M., Fulda und Limburg und in den Bezirken Kassel, Königsberg und Magdeburg Stimmen und Mandate verloren.

Bei der christlichen Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (GdE.) stehen einigen örtlichen Verlusten meistens unbedeutende Gewinne gegenüber. Ueber das vorläufige Gesamtergebnis im Reichsbahngebiet kann erst in einigen Tagen berichtet werden.

Die bisherigen Resultate zeigen bereits die Tendenz der dies-jährigen Wahl: Der freigewerkschaftliche Einheitsverband hat seine



43
MARK

VERKAUFSEBEGINN FREITAG, DEN 16. MAI

Der
richtige Anzug
für Sie

ein praktisches Gebrauchsstück aus modernen Stoffen von allergrößter Haltbarkeit, in so gediegenen Farben und Mustern, daß er sich in seinem Aussehen kaum von einem teuren Kammgarn-Anzug unterscheidet. In unserem Fenster Nr. 8 haben wir diese Anzüge ausgestellt. Der Schnitt ist elegant, die Verarbeitung solide - wie es eben nur bei kostensparender Serien-Herstellung sein kann. Daher auch der erstaunlich niedrige Preis. Nutzen Sie die günstige Gelegenheit!

Leineweber

Das Haus das Jeden anzieht

BERLIN C KÖLLNISCHER FISCHMARKT

Übertragende Stellung allen Angreifern gegenüber glänzend behauptet. „Die Rote Fahne“ ist recht bescheiden geworden, wenn sie geringe örtliche Erfolge als „rote Burgen“ bezeichnet. Die „Opposition“ hat nach diesem Wahlergebnis erkennen, daß ihre hartnäckigen Versuche, die Reihen der freigewerkschaftlichen Eisenbahnerschaft zu erschüttern, eben gescheitert sind.

Wie die KPD. agitierte, dafür ein bezeichnendes Beispiel bei der Betriebsratswahl auf dem Güterboden des Anhalter Bahnhofes. In letzter Minute erschien hier die „Opposition“ mit einem anonymen Flugblatt auf dem Plan, das von persönlichen Ehrschneidereien gegen die Funktionäre des Einheitsverbandes wimmelte.

Man beschimpfte sie als Sklarek-Gestalten, Gefühlsmachern, Schürzenjäger und Schieber und hoffte dadurch, die freigewerkschaftliche Mehrheit auf dem Anhalter Güterboden zu brechen.

Der „Erfolg“ dieser infamen Heiße war der Verlust eines Sitzes der Kommunisten im Betriebsrat an — die Gelben. Die Freigewerkschaftler haben ihre bisherige Position behauptet. Den Gelben hat die KPD. in den Sattel verholten. Auch ein kommunistischer Erfolg.

Kommunistische Streikführung.

Die „revolutionäre“ Aktion bei Hartung.

Ueber den wilden Streik in der Eisengießerei von Hartung berichtet der kommunistische Reichstagsabgeordnete Hein als Streikführer im Berliner Sowjetorgan in einer Weise, die die Berichtserstattung des Blattes während des kommunistischen Rohleigerstreiks weit in den Schatten stellt. Um über das völlige Versagen der „revolutionären“ Streikführung hinwegzutäuschen, werden die Ursachen des Konflikts ganz falsch dargestellt, ebenso der bisherige Verlauf der „Aktion“ und die Haltung des Metallarbeiterverbandes ihr gegenüber.

Während die Puhler bei Hartung bisher für 100 Kilo gepulverten Guß 1,25 Mark bekamen, erhielten sie in der dem Streik vorausgegangenen Woche beim Bearbeiten von sehr leichtem Guß plötzlich nur 89 Pf. Mit diesem Verdienst bräuheten sie sich aber nicht zu zufrieden zu geben, da ihnen tarifvertraglich 15 Proz. über ihren Stundenlohn, also mindestens 96 1/2 Pf. zustehen. Darüber hinaus hatte der Metallarbeiterverband bereits Verhandlungen mit dem VBRV. angebahnt, die aber von den Puhlern nicht abgemauert wurden.

Am 10. April legten die Puhler und am 16. April ein Teil der Maschinenformler die Arbeit nieder, was von der Firma mit der Gesamtausperrung beantwortet wurde. Als die Aussperrung wieder aufgehoben wurde, nahm der überwiegende Teil der Belegschaft die Arbeit wieder auf, da Lohnunterschiede lediglich mit den Puhlern bestanden.

Unwahr ist die Behauptung, daß ein allgemeiner Lohnabbau vorgenommen werden sollte und der Metallarbeiterverband von den streikenden Puhlern verlangt habe, die Arbeit für 89 Pf. aufzunehmen. Die Möglichkeit der Beilegung des Puhlerkonflikts durch Verhandlungen sowie die restlose Einstellung aller Streikenden wurde durch den „Streikführer“ Hein hintertrieben, der sich als Branchenleiter der Eisenformler ausgab und in seiner kraftmeyerischen Art den Streikenden schon mit der von Werker übernommenen Siegesparole winkte. Seine Streikführung war so glänzend, daß in dem Betrieb, wo in den letzten Wochen von dem Streik 300 Personen 4 bis 5 Tage pro Woche arbeiteten, jetzt 290 Arbeiter voll arbeiten. Aus ohnmächtiger Wut über das Mißlingen seines Planes beschimpft Hein die Arbeiter, die nach der Aufhebung der Aussperrung die Arbeit wieder aufgenommen haben, als „Streikbrecher“.

Das tut derselbe Hein, dessen Streikbrecherrolle bei Kayling u. Thomas noch sehr tief im Gedächtnis der meisten Berliner Eisenformler und Berufsgenossen haftet. Mit welchen gemeinen Mitteln die ausichtslose „Weiterreibung des Kampfes“ von den „revolutionären“ Unorganisierten unter Heins Segel geführt wird, zeigen die 24 Ueberfälle, die bisher auf Arbeiter der

Firma Hartung verübt wurden, welche der kommunistischen Streikparole die Befolgung verweigert haben. Es seien hier nur vier Heldenstaten dieser Romdys erwähnt.

Der Maschinenformler Komstedt wurde in der Straßenbahn niedergeschlagen; dem Maschinenformler Warner wurden bei einem ganz feigen Ueberfall der Unterkiefer und damit sämtliche Zähne zertrümmert; der Maschinenformler Graßmann büßte bei einer solchen Heldenstat ein Auge ein; einem an der Bewegung völlig unbeteiligten Maurer Gohlske wurde ein schwerer Schädelbruch zugefügt. Im kommunistischen Jargon nennt man das „revolutionäre Kampfführung“.

Von besonders revolutionärem Glanz scheint der unorganisierte Maschinenformler Kunze besetzt. Seiner „revolutionären“ Ehre macht es anscheinend keinen Abbruch, daß seine Frau, die bei der gleichen Firma als Kernmacherin arbeitete und zuerst mit ausgesperrt wurde, sich bei der Aufhebung der Aussperrung freiwillig wieder zur Arbeit meldete und nun auch den „Streikbrecher“ macht.

Jeden anständigen Arbeiter wird jedenfalls diese Art von Kampfführung, wie sie jetzt wieder von den Kommunisten bei Hartung geübt wird, mit Abscheu erfüllen. Dabei verlangen die Drahtzieher noch obendrein von den Arbeitern, diese unorganisierte Garde finanziell zu unterstützen.

Die durch den Kampf in Mitleidenschaft gezogenen Mitglieder des Metallarbeiterverbandes werden von ihm unterstützt, die „Klassenbewußten“ Unorganisierten aber sollen sich an die KPD. und ihren Heinhältern, die diese Klingelbeutel-Aktion angezettelt haben.

Präsidenten sorgen.

Große Sorgen hat anscheinend der Präsident des Landesfinanzamtes Berlin. Er hat seinen Arbeitern einen höchst merkwürdigen Verpflichtungsschein vorgelegt, der eine glatte Verletzung des Tarifvertrages bedeutet. Die Originalität dieses Verpflichtungsscheins zeigt sich gleich in der Einleitung. Sie lautet:

„Ich bin vorbestraft — unbestraft und versichere, daß zur Zeit kein Gerichtsverfahren gegen mich anhängig ist.“ Im Text folgen nun einige offensichtliche Tarifverletzungen; dann heißt es weiter: „Ich wurde mit den mir obliegenden Pflichten bekannt gemacht und auf treue und pflichtgemäße Erledigung der mir übertragenen Arbeiten sowie auf unbedingte Verschwiegenheit bezüglich aller mir überwiesenen und mir bei Ausübung meiner Tätigkeit bekannt werdenden Geschäfte hingewiesen. Auch wurde ich ermöhnt, gegen jedermann — gleichviel ob Beamte, Angestellte oder Steuerpflichtige usw. — stets höflich und zuvorkommend zu sein. (Bei Reinemachefrauen zu streichen).“

Sollen nun die Reinemachefrauen nicht höflich sein oder soll niemand zu ihnen höflich sein?

Lohnzulage in den Kunstseidfabriken.

Die Lohnbewegung in den Berliner Kunstseidfabriken ist vom Gesamtverband zu einem erfolgreichen Abschluß geführt worden. Nach mehrmaligen ergebnislosen Verhandlungen gelang es schließlich, eine Erhöhung der Löhne um 3 Pf. zu erwirken, so daß sich der Spitzenlohn auf 1,25 M. erhöht. Die Arbeiter der Kunstseidfabriken haben diesem Angebot zugestimmt, so daß das neue Lohnabkommen rückwirkend ab 1. April in Kraft getreten ist. Es läuft bis zum 31. März 1931 und hat Geltung für die Betriebe Gesellschaft für Wirt- und Nützhallen, Norddeutsche Eiswerke und Groß-Berliner Kunstseidgesellschaft.

Proteststreik der Pariser Postbeamten.

Paris, 15. Mai. (Eigenbericht.)

Die Beamten sämtlicher Pariser Telephonzentralen haben am Donnerstag einen mustergültig organisierten zweistündigen Proteststreik durchgeführt. Punkt 14 Uhr vormittags stellte das Telephon- und Telegraphenamt der Börse, das insbesondere für den Fernverkehr das wichtigste der Fernsprechnotenpunkte darstellt, die Arbeit ein — zur hellen Verzweiflung der aufgeregten Börslaner, die sich jeder Möglichkeit der Abwicklung ihrer Geschäfte beraubt

sahen und vergeblich durch Bitten und Drohungen die Beamten zum Verbleiben auf ihrem Posten zu bewegen suchten. Das Beispiel der Börse wurde dann im Abstand von wenigen Minuten von den übrigen Telephonzentralen nachgeahmt. Bis um ein Uhr stockte jeder Telephonverkehr. Am Donnerstag abend folgten die Postbrieusträger ebenfalls mit einem zweistündigen Proteststreik.

Gegenstand des Konfliktes zwischen der dem allgemeinen sozialistischen Gewerkschaftsbund der CGT. angeschlossenen Postbeamten-gewerkschaft und der Regierung sind die bisher immer noch unberücksichtigt gebliebenen Forderungen der Postbeamten nach Aufwertung ihrer Löhne auf den Friedensstandard. Die Verhandlungen darüber werden von der Regierung seit Monaten hingezögelt. Die Gehälter der übrigen Staatsbeamten wurden bereits zweimal aufgefressen, während sich die Postbeamten mit Verprechungen und mageren Vorschlägen begnügen mußten. Der Postminister Makkarmec, der sich zurzeit in Algier vergnügt, und der über die wachsende Erregung im Lager der Beamenschaft unterrichtet worden war, sandte am Mittwoch an die Postgewerkschaft ein Telegramm, in dem er bat, vor seiner Rückkehr keine Kampfmaßnahmen zu ergreifen.

Der Ministerrat, der am Donnerstag vormittag zum erstenmal seit Monaten wieder zusammentrat, befaßte sich fast ausschließlich mit dem Streik. Die letzte Warnung der Postbeamten hatte offenbar ihre Wirkung getan; denn Tardieu und seine Ministerkollegen zeigten sich plötzlich sehr nachgiebig und beschloffen die Gehaltsangleichung zu beschleunigen und nicht den üblichen Amtsweg gehen zu lassen. Außerdem sollen alle Maßnahmen ergriffen werden, um für den Fall der Wiederholung des Streiks die Durchführung des Post-, Telegraphen- und Telephonverkehrs sicher zu stellen.

Die Betriebsratswahlen im rheinischen Braunkohlenrevier brachten folgendes Ergebnis: Freie Gewerkschaften 6369 Stimmen (131 Sitze), Christen 4135 (91), Kommunisten 787 (11), Gelbe 121 (2), Unorganisierte 113 (1).

Achtung Bauarbeiter! Die Firma Schmidt, Baustelle Bankow, Blnetastraße und Westerlandstraße, Baufirma Schlundt & Schindt ist für Kotsaschepuhler wegen Nicht-einhaltung des Tarifvertrages für luftgewerbliche Arbeiten gesperrt. Deutscher Bauarbeiterverband, Bauergewerkschaft Berlin, Fachgruppe Stuhl- und Gipssbau.

Achtung Einseher! Wegen Differenzen mit der Firma Ernst Jakob, Antikenmeister Boldt, sind für Einseher die Bauten in Berlin, Humannstraße, in Niedershof, Augusta-Viktoria-Straße, in Tempelhof, Rantewallstraße, gesperrt. Deutscher Holzarbeiterverband.

Städtisches Odob. SPD-Fraktion! Heute, 20 Uhr, wichtige Fraktionssitzung bei Frau, Fernauer Allee 66a, Zimmer 10. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Die Genossen des „Kamoh!“ werden gebeten, zu erscheinen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Sonnabend, 17. Mai, findet im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Angerplatz 24-26, um 20 Uhr, der Begrüßungabend für die englische Betriebsratsdelegation statt. Eintritt frei. Besucht eure Verbundgenossen durch harten Besuch der Veranstaltung. — Heute, Freitag, 19. Uhr, tagen die Gruppen: Werking: Jugendheim, Schule Sonnenburger Str. 20. Bertrag: „Gewerkschaften und Betriebsräte“. — Hermannplatz: Gruppenheim Gendarmenpl. 11, Ecke Hohenzollernstr. Vortrag: „Die Aufgaben der Betriebsräte und Betriebsräte“. — Köpenick: Gruppenheim Köpenicker Str. 9, 9. Pl. Diskussionsabend: „Bürgerliche und proletarische Jugendbewegung in Deutschland“. — Charlottenburg: Jugendheim Sprechz. 30, Kottbuscherbrunn: „Berliner Verlehrs von gestern, heute und morgen“. — Reppelplatz: Sonnenberg-Duisener (Ecke Seestraße (Gingane Duisener Straße), Arbeiterbildungsverein auf Schallplatten. — Wedding: Gruppenheim, Schule Paul-Ede-Wiesenstraße, Lützner Abend. — Schönhauser Lenz: Gruppenheim Lützner Str. 18. Vortrag: „Die Genossenschaft der Geschlechter“.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anaeffekten

Heute, Freitag, finden folgende Veranstaltungen statt: Oberpreze: Jugendheim Daulener Str. 2, Unter Abend. — Köpenick: Jugendheim Schillingstr. 15 (Gesellschaft am Bahndorf Köpenick). Vortrag: „Regierungsformen“. Referent: Arthur Radow. — Köpenick: Jugendheim Köpenick, 11 (2. Hof, Quergebäude 1 Trepp, Zimmer 5). Bei uns leuchten die Gelbten (Breitfeldabend, Rätselraten).

Heute zu Tiets:

Billige und gute Lebensmittel einkaufen

Verkauf sowohl Vorrat — Mengenabgabe vorbehalten! Preise nur Freitag und Sonnabend. Fleische, Obst und Gemüse sind vom Versand ausgeschlossen!

<p>SUPPENHÜHNER frisch geschlachtet 105 Pfd. von 1 an</p> <p>HÜHNER gefroren 82 Pfd. von 82 Pf. an</p>	<p>FRISCHES FLEISCH</p> <p>Schweinebauch ohne Bellage, Pfd. 94 Pf. Schweineschulterblatt, Pfd. 1,04 Schweineschinken, Pfd. 1,14 Schweinekamm, Schuff. a. Bell., Pfd. 1,36 Schweinekotelett, Pfd. von 1,48 an Kassler mild, Pfd. von 1,30 an Pökelkamm mild, Pfd. 1,34</p> <p>Eisbein mit Spitzbale, Pfd. 58 Pf. Rückenfett bratfertig, Pfd. 72 Pf. Schweinekopfe m. Fellbacke, Pfd. 48 Pf. Kalbsaxen, Pfd. 68 Pf. Kalbskamm ohne Bellage, Pfd. 84 Pf. Kalbsschnitzel, Pfd. von 2,20 an Kalbskotelett, Pfd. von 1,38 an Kalbsroulade, Pfd. von 1,48 an</p> <p>Suppenfleisch, Pfd. von 78 Pf. an Gulasch gemischt, Pfd. 88 Pf. Schmorfleisch Kette, o. Kn., Pfd. 1,28 Schabefleisch, Pfd. 1,28 Hackepeter gewürzt, Pfd. 1,08 Hammelvorderrfleisch, Pfd. 1,04 an</p> <p>GEFRIERFLEISCH</p> <p>Schmorfleisch o. Knochen, Pfd. 1,20 Gulasch o. Knochen, Pfd. 88 Pf. Suppenfleisch, Pfd. von 74 Pf. an Hammelvorderrf., Pfd. von 88 Pf. an Hammelkeule, Pfd. 1,12 Rinderleber, Pfd. 1,18 Rinderbacken o. Knochen, Pfd. 48 Pf. Rinderlungen, Pfd. 38 Pf. Rinderherzen, Pfd. 54 Pf. Buter, Pfd. 24 Pf. Schweinerieren, Pfd. 92 Pf.</p>	<p>Wurstwaren</p> <p>Sülzwurst, Pfd. 90 Pf. Dampfwurst, Pfd. 96 Pf. Leberwurst Kamm, Art. Pfd. 1,10 Knoblauchwurst, Pfd. 1,15 Jagdwurst, Pfd. 1,18 Mellwurst Bratwurst, Art. Pfd. 1,28 Schinkenpolnische, Pfd. 1,30 Feine Leberwurst, Pfd. 1,40 Zervelat oder Salami, Pfd. 1,65 Teewurst, Pfd. 1,80 Holst. Zervelat, Pfd. 1,80 Holst. Salami, Pfd. 1,80 Feldarmwurst, Pfd. 1,85 Schinkenspeck, Pfd. 1,90 Feller Speck, Pfd. v. 94 Pf. an</p> <p>Räucherwaren</p> <p>Büchlinge, Pfd. 35, 45 Pf. Bundaale, Band von 30 Pf. an Seelachs geräuchert, Pfd. 38 Pf. Dorsch geräuchert, Pfd. 36 Pf.</p> <p>Portug. Oelsardinen</p> <p>2 Klüb. 85, 4 Port. 95 5 Klüb. 85, 10 Port. 95 nach schwebel- ner Art. 2 Dosen 95</p>	<p>Käse u. Fette</p> <p>Romadour, 3 Stück 35 Pf. Allg. Slangenkäse, Pfd. 45 Pf. Briekäse vollfett, Pfd. 70 Pf. Blockkäse Th. Art. 20%, Pfd. 74 Pf. Tilsiter vollfett, Pfd. von 78 Pf. an Dän. Schweizerkäse, Pfd. 80 Pf. Steinbusch, mittel, Pfd. 80 Pf. an Edamer 20%, Pfd. 72 Pf. Edamer 40%, Pfd. 92 Pf. Butterkäse vollfett, Pfd. 1,10 Margarine, Pfd. 50, 60 Pf.</p> <p>Molkereibutter Pfd. 1³⁴ Tafelbutter Pfd. 1⁵⁶ Dänische Butter I Pfd. 1⁶⁴</p>	<p>Konserven 1/2 Dose</p> <p>Kaiserschoten, 1,60 Junge Erbsen fein, 1,20 Gemüseerbsen, 55 Pf. Gem. Gemüse sehr fein, 1,65 Gem. Gemüse fein, 1,45 Junge Karotten klein, 85 Pf. Kohlrabi in Scheiben, mit Grün, 65 Pf. Aprikosen halbe Frucht, 1,25 Sauerkirschen mit Stein, 1,30 Sauerkirschen ohne Stein, 1,25 Preiselbeeren, 1,25</p> <p>Kolonialwaren</p> <p>Brudreis, Pfd. 18 Pf. Moulin-Reis, Pfd. 30 Pf. Blue-Rose, Pfd. 36 Pf. Weizengriess, Pfd. 30 Pf. Hartweizengriess, Pfd. 34 Pf. Eierfadennudeln, Pfd. 54 Pf. Bohnen weisse, Pfd. 28 Pf. Kalif. Ringapfel, Pfd. 32 Pf. Backobst, Pfd. von 58 Pf. an Kalif. Birnen, Pfd. 90 Pf. Kakaopulver, Pfd. 58 Pf. Gebr. Gerste, Pfd. 23 Pf. Kaffee frisch gebr., Pfd. v. 2,20 an</p> <p>Konfitüre Eimer ca. 2 Pfd.</p> <p>Pflaumen, 90 Pf. Aprikosen, 1,15 Johannisbeer, 1,15 Himbeer, 1,30 Kirsch, 1,30 Erdbeer, 1,40 Ananas, 1,45 Vierfrucht-Marmelade, 85 Pf.</p> <p>Kalif. Pflirsche 1⁴⁵ halbe Frucht, 1/2 Dose</p>	<p>Obst u. Gemüse</p> <p>Apfelsinen blond, 4 Pfd. 88 Pf. Blutapfelsinen, 3 Pfd. 78 Pf. Jaffa-Apfelsinen, 3 Pfd. 98 Pf. Bananen, Pfd. 55 Pf. Zitronen, Dutzend von 46 Pf. an Radieschen, 4 Bund 10 Pf. Salat, 2 Köpfe 15 Pf. Rhabarber, 4 Pfd. 18 Pf. Grüne Gurken, Stck. von 32 Pf. an Schoten, 2 Pfd. 38 Pf. Junge Möhren, Bund 25 Pf. Junger Spinat, 5 Pfd. 26 Pf. Malta-Kartoffeln, 5 Pfd. 50 Pf. Spargel, Pfd. von 14 Pf. an</p> <p>Fische</p> <p>*Schellfisch, Pfd. 20 Pf. *Seelachs im ganzen, Pfd. 16 Pf. *Rotzungen, Pfd. 22 Pf. *Rotbars, Pfd. 20 Pf. *Zander gefroren, Pfd. von 60 Pf. an *Kabeljaufflet, Pfd. 25 Pf. *Grüne Herin, e. 3 Pfd. 32 Pf. *Leb. Schiele, Pfd. von 1,20 an</p> <p>Angebote unserer Wein-Abteilung Preis ohne Flasche</p> <p>Johannisbeerwein, Heidebeerwein, Stachel, 1/2 Fl. 10 Pf. boerwein, süßer Apfelwein „Gilder“, 70 Pf. 7,00 1928er Edenkobener Gerecht, 80 Pf. 8,00 1928er Obermoseler, sehr guter Bowlenwein, 1,00 9,50 1929er Aisterwälder Letten, 1,10 10,50 1928er Treiser Treppchen, 1,25 12,00 1928er Liebfraumlich, Heiblicher Damenwein, 1,40 13,50 1928er Rüdelsheimer Kiesel, 1,85 17,50 1928er Graves superieur, süßer weißer Bordeauxwein, 1,85 17,50</p> <p>Roter süßer Johannisbeerwein sehr gute Qualität, 5-Ltr. 4⁰⁰ Rheinpfälzer Weisswein bekannt gute Qualität, 100 5-Ltr. 4⁷⁵ Malaga sehr gute Qualität dunkel, 100 5-Ltr. 7⁰⁰</p> <p>Himbe- oder Kirschen-, sehr gute Qualität, 1,40 13,00 mit Raffinade eingekocht, 1/2 Champagner-Flasche</p>
--	---	--	---	--	--

Mit Dieh-Büchern auf die Fahrt.

Es bedarf keiner langen Einleitung und Vorrede: Die Reise- und Wanderzeit ist da, und jeder soll sie nach Kräften ausnützen. Dabei soll man nicht mißgünstig auf den bliden, der etwa ein Auto oder ein Motorrad hat. Zwei gesunde Beine helfen auch bei schmalem Geldbeutel zu mancherlei schönen und köstlichen Erlebnissen. Man muß es nur richtig anfangen. Es ist nun wenig bekannt, daß der Dieh-Verlag neben seinen vielen erstun wissenschaftlichen Werken auch eine ganze Anzahl von Büchern und Schriften herausgebracht hat, die dem Reiser und Wanderer der arbeitenden Klassen dienen und die soll man zuerst zu Rate ziehen, wenn man auf große oder kleine Fahrt gehen will.

Zwei Bücher von klassischem Wert liegen vor: zu einer Zeit erschienen, als die Sozialdemokratie in scharfem Kampfe gegen die Reaktion stand. Dennoch gab es damals Sozialisten, die die Fähigkeit hatten, in den Seelen der alten und jungen Kämpfer die Gemütskräfte anzuschlagen. Das eine ist von Jürgen Brand geschrieben, heißt Ulenbrook (geb. 2,80 M.), ist in vierteljähriger Auflage erschienen und gibt all denen, die unbeholfen fragen: Was ist denn eigentlich draußen in der Natur los, die Antwort eines großen Naturforschers und Naturfreundes. Das zweite, das unsere Parteigenossen schon vor 25 Jahren erfrucht, ist so frisch und zeitlos geschrieben, daß auch die heutige Jugend nicht daran vorüber darf. Es ist das Buch des Mannes, der auf dem Dorffriedhof in Müggelheim ruht: Kurt Grotte, Sonntag eines Großstädters in der Natur (geb. 1,90 M.). Was Grotte in diesem herzergreifenden Buch seinen Herrn Langmann in allen zwölf Monaten des Jahres über das Erleben mit Tier, Pflanze und Mensch sagen läßt, das ist, als ob es erst gestern geschrieben wurde. Wenn Grotte einmal erklärt: „Eine Stimmung radikalster Friedfertigkeit breitete sich über Herrn Langmanns Gemüt“, so kennzeichnet das wohl am besten die Tendenz des Buches. Herrscht hier ein behaglicher stiller Humor, so geht es in einem zweiten Buch von Grotte, Unser Wald (geb. 6,75 M.), ernsthafter zu. Es könnte in der Tat als zweites erscheinen, Wälder überhaupt zu durchwandern, wenn man nicht vorher dieses prächtige Buch gelesen hat, in dem sie alle, die Kiefern, Fichten, Eichen, Buchen, Linden, Ulmen, Birken, Eschen, Erlen, Ahorn und Ebereschen, durch schöne Abbildungen erläutert, eindringlich und liebevoll geschildert worden sind. Dient das Buch von Grotte der botanischen Aufklärung, so ist die Erwanderte Deutsche Geologie an dem Beispiel der Sächsischen Schweiz von Wilhelm Bölsche (geb. 1,50 M.) die allerbeste Einführung in die Geologie. Zu Bölsches Lob braucht nichts mehr gesagt zu werden. Seine leicht verständliche Art gewinnt jeden, und eine Reise in die Sächsische Schweiz sollte nicht mehr ohne dieses hübsch zu lesende Büchlein angetreten werden. Nach Deutschland, wo es am schönsten ist, führt uns Josef Maria Frank in seinem Wanderbuch: Straße der Reliquien (1,50 M.), das in amüsantem Plauderton eine Reise von Nürnberg über Rothenburg nach Würzburg beschreibt. An solchen Wanderplaudereien, die die trockenen Reiseführer lebendig ergänzen, fehlt es uns noch immer. Diefem Bedürfnis kommt auch Billi Müllers nach, der in seinem Büchlein Die östliche Insel in anziehender und fesselnder Weise über das ferne Ostpreußen und seine vielen unbekanntlichen Schönheiten und Eigenheiten plaudert. In der Nähe Berlins hält sich Walter Trojan mit seinen Streifzügen durch wendisches Land: Sonntage in Reiterhorst (0,70 M.). Von dem idyllischen, südlich von Königswusterhausen gelegenen Klein-Röris aus durchstreift er das noch

ziemlich unbekanntes Vorland des Spreewaldes und weiß allerlei Bemerkenswertes über Land und Leute, Wirtschafts- und Kulturgeschichte der Gegend, über die Reiterhorste in der Dubrow und über die Märtsche Riviera zu berichten. Dem Büchlein ist eine gute Wanderkarte beigegeben.

Wer dann aber in fernes Land reisen will, der nehme Jürgen Brands Reise nach Island (geb. 1,20 M.) in die Hand, das zu ungeahnter Aktualität gekommen ist. Bereits im Jahre 930, also vor rund 1000 Jahren, wurde in Island der Grund zu einer republikanischen Landesverfassung gelegt, und die große, berühmte

Parteigenossen!

Besucht die amtlichen Wählerversammlungen zwecks Wahl des Wahlvorstandes! - Werbt für die Liste „Schulaufbau“!

Thingvallabene, in der damals die kundigsten Männer zum Thing zusammenkamen, um gemeinsam über das Wohl des Landes zu beraten, wird in diesem Jahr eine große Erinnerungsfeier sein. Wie Ulenbrook ist auch das Islandbuch besonders für die Jugend geschrieben, die es mit Nutzen und mit Vergnügen lesen wird.

Die Bedeutung der Hochseefischerei.

Deutschland kann nach dem Kriege seine Lebensmittelerzeugung nicht mehr aus dem Inland decken, es muß vielmehr Lebensmittel aus dem Ausland einführen.

Wenn man diese Tatsache berücksichtigt, läßt sich erkennen, welche großen Nutzen die Hochseefischerei durch das Heranschaffen großer Nahrungsmittelmengen bringt. Im Jahre 1928, in dem wie in den Vorkriegsjahren die sonst ertragreichen Sommermonate infolge Abfahrtsstürmungen wiederum nicht voll zum Fang ausgenutzt werden konnten, wurden von deutschen Fischdampfern allein in Deutschland 341 Mill. Pfund = 3,41 Mill. Zentner Seefische gelandet. Hierzu kommen 147 Mill. Pfund, die von Kuttern, d. h. kleinen Fahrzeugen mit Segeln oder Rotor innerhalb und außerhalb der Küstengewässer gefangen waren und ferner die wertvolle Ausbeute der großen Heringsfischerei mit 256 000 Tonn oder etwa 54 Mill. Pfund Salzheringen. Alle diese Mengen wurden zum größten Teil für die Ernährung des deutschen Volkes verwendet; nur etwa 20 Mill. Pfund mußten anderweitig verwertet werden, und zwar wurden 5,4 Mill. Pfund Massenfische, die der deutsche Markt nicht aufnehmen konnte, getrocknet und ins Ausland ausgeführt, während 14,6 Mill. Pfund, die für den menschlichen Genuß nicht mehr geeignet waren, sowie die beim Versand oder bei der Verarbeitung entstehenden Abfälle zu Fischmehl verarbeitet wurden und als Kraftfutter unserer Landwirtschaft zugute kamen. Weiterhin bringt der Seefischfang, der Versand und die Verarbeitung der Fische vielen Volksgenossen lohnende Beschäftigung. Schiffs- und Maschinenbau- und Reparaturwerkstätten, Draht- und Hanstaupfwerke sowie Regfabriken an der Küste und weit im Binnenlande arbeiten

für die 352 deutschen Fischdampfer. Auf jedem Dampfer finden 12 Mann Besatzung Brot und Lohn, die Fänge aller Fischdampferreisen, die in deutschen Häfen gelöscht wurden, gaben vielen Hunderten von Fischmannschaften Arbeitsgelegenheit. Allein am größten deutschen Seefischmarkt Wesermünde beschäftigten 18 Reedereien etwa 150 Fischverladefirmen und etwa 60 Fischindustrialbetriebe viele tausend Menschen. Dazu kommen die unzähligen Hilfsgewerbe und Industrien: Klippfischwerke zur künstlichen Trocknung von Massenfischen für den Export, Lebertransfabriken, Eisfabriken zur Herstellung von Kunsteis zur Konservierung der Seefische auf den Dampfern, während des Bahntransports usw.

Es liegt auf der Hand, daß dem Staat und den Gemeinden der Seefischmärkte aus der vielseitigen Wirtschaft der Hochseefischerei außerordentliche Einnahmen erwachsen. Fast sämtliche deutsche Fischereihäfen sind staatliche oder städtische Anlagen. Von dem Erlös der hier gelandeten Seefische bekommen die Staaten bzw. die Städte einen erheblichen Anteil, die Gebühren und Mieten für Benutzung der Häfen und Gebäude oder sonstigen Anlagen usw. verzinsen das darin angelegte Kapital der öffentlichen Hand.

In richtiger Erkenntnis der Wichtigkeit dieses Zweiges unserer Volkswirtschaft, der unser Wirtschaftsleben so vielseitig befruchtet, lassen Reich, Länder und Gemeinden der Hochseefischerei eine zielbewußte Pflege angedeihen. Ihre weitere Förderung liegt im öffentlichen Interesse.

Reichsbahn und „Bema“.

Zu den Mitteilungen über betrügerische Nachahmungen im Betriebe der Blankenburger Eisenbahnbedarf- und Maschinenfabrik G. m. b. H. „Bema“, schreibt uns die Firma jetzt eine Mitteilung, daß sie in den Jahren 1924 bis einschließlich 1929 bei der Reichsbahn einen Umsatz von nur rund 2 Millionen Mark für Wiederinstandsetzungen von Güterwagen gehabt hat. Die „Bema“ habe bei den Instandsetzungsarbeiten kein minderwertiges Material verwendet, sie habe auch nicht das Reichsbahnmaterial auf das eigene Lager genommen. Durchstichereien bei Wagen, die nicht reparaturbedürftig waren, seien nicht vorgenommen. Von drei Privatfirmen seien in sechs Jahren nur einige Hunderttausend Mark an Instandsetzungskosten bei Güterwagen von Privatfirmen überwiesen. Auch seien nicht instandsetzungsbedürftige Wagen nicht mit sogenannten roten Reparaturzetteln versehen worden, Beamte der Reichsbahndirektion Dresden seien in keine unklare Nachahmungen verwickelt.

Wir geben dieser Berichtigung natürlich gern Raum. Die Hauptverwaltung der Reichsbahn teilt uns dazu mit, daß augenblicklich durch die Staatsanwaltschaft nachgeprüft wird, ob bei der Zuteilung von Wagen und bei der Inrechnungstellung durch das Wert Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Wir bringen einen Satz aus der Berichtigung der „Bema“ wörtlich: „Was den Oberingenieur Kofsch veranlaßt hat, die an sich bedeutungslosen Stücklisten zu verbrennen, ist uns unbekannt, denn wenn Unregelmäßigkeiten vorgekommen wären, würden diese auch aus anderen Unterlagen und Belegen noch nachzuweisen sein.“ Eine Erklärung gerade dieses Punktes wäre für uns von Interesse.



„Na - wer ist nun besser dran?“

„Jetzt hast du Zwiebeln, Sellerie, Lauch, Zitrone und Gewürze eingekauft. Das mußt du alles einzeln vorbereiten, dann Mehlschwitze anrühren usw. Ich habe es nicht mehr nötig, weil ich Knorr-Bratensoße verwende.“ Alle Be-

standteile einer pikanten Tunke, von der Mehlschwitze bis zum feinsten Gewürz, sind in Knorr-Bratensoße enthalten. Ein Würfel zu 15 Pfennig gibt ohne jede Zutaten so viel Soße wie 2 Pfund Braten.

1 Würfel = 1/4 Liter = 15 Pf. Versuchen Sie

Knorr-Makkaroni dazu!

Knorr
Bratensoße



Der neue Anzug

Herrlich in Qualität, Verarbeitung und Sitz. Dazu unsere

niedrigen Preise

Sie erhalten für wenig Geld einen Anzug, der unserer Leistungsfähigkeit Ehre und Ihnen Freude macht!

Sakko-Anzüge

110.- 95.- 75.-
60.- 45.- 36.-

Sport-Anzüge

112.- 93.- 78.-
65.- 55.- 40.-

BLAUE SAKKO-ANZÜGE

uni, reines Kammgarn

48.-



BAER SOHN & CO.

Berlin N 4, Chausseestraße 29/30

UNTERGRUND: Stettiner Bahnhof

Fr. Schnack: Ich stifte eine Falterehe

Wolfgang Schnack, der erste Vorsitzende der Sektion für Biologie der Preussischen Akademie der Wissenschaften, gibt ein neues Falterbuch „Die Falter der Gegend von Berlin“ heraus. In dem mit zahlreichen Bildern versehenen Werk ist zum erstenmal der wissenschaftlich-geographische Verlauf der Falter, von den Alpen bis zu den Karpaten, in der Natur aufzuführen. Mit Genehmigung des Reichslands Berlin, Berlin, entnehmen wir dem Werk folgenden Auschnitt:

Neue Winterschlüfer erwachten. In Büschen und Abhängen erkühten die Weiden, Insektenherbergen. Ihre Duffahnen wehten. Regen Zuspruch fanden die frühen Schenken, es ging darin hoch her. Rückwärts durchdröberten die Hummeln, bäuerliche Wirtschaftsgäste, die Schachtelkorn der Samtblüten. Wespen lärmten herbei, Bienen schossen heran. Auch gelbe Falter stöckten durch das Maß, und Osterwert der Zwölge. Alle strebten zur Laube, Schwirrmust machten dazu die Fliegenfügel.

Auf einem frischen Blütenquirl lag ein Zitronenfalter. Er hatte die Flügel zusammengeklappt: von hier ging er nicht so bald fort. Mit guten Gewürzen war der Nektar durchdrückt. Der Falter nestelte seinen langen Rüssel in die Nektarien der Blüte, das Pollenmehl trübte ab. Durch den gebogenen Saugheber stieg der feine Honigtrahl. Großartig schmeckte es dem Gelben. Dunkel summt die Weibchen, es war ein Lied von verstorbenen Insektenklang. Die gemusterten Hinterleiber der gierigen Fliegen blühten, die Flügel der Wespen klirrten an meinem schloffenen Falter vorbei. Die mächtigen Säuren, ihn stürzte das wilde Volk nicht. Er tat seinen Trank im neuen Falterjahr, es war ein Zitronenfalterzug voll Bedacht, dazu mußte man sich Zeit gönnen.

Auch ein zartes Weibchen verkostete den Honig. Ihr weißlich-gelbes Kleid schimmerte und zeigte nicht den kleinsten Winterschaden. Sie war gut durchgekommen in ihre neue Zeit. Ob der gelbe Falter sie witterte?

Der alte Weidenbusch, das nahrhafte Haus zur Honigmutter, strahlte und prunkte. Süber ein Schlemmer, tauchte er seinen Wipfel in den Sonnenschein, windunruhig schaute er mit dem Zweig nach im Licht. Gold und Silber überliefen ihn. Seiden blinkten die Federquasten. Wie gehämmert schimmerien die noch geschlossenen Blütenzapfen der unteren Stadien. Im Holz flossen Frühlingströme. Mit starkem Leben lodte der Busch die Seiden-, Glas- und Florflügel weither.

Da löste sich das Weibchen von der Knospenquaste. Elegant flatterte es durch die grüne und silberne Konditorei, suchte nachhaft darin herum, schwebte hinaus und umflog den Busch. Aber der gelbe, vermunstene Zitronenfalter sah es nicht. Er war kurzschichtig und starrte nur auf seine Knospe. Mit seiner Schmetterlingsflanke gollte dem guten Tropfen. Ufententhaft hatte er den Rüssel in den Saftbrunnen gesteckt. Seine Fühler nahmen nichts anderes als Blütenhauch wahr.

Ich werde ihn aufstören!

Ein Blütenzapfen, den ich gegen die Knospenspinde schaltete, woran der Träumer lag, verursachte eine starke Erschütterung. Er schroden klappte auch sogleich der Falter auf und ging vor Wind. Die Brille nahm ihn mit und schaltete ihn rund um den Busch. Dabei geriet der Schiffer in den weidlichen Duft. Ihn durchdrang das belobende Wunderarom, das Liebeslächeln. Aufgeregt zappelnd, warf er sich herum, stieß gegen den Wind, zickzackte steuernd und fuhr auf die ganze Spur. In seine Fühler schlossen die Geruchslinien, wie Feitschenschürze spannten sich die Netzwellen. Die feinen Sinnesregel der Fühlerleulen vibrierten und schlugen immer heftiger, je näher der Falter der Verfolger kam. Er hatte sie ein, warf sich mit einem wilden Schwung fast auf das verblühte Weibchen, das behend einer so scharfen Werbung zu entgehen trachtete. Seine Fühler berührten ihre Fühler, eine elektrische Sendung von ungreiflicher Stärke und Verführungsmacht: nie wird man erfahren, was der gelbe Postillon der Erkorenen telegraphierte. . . . Sie hatten einander einen Augenblick berührt, nun kniff sie aus. Aber er, ein Meisterflieger, gut bei Kräften, folgte ihr gewandt mit Hin und Her, Auf und ab, rumpelte sie dreist an, sie blühten geschmeidigen Flugs.

Er ließ nicht aus. Geschicht hielt er bei. Wie eine Schwalbe segelte er. Seine Bewegungen hielten sich in ihre Bewegungen. Unwillig lagte er sie. Steil klappte sie empor. Nicht ungünstig seine Ausflucht. Ihr Drang, ihm zu entfliehen, schien nicht mehr so nachhaltig, wie nach vor einem Augenblick. Der Verfolger mußte sie mit seinem Fühlerwort geküßt haben. Das sah fest und machte sie gefügig. Gleich einer hilflosen, verblühten Blütenblase starrte sie von der Erde zum Himmel zu. Aber oben konnte sie nicht bleiben. Erdschwere und Gattungstriebe hielten sie sanft herunter: ihr hochzeitlicher Witzschlag hob an, innig zitternder Brautlang. Entzündendes Remuet: zärtlichste Flügel, leuchtete Leiber . . . Falterlebe.

Sie schwebten herab, einer vom anderen Liebend gebannt: so sollen zu gleicher Zeit zwei gelbe Rosenblätter vom Stiel, zu gleicher Zeit miteinander im Rasen landend. Eine Falterstrophe flatterte mir im Sinn:

Wenn sie sich einander nähern, tanzen sie.
Einen sie sich aber, dann sind sie ganz ruhig,
Die Schmetterlinge . . .

So geschah es, sie einten sich. Bodennah fuhren sie auf einem Heidelbeertrieb fuß: sie oben, er unter ihr. Zu einem reinen Ornament erstarrte an dem grünen Szepter ihr vollkommenes Bild. Mit zusammengeklappten Flügeln und verbundenen Leibern hingen sie still — ein regungsloser gelbweißer Doppelfalter. Die Schmetterlingsgasse, von mir gestiftet, war geschlossen.

Adolf Abter: Notlandung bei Laon

Durch den frühen Morgen bringt uns das große Auto aus dem Zentrum von Paris nach dem Flugplatz Le Bourget hinaus. Eine bunte internationale Gesellschaft hat sich in dem Wagen zusammengefunden, alle möglichen Sprachen schwirren durcheinander. Nur zwei Damen beteiligen sich nicht an der Unterhaltung, vielleicht brennt sie ein nervöses Denken an die bevorstehende Luftreise.

Auf dem Flugplatz werden uns zunächst die Kasse abgenommen und von einem Kriminalbeamten geprüft. Er drückt den Ausreisestempel hinein, womit die amtliche Kontrolle erledigt ist. Dann ruft ein uniformierter Wachgestellter die Abfahrt der einzelnen Flugmaschinen aus.

„Nach London — zweiter Apparat rechts!“
„Nach Berlin — erster Apparat rechts!“
„Nach Marseille — letzter Apparat links!“

Die Reisenden teilen sich in Gruppen, je nach dem Reiseziel. Für den Flug nach Berlin ist außer mir nur noch eine Dame da. Wir kommen sehr rasch ins Gespräch, und ich weiß innerhalb weniger Minuten, daß sie die Gattin eines Münchener Hofhofsbesizers ist, die eine Woche in Paris sich vergnügt hat und nun bis Köln fliegen will. Von dort will sie mit der Bahn nach München zurückkehren. Es ist ihre erste Flugreise, aber ihr Mann würde sich niemals in ein Flugzeug setzen. Der hält nichts von der Fliegerlei. Das alles passiert sie in acht bayerischem Dialekt.

Und dann sitzen wir in dem Harman-Doppeldecker. Ich habe mir den Platz an der Tür gewählt — den nehme ich mit immer bei meinen Flugreisen — und der bayerische Sprudel leidet beagig in dem Sessel zu meiner Linken. Der Pilot kommt, eine Zigarette rauchend, langsamen Schrittes auf die Luftschiffe zu.

Büchlich sagt meine Kellergesährtin: „Eine Handweiterein hat mir präpzeit, ich komme durch einen Unglücksfall ums Leben.“

„Sie sind ja eine angenehme Fliegerfährin,“ entgegne ich ihr. „Aber für alle Fälle: Sie sind durch Ihren Luftfahrerschein mit fünf- undzwanzigtausend Mark in der Lebensversicherung.“

„Die kriegt dann mein Mann, der Souffleur,“ grölle sie.

Der Pilot klettert in seinen Sitz. Der Flugdienstleiter wünscht uns glückliche Fahrt und schließt die Kabinentür. Der Propeller wird angeworfen. Ein Hissen, ein Säusen. Da beginnt der Motor zu laufen. Ein Jittern röhrt durch das Flugzeug, das immer stärker, rasender wird, je mehr Touren der Propeller macht. Es ist, als wolle der Apparat in ungeheurer Wucht davonstürzen, aber wie von unsichtbaren Riesenkräften gebändig, acht und heult er auf der festen Erde. Gestalten springen zur Seite. Nun schießt der metallene Vogel über das Flugfeld. Weit, weit ist der Anlauf. Immer schneller, gewaltiger wird das Vorwärtstürmen. Und dann — schweben wir frei in der Luft. Eine große Schleife beschreibt der Pilot, über Bäume hinweg, und schon sehen wir den Flugplatz mit seinen Gebäuden, Hallen, Anlagen winzig klein unter uns liegen. Wie Spielzeug aus einem Steinbaukasten sehen die Häuser aus. Und die vielen Flugzeuge im Hafen schweben wirkliche Vögel zu sein, mit silbernen Körpern und leuchtend weißen Schwänzen. Unser Doppeldecker gewinnt eine große Geschwindigkeit, denn wir haben den Wind im Rücken. In 400 Meter Höhe ziehen wir dahin. Immer neue Bilder bieten sich dem Auge. Dörfer, Felder, Seen tauchen auf und verschwinden wieder. Nur der Himmel dehnt sich ins Unendliche in gefülltem Blau, warm leuchtet die Sonne durch die Kabinenfenster.

Da redt sich vor uns ein Bergfegel mit einer Stadt: Laon. Und wieder steigt die Erinnerung aus dem Weltkrieg auf. Laon . . . Wo lag ein Pferd in einer zerflossenen Straße liegen sah. Dem hingen von einem Granatreflex der Götter aus dem Leib. Das Pferd wälzte sich in Schmerzen auf dem Rücken, schlug zuckend mit den Beinen in die Luft und schrie, schrie, schrie. So qualvoll klang das, so unheimlich, graulend, unfogbar aufwühlend, daß ich die Nerven verlor. Anstatt den zerfetzten Leib durch eine Kugel der Gnade von seinen Schmerzen zu erlösen, rannte ich davon. Aber des Schreies des Pferdes trug ich noch tagelang in meinen Ohren.

Das Flugzeug —

Da geht ein Ruck durch meinen Körper. Ein Aufschrecken. Was ist das?

Das gleichmäßige Hämmern des Motors ist unterbrochen. Ein Zucken, ein dumpfer Knall. Drei, vier Sekunden lang wieder das Dröhnen des Motors, wuchtig, kräftig, brüllend. Und abermals ein Knall. Es ist, als lege der Kern des Flugzeuges aus, um dann mit gewaltiger Kraftanstrengung neue Luft aus dem Körper zu stoßen. Die bisherige Melodie des Motors: ratala — ratala — ratala klingt jetzt unheimlich 'insolge der unmelodischen Töne: ratala — piff — rum — ratala — piff — rum — rapskrumm —

Es blüht durch mein Hirn: Motordefekt!
Was ist zu tun? Sekunden des Lieberlebens!

Die Passagierkabine ist vollkommen abgeschlossen vom Pilotensitz. Nicht einmal ein kleines Verbindungsfenster ist vorhanden. Ein dumpfer Schlag geht durch den Motor, wie von einer Explosion, wie wenn der Motor auseinandergerissen werden sollte. Ich habe das Gefühl, als vermindere sich die Fluggeschwindigkeit. Ein Blick auf den Höhenmesser in der Kabine: knapp dreihundert Meter; Geschwindigkeitsmesser nicht da.

Wir sind vollkommen von der Unsicht und der Entschlossenheit des Piloten abhängig. Nichts, nichts, nichts können wir tun. Ohnmächtig gegen alles, was kommt.

Die Münchenerin schreit auf: „Blesses Maria! Der Motor ist nicht in Ordnung! Es gibt's a Unglück!“

Ich stelle mich an die Tür. Der Griff gibt meinem Druck nach. Gottselbent, ich kann wenigstens, wenn es sein muß, die Tür öffnen und abspringen. Ich wundere mich selbst über meine elstalte Ruhe in diesem Augenblick.

Der Motor bröckeliger, und die Gewalt des Auseinanderreißen wird immer unheimlicher. Wenn jetzt der Pilot versucht, durch Experimente den Motor wieder in Gang zu bringen, sind wir verloren. Abstellen müßte er ihn und im Gleitflug irgendwo landen.

Vints von uns eine Chauffee, dahinter in kurzen Abständen Bauernhäuser und kleine durch Äcker und Drost abgeteilte Felder. Angeeignet für eine Landung. Aber rechts ziemlich weite Felder und ein großer Kartoffelacker. Da könnte man zur Not eine Notlandung vornehmen. Nein, da muß er landen!

Und jetzt hört der Motor auf zu arbeiten. Und der Apparat macht eine halbrotierende Kurve, daß die Tragflächen fast senkrecht übereinander zu stehen kommen.

Ich hätte den Piloten küssen können in diesem Augenblick. Er hat das einzige richtige getan: Runter und landen. Unser Apparat beschreift einige ganz kleine Kreise. Ich sehe Männer und Frauen auf den Feldern zusammenlaufen.

Aber jetzt —

Deht kömmt Bengin in unsere Kabinel! Der scharfe, dicke Geruch legt sich schwer in die Nase. Unser Gepäck ist bereits ganz fettig. Und nun erreicht die gefährliche Flüssigkeit unsere Füße. Wenn jetzt beim Aufsteigen des Apparates auf die Erde eine Explosion des Motors erfolgt — wenn nur ein Fünkchen nach hinten schlägt, müssen wir bei lebendigem Leibe verbrennen.

Da brummt der Apparat heftig auf die Erde, macht einen Satz wieder in die Luft. Stößt dann abermals auf. Schon habe ich die Tür aufgerissen — der Apparat röhrt — ich springe — taumle — ein paar Schritte — — Bada, mein Stützahn! Ich hab's geschafft und stehe pulstend auf dem Kartoffelacker. Der Doppeldecker hüpft rollend weiter, macht eine scharfe Wendung nach rechts und hält dann nach einigen Metern mit einem gewaltigen Ruck. Der Pilot springt in einem großen Satz aus seinem Sitz auf die Erde. An der Kabinentür sieht die Münchenerin und winkt mir freudig schelmisch zu. Ich eile herbei und helfe ihr beim Aussteigen.

„Mein Mann hat schon recht,“ sagt sie, „die ganze Fliegerlei ist besänmert.“

Über zwei Stunden später lag sie wieder neben mir im neuen Flugzeug, das aus Paris des Piloten aus Paris gekommen war und uns nach Köln brachte . . .

Warum Flugunfälle geschehen

Sammer wieder ereignen sich Flugunfälle, die Opfer an Menschenleben fordern und großen Sachschaden anrichten. Nicht aber ist es ohne weiteres klar, wieso es bei anscheinend günstigen Wetter zu diesen Unfällen kommen konnte. Die Fälle, in denen schlechtes Wetter, besonders Nebel, die Ursache war, geben keine Rätsel auf, häufig aber hat sich gezeigt, daß ganz unheimliche Umstände oft katastrophale Folgen hatten. Die Unfälle sind ein teurer Preis, der für die Weiterentwicklung des Flugwesens gezahlt werden muß: es ist deshalb wichtig, ihre Ursachen jedesmal einwandfrei festzustellen, um daraus für die Zukunft zu lernen. Ein hervorragender Sachkenner, Diplomingenieur Ubing, der kürzlich im Flugverbandshaus zu Berlin über dieses Thema sprach, hat sich auf diesem Gebiete betätigt: er pflegt den Ursachen solcher Unfälle nachzugehen und auf privatem Wege Material darüber zu erlangen.

Bei der Konstruktion von Flugzeugen, für die es noch nicht so viele durchgearbeitete Regeln und Gesetze gibt wie auf anderen Gebieten des Maschinenbaues, muß das technische Gefühl des Erbauers die Erfahrung ersetzen. Hier kämpft die „Schläue“ gegen die Tüde des Objekts. Im Anfang des Flugzeugbaues fehlten eben noch oft die Erkenntnisse über die zweckmäßige Anwendungsform technischer Gesetze, obwohl hier an Mensch und Material besonders hohe Anforderungen gestellt werden. Vor drei bis vier Jahren nahm man noch keine Rücksicht auf dynamische Beanspruchung, das heißt die Belastung durch plötzlich statische auftretende Kräfte, oder auf die Notwendigkeit, einzelne Bestandteile gegen Stoßschlag hiebtest auszustatten. Man hatte früher auch fast keine rechnerischen Unterlagen für die Konstruktion. Während die Berechnungen eines neuen Apparates jetzt bis zu 1000 Seiten füllen, begnügte man sich anfänglich mit einer Ausarbeitung im Umfang von 40 bis 60 Seiten. Anfänglich machten die Erbauer auch große, primitive Denkfehler, die jetzt kaum mehr vorkommen; auch hat sich das Gefühl der Konstrukteure verfeinert. Viele Dinge sind beim Flugzeugbau noch ungenügend erforscht. Diese Untersuchungen sind deshalb so wichtig, weil das unvorhergesehene Versagen eines Bauteils manchmal mit einer glatten Rollung, manchmal aber mit völliger Vernichtung des Flugzeuges enden kann. Und dazu dient eben die genaue Erforschung der Unfallgeschichte.

Von wie geringfügigen Umständen oft die Sicherheit des Fluges abhängt, beweist das Beispiel eines Unfalles, bei dem die Stange, die den Führersitz mit dem Steuer verband, sich in zwei Teile getrennt hatte, weil sich ein kleiner Splint, der einen Bolzen an seinem Plage festhielt, losgelöst hatte. In einem anderen Fall löste sich kurz nach dem Start ein Verkleidungsblech und klemmte sich zwischen Seiten- und Höhenruder fest, so daß beide in der Bewegung gehemmt waren. Glücklicherweise gelang in diesem Fall noch die Landung. In einem anderen Fall hatte eine Firma die Aufgabe übernommen, einem bereits vorhandenen Modell ein neues Flugzeug nachzubauen; bei der zweiten Konstruktion änderte sie die Größe des einen Steuers, ohne das Material zu verstärken. Dadurch wurde die Sicherheit des Bauteiles auf acht bis neun Prozent herabgesetzt, so daß er auch beim Flug zusammenklappte.

Alle diese Untersuchungen, zu deren Durchführung im Ausland eigene Zentralstellen errichtet worden sind, haben bereits zu wertvollen Erkenntnissen geführt, so daß für den Passagierflug jetzt nur einwandfrei konstruierte, behördlich genau untersuchte Flugzeuge Verwendung finden.

Renntierfleisch gefällig?

Nach langer Wanderung leben jetzt 3000 Rentiere in den Norden Kanadas ein, um hier den Kern für eine neue Industrie zu bilden. Die Rentierzucht ist in Alaska mit Unterstützung der Vereinigten Staaten seit 1902 sehr gefördert worden und aus den 1200 Tieren, die ursprünglich aus Sibirien eingeführt wurden, sind jetzt Herden von mehr als einer Million gewachsen, die bereits alljährlich mehr als 10000 Stück für den amerikanischen Speisegeld liefern. In New York und Chicago ist Rentierbraten eine ganz alltägliche Delikatesse, die man nicht nur im Restaurant, sondern auch beim Fleischer erhält. Auch in Europa ist dieses wohlgeschmeckende Fleisch bereits eingebrungen und wird in Paris von Feinschmeckern sehr geschätzt. Wenn aber jetzt auch noch in Kanada die Rentierzucht im großen betrieben wird, dann dürfte zum erstenmal in der Geschichte haben den vielen neuen Früchten und Gemüsen auch eine neue Fleischsorte bei uns eingeführt werden, und die Frage: „Rentierfleisch gefällig?“ häufig zu hören sein. Frühere Versuche, das Rentier in Bassinland heimisch zu machen, scheiterten, weil die Lappen, die man mit den Herden mischte, nichts von der Pflege verstanden, denn sie waren Fischer. Die Herden zerstreuten sich daher und mischten sich mit den wilden Rentieren. Nun aber sind 3000 Rentiere, von sachverständigen Hirten begleitet, aus Alaska nach Nordkanada gekommen, wo sie die günstigsten Lebensbedingungen finden, und es ist daher zu erwarten, daß bald gewollige Herden von Rentieren hier geschätzt werden.

Das Parthenon aus Stahl und Beton

Die Amerikaner, die so stolz auf ihre Errungenschaften sind, müssen in der Kunst die Ueberlegenheit der Alten Welt freilich anerkennen; sie suchen daher möglichst viele Schätze zu sich herüberzubringen, und wenn sie nicht die Originale haben können, begnügen sie sich mit Nachbildungen. Das ist besonders bei Bauwerken der Fall. Zwar ist es schon vorgekommen, daß Nanke prächtige Architekturwerke an Ort und Stelle aufgestellt, Stein für Stein abgetragen, sorgfältig alle Teile nummeriert, verpackt und dann übers Meer verfrachtet haben, um sie bei sich zu Hause ganz so wieder aufzubauen. Das läßt sich aber bei Tempeln und Domen nicht durchführen. Deshalb sind die Bewohner der Stadt Nashville im Staate Tennessee jetzt ihren Landolenten mit einem großartigen Beispiel vorangegangen: sie haben das Parthenon, den Wunderbau auf der Akropolis in Athen, funktionslos aus Stahl und Beton aufgebaut, und ihr Tempel hat sogar vor der altgriechischen Architektur noch den Vorzug, daß er nicht zerfällt und unvollständig ist. Der Gedanke dieser Nachahmung geht weit zurück. Im Jahre 1897 fand in Nashville eine Ausstellung statt, bei der man ein Gebäude im Stil des Parthenon aus Holz und Gips aufstellte. Doch dieser Bau, der große Bewunderung erweckte, verfiel allmählich, und die Kultur, die in dem Werk stand, genigte den Bedürfnissen der unverständigen Bürger nicht mehr. Man beschloß daher im Jahre 1920, das Parthenon neu aufzubauen und diesmal als eine ganz genaue Nachahmung des alten Tempels unter Benutzung der neuesten wissenschaftlichen Forschungen und in einem dauerhaften Material. So ist nach neuzeitlicher Arbeit dieses Parthenon aus Stahl und Beton entstanden; die lebenden Säulen und Bildwerke an den Freisen wurden ergänzt, ebenso das Dach und sogar das Innere des Bauwerks, dessen Schindeln bis auf winzige Spuren verschwunden ist, wurde „flügelartig“ ausgefüllt. Jetzt fehlen nur noch die großen Bronzestatuen, von denen jede 10 Tonnen wiegt, um das Parthenon von Nashville zu vervollständigen.

